

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Ende einer Ära?

Angela Merkel war mehr als 16 Jahre deutsche Bundeskanzlerin. Allein die Dauer ihrer Amtszeit besagt, daß ihr Rückzug für viele Zeitgenossen – sofern sie sich für bürgerliche Politik interessieren – ein Einschnitt ist. Unabhängig davon ist die Frage, ob ein Regierungschef, zumal in einem imperialistischen Staat, die Gesellschaft und den Gang der Geschichte besonders geprägt hat, ob er oder sie eine „Ära“ repräsentieren. Das läßt

staatlichen Gegebenheiten in Mittel- und Osteuropa. Am Ziel, diese zu beseitigen, änderte sich nichts. Mit Helmut Schmidt drehte sich ab 1974 der Wind erneut: Der Kurs auf innere Untergrabung der sozialistischen Länder wurde im Einvernehmen mit Washington intensiviert und zugleich versucht, einen Raketenkrieg gegen den realen Sozialismus in Europa wieder „führbar“ zu machen und ihn zugleich totzurüsten. Schmidt „entdeckte“ die angebliche



Karikatur: Klaus Stuttmann

sich bei einigen Kanzlern der Bundesrepublik rasch beantworten, bei Angela Merkel nicht. Konrad Adenauers historische „Leistung“ waren die Spaltung Deutschlands, die Wiederaufrüstung und der Wiederaufstieg des deutschen Monopolkapitals mit Hilfe der USA. Die 14 Jahre seiner Amtszeit waren ein Spiel mit dem Kriegsfeuer. Gestoppt wurden er und die Kriegstreiber der BRD am 13. August 1961 durch die DDR und die Sowjetunion. Adenauer war politisch gescheitert, ein anderer Umgang mit dem realen Sozialismus wurde erforderlich. Seine beiden CDU-Nachfolger – Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger – waren nicht in der Lage, den Wechsel zu vollziehen. Eine Anpassung an die Realität nahm der erste SPD-Bundeskanzler Willy Brandt ab 1969 unter den Überschriften „Entspannung“ und „Neue Ostpolitik“ vor. Diese Politik, die DDR-Außenminister Otto Winzer treffend als „Konterrevolution auf Filzplätschen“ bezeichnete, führte zur formellen Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen

Raketenlücke, die mit dem NATO-Doppelbeschluß und der Stationierung von Mittelstreckenraketen geschlossen werden sollte. Zum Konzept gehörte, gleichzeitig mehr oder weniger geheime Gespräche mit den sozialistischen Ländern zu führen und die Beziehungen nicht abreißen zu lassen. Als Schmidt 1982 abtrat, übernahm Kohl die Stafette in diesem Sinn. Die Annexion der DDR fiel ihm praktisch in den Schoß, während die Sowjetunion ihrem Untergang entgegenkam. Es genügt, für die Regierung Gerhard Schröders und Joseph Fischers ab 1998 den ersten deutschen Angriffskrieg seit 1945 und die „Agenda 2010“ zu nennen. Deren vielleicht wichtigstes Resultat ist: Heute gehören 10 Prozent der BRD-Bürger 67 Prozent des Nettogesamtvermögens. Die BRD ist das „ungleichste Land Europas“. Und damit sind wir bei Angela Merkel. Sie hat den Kurs auf soziale Ungleichheit, auf Umverteilung von unten nach oben konsequent fortgesetzt. Und nicht nur innerhalb der BRD. EU-Kommission und internationale

Institutionen mahnten den deutschen Export „weltmeister“ immer wieder, nicht auf zu niedrige Löhne – gemessen an der Arbeitsproduktivität – zu setzen, andere Staaten niederzuwalzen und zu Schuldnern zu machen – wegen der Risiken für die Weltwirtschaft. Angela Merkel hat sich davon nie beirren lassen. Gemessen an den Wirtschaftsdaten hat sie dafür gesorgt, daß die BRD aus der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2008 „gestärkt“ hervorgegangen ist. Der Abstand zwischen der deutschen Wirtschaftsleistung und der Frankreichs und Großbritanniens hat sich erheblich vergrößert. Es läßt sich sagen: Angela Merkel hat sich um die Stärkung des deutschen Imperialismus innerhalb der EU und in der Welt verdient gemacht. Und nicht nur wirtschaftlich. Sie hat die Weichen für eine massive Aufrüstung gestellt, auch wenn sie das Zwei-Prozent-Ziel der NATO verweigerte. Aber am nationalistischen Putsch in der Ukraine 2014 hat sie ebenso großen Anteil wie am NATO-Aufmarsch gegen Rußland und der Drohung mit neuen Atomwaffen. Die Kriegsgefahr hat unter ihr erheblich zugenommen, von Afghanistan oder Mali nicht zu reden. Den Gesprächsfaden nach Moskau wie auch den nach Beijing ließ sie allerdings nie abreißen. Es sind erhebliche Zweifel angebracht, daß Letzteres bei ihren Nachfolgern so bleiben wird. Angela Merkel hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß imperialistischer Größenwahn und aggressive Expansion wieder politische Leitschnur in Berlin werden. Die Früchte ihrer Politik werden später geerntet, „ihre“ Ära ist noch nicht beendet.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Weltraum, Macht und Krieg	2
Die Ukraine und die Geopolitik	4
Roboter-Killer	5
Bomben auf Vietnam	7
Kein Frieden für Palästina	8
Die OAS	9
Konterrevolution ČSSR	11
Meinungsmonopole	12
Rede Canel vor der UNO	14
Berliner Denkfabrik	16
Wortmeldungen zu BT-Wahlen	18 ff.
Grüner Kriegskurs	24
Impfstoffhandel	28
Leserbriefe	37

Der Weltraum, die Macht und der Krieg

Militärpolitisches Strategiezentrum in Berlin fordert neue Maßnahmen zur militärischen Nutzung des Alls. Bundeswehr nimmt seit Jahren an US-„Wargames“ zur Kriegführung im Weltraum teil.

- Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) fordert stärkere Aktivitäten zur militärischen Nutzung des Weltraums. Die Bundeswehr müsse nicht nur die nötigen „Fähigkeiten“ für Operationen im All bereitstellen, die Finanzierung sichern sowie „qualifiziertes Fachpersonal“ gewinnen, heißt es in einem aktuellen Papier des wichtigsten militärpolitischen Strategiezentriums der Bundesregierung. Es gelte darüber hinaus, die „Einbindung kommerzieller Akteure“ zu fördern und die „öffentlich-politische Diskussion“ stärker auf die militärische Nutzung des Alls zu fokussieren. Die Bundeswehr hat ihre einschlägigen Aktivitäten kürzlich durch die Aufstellung eines Weltraumkommandos forciert und beteiligt sich regelmäßig an US-„Planspielen“, die unter der Bezeichnung „Schriever Wargames“ unter anderem die „Führung von militärischen Weltraumoperationen“ vorbereiten und üben. Während sich die Bundeswehr offiziell auf die Abwehr von Angriffen auf eigene Satelliten konzentriert, werden allgemein längst auch offensive Operationen vorbereitet – etwa die Blendung oder die Zerstörung fremder Flugkörper im All.

Die Bedeutung des Alls

Hintergrund der Militarisierung des Weltraums ist zum einen, daß die Kommerzialisierung der Raumfahrt („New Space“) in raschem Tempo zunimmt. Immer mehr Satelliten werden ins Weltall geschossen – allein bis 2030 laut aktuellen Schätzungen mehr als 15 000; strategisch immer wichtiger werden die Aufgaben, die sie übernehmen – von der Kontrolle von Industrieanlagen bis zur Vernetzung autonom gesteuerter Autos. Die Bedeutung der anschwellegenden Aktivitäten im Weltraum auch für staatliche Aktivitäten jeder Art macht sie zu sensiblen Angriffszielen und läßt ihren Schutz wichtig erscheinen. Es kommt hinzu, wie es in einem neuen Arbeitspapier der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), des wichtigsten militärpolitischen Strategiezentriums der Bundesregierung, heißt, daß die Abhängigkeit moderner „hochtechnologisierter Streitkräfte von weltraumbasierten Fähigkeiten“ klar gewachsen ist. „So sind ... die Einsätze der Bundeswehr mit Blick auf Kommunikation, Frühwarnsysteme, Aufklärung und Lagebild sowie Ortsbestimmung und Navigation in Echtzeit auf Satellitensysteme angewiesen“, konstatiert die BAKS. Deutschlands „militärische Einsatz- und Handlungsfähigkeit“ sei von der „freien Nutzung ... weltraumgestützte[r] Dienste abhängig“.

Westliche Weltraumkommandos

Die westlichen Mächte haben wegen der rasch zunehmenden wirtschaftlichen, strategischen und militärischen Bedeutung des Alls in den vergangenen Jahren ihre militärischen

Weltraumaktivitäten auszubauen begonnen. Die Vereinigten Staaten haben im Dezember 2019 die Space Force aus der Air Force ausgegliedert und sie zu einer eigenen Teilstreitkraft aufgewertet. Die Biden-Administration will ihr im nächsten Haushaltsjahr 17,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen und 27 Prozent davon für geheimgehaltene Aktivitäten ausgeben. Frankreich hat im September 2019 ein Weltraumkommando (Commandement de l'espace, CDE) gegründet, das spätestens im Jahr 2025 voll einsatzfähig sein soll. Großbritannien hat sein Weltraumkommando (UK Space Command) am 1. April 2021 gegründet und es am 29. Juli offiziell eröffnet. Deutschland verfügt seit dem 13. Juli gleichfalls über ein Weltraumkommando, das in Uedem am Niederrhein angesiedelt ist; es hat offiziell die Aufgabe, das Geschehen im All zu beobachten und, wenn nötig, Maßnahmen zum Schutz deutscher und anderer Satelliten durchzuführen. Die Bundeswehr hat derzeit sieben eigene Satelliten im Weltraum stationiert – zwei Kommunikations- und fünf Aufklärungssatelliten. Auch der BND soll eigene Spionagesatelliten erhalten.

Weltraumwaffen

Bei den konkreten Weltraumaktivitäten der Bundeswehr stehen, jedenfalls vorläufig, Aufklärung und Navigation im Vordergrund. So kann das neue Weltraumkommando in Uedem Daten des ersten deutschen Weltraumradars GESTRA (German Experimental Space Surveillance and Tracking Radar) nutzen, das im Herbst 2020 nahe Koblenz aufgestellt wurde und in der Lage ist, Weltraumobjekte im niedrigen Erdborbit aufzuspüren. Es trägt erklärtermaßen dazu bei, die deutsche Abhängigkeit von US-Weltraumdaten zu verringern. Weltweit werden längst auch offensive Operationen im All vorbereitet. Einige Staaten, insbesondere die USA und China, verfügen über die Fähigkeit, fremde Satelliten durch bodengestützte Raketen zu zerstören. Um sie auszuschalten, kommt auch zeitweiliges Blenden oder dauerhaftes Zerstören von Sensoren mit Hilfe von Lasern in Betracht. Weltraumstreitkräfte arbeiten außerdem mit der Störung fremder Datensignale („Jamming“) und mit ihrer Überlagerung durch manipulierte Signale („Spoofing“). Allgemein hohe Bedeutung wird darüber hinaus Cyberangriffen auf fremde Satelliten beigemessen. Die BAKS urteilt, „Befürchtungen vor einem Rüstungswettlauf“ im Weltraum „mit Konflikt- und Eskalationsgefahr“ seien „durchaus ernstzunehmen“.

Die Schriever Wargames

Die Bundeswehr beteiligt sich seit einiger Zeit auch an Übungen für Weltraumkriege. So nahmen im März deutsche Soldaten an Europas erstem Weltraummanöver teil, das in Frankreich abgehalten wurde; rund 60 Militärs aus mehreren Staaten trainierten dort Operationen gegen Satelliten fremder Mächte, darunter das Blenden eines gegnerischen Flugkörpers. Die Bundeswehr ist zudem in

eine langfristige Serie militärischer „Planspiele“ zu Weltraumkriegen eingebunden, die die US-Streitkräfte bereits seit 2001 durchführen – die „Schriever Wargames, benannt nach Luftwaffengeneral Bernard A. Schriever, einem Pionier der US-Interkontinentalraketen. „Zweck“ der Schriever Wargames sei es, heißt es bei der Bundeswehr, „ein gemeinsames Verständnis von Weltraumsicherheit“ allgemein, aber auch speziell „für militärische Weltraumoperationen zu entwickeln“. So solle beispielsweise „die Entwicklung ... kompatibler Verfahren zur Planung und Führung von militärischen Weltraumoperationen gefördert werden“. Deutsche Soldaten nahmen im vergangenen Jahr bereits zum vierten Mal an den Schriever Wargames teil. Involviert waren zum einen die USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland („Five Eyes“), zum anderen Japan, Frankreich und Deutschland. Bemerkenswert war der pazifische Schwerpunkt (Japan, Australien, Neuseeland).

Der Nationale Weltraumrat

Die BAKS dringt nun darauf, die militärischen Weltraumaktivitäten energisch voranzutreiben. So seien nicht nur eine „vorausschauende militärische Fähigkeitsplanung“ und eine „ausreichende Finanzierung“ vonnöten; es gelte auch dringend, „qualifiziertes Fachpersonal zu gewinnen beziehungsweise auszubilden“. Andere Staaten, darunter die USA und Großbritannien, hätten dazu bereits „eigene Kadenschmieden“ aufgebaut. Um sämtliche vorhandenen Kapazitäten zusammenzuführen und eine „gesamtstaatliche Strategiefindung“ zu ermöglichen, könne man alle einschlägigen „Entscheidungsvorgänge im Rahmen eines nationalen Weltraumrates ... institutionalisieren“. Die BAKS spricht sich darüber hinaus nicht nur dafür aus, die „Einbindung kommerzieller Akteure“ in die militärischen Planungen voranzutreiben und dazu die „zivile-militärische [...] Zusammenarbeit“ zu fördern. Es gelte ebenso „Bewußtsein zu schaffen“. So beschränke sich „die öffentlich-politische Diskussion“ meist auf die zivile Raumfahrt; „die verteidigungspolitische und militärische Dimension“ seien hingegen „in der deutschen Debatte ... kaum präsent“. Man müsse künftig die allgemeine Aufmerksamkeit stärker auf sie lenken.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 13.10.2021

Wir trauern um unseren langjährigen Kampfgefährten und Vorsitzenden der „RotFuchs“-Regionalgruppe Saale-Orla

Günter Wechsung

der 82-jährig am 11. Oktober 2021 verstarb. Als standhafter Kommunist hat er großen Anteil am Zusammenwirken der Linken in der Region.

Unser Mitgefühl gehört seiner Ehefrau.

Reichtum vs. Armut

Seit 2009 berechnet Oxfam, der internationale Verbund von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, die Vermögensverteilung der Welt.

Anhand der Forbes-Liste, die Jahr für Jahr die Privatvermögen der reichsten Menschen der Welt verzeichnet, rechnet Oxfam die Beträge zusammen, bis die Summe so viel beträgt, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt. Waren es 2009 noch 380 Milliardäre, deren gemeinsames Vermögen so groß war wie das der ärmeren Hälfte der Menschheit, so sind es heute nur noch acht. Im Lauf von zehn Jahren hat eine Vermögenskonzentration stattgefunden, wie sie die Menschheit zuvor noch nicht erlebt hat.

Amazon-Chef Jeff Bezos und Microsoft-Gründer Bill Gates führen die Liste an, New Yorks ehemaliger Bürgermeister Michael Bloomberg belegt Platz acht. Markt- und Machtentfaltung ihrer Unternehmen und Börsenkurse auf Rekordniveau sorgten für eine immense Steigerung des Geldwertes ihrer Firmenanteile, so daß die Zahl derjenigen, die zusammen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Welt, derart dramatisch sank.

Dabei geht es gar nicht um Konsum, sondern um Macht. 100 Millionen Mal mehr als eine Person aus der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung durchschnittlich zur Verfügung hat, können diese Milliardäre gar nicht verbrauchen. Sie konsumieren ihr Vermögen im Unterschied zu den Ärmern der Welt auch nicht, sie lassen mit dem Geld produzieren,

um ihr Vermögen zu erhalten und es zu vermehren. Die acht Personen könnten die Hälfte der Weltbevölkerung beschäftigen – mehr Macht hat noch niemand vor ihnen besessen – auch kein Sonnenkönig. Und wenn sie Milliarden Menschen einstellen würden, was sie nicht tun, denn sie beschäftigen auch Personen aus der reicheren Hälfte der Weltbevölkerung, dann verlieren sie durch diesen produktiven Konsum kein Geld. Die Lohnabhängigen verbrauchen ihr Einkommen durch ihren Konsum und müssen immer wieder für Geld arbeiten. Die acht Personen und die anderen großen und kleineren Kapitaleigner mehrten dagegen ihr Vermögen, weil sie das behalten können, was die Lohnabhängigen produziert haben und auf diese Weise immer weitere Produktionsmittel – Fabriken, Büros, Firmen, usw. – erwerben. Sie werden durch das Ausgeben ihres Geldes nicht ärmer, sondern reicher.

Es handelt sich also nicht darum, ob der ärmere Teil der Weltbevölkerung den Produktionsmittelbesitzern ihren Konsum neidet, sondern darum, ob die Lohnabhängigen es zulassen, daß die Besitzer der Produktionsmittel darüber bestimmen, wen sie bei der Kapitalvermehrung beschäftigen, was zu welchem Zweck produziert wird und an welchen anderen Zielen als der Profiterzielung diese Produktion orientiert ist.

Jürgen Böning

Quelle: lunapark21, 8. Januar 2020

Acht Männer besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung

	Bill Gates	Microsoft	75,0 Milliarden US-\$
	Amancio Ortega	Inditex	67,0 Milliarden US-\$
	Warren Buffett	Berkshire Hathaway	68,8 Milliarden US-\$
	Carlos Slim Helu	Grupo Carso	50,0 Milliarden US-\$
	Jeff Bezos	Amazon	45,2 Milliarden US-\$
	Mark Zuckerberg	Facebook	44,6 Milliarden US-\$
	Larry Ellison	Oracle	43,6 Milliarden US-\$
	Michael Bloomberg	Bloomberg LP	40,0 Milliarden US-\$
Summe reichste 8 Personen			426,2 Milliarden US-\$
Ärmste 50 % der Weltbevölkerung			409,1 Milliarden US-\$

Es geht um unser Klima

325 Organisationen und mehr als 17 700 Einzelpersonen haben sich mit einer Petition an die Teilnehmer der COP26 UN-Klimakonferenz vom 1. bis 12. November in Glasgow gewandt. Gefordert wird, daß endlich auch die sehr großen Anteile der Treibhausgase des Militärs in Klimaabkommen berücksichtigt werden.

„Während der Verhandlungen über das Kyoto-Abkommen von 1997 wurden aufgrund von Forderungen der US-Regierung in letzter Minute die militärischen Treibhausgasemissionen von den Klimaverhandlungen ausgenommen. Diese Tradition hat sich fortgesetzt.

Das Pariser Abkommen von 2015 überließ die Reduzierung der militärischen Treibhausgasemissionen dem Ermessen der einzelnen Nationen.

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen verpflichtet die unterzeichneten Staaten, ihre jährlichen Treibhausgasemissionen zu veröffentlichen, aber die Berichterstattung über militärische Emissionen ist freiwillig und wird oft nicht berücksichtigt.



Die NATO hat das Problem zwar erkannt, aber keine spezifischen Anforderungen zu dessen Lösung aufgestellt.

Es gibt keine vernünftige Grundlage für diese klaffende Lücke. Krieg und Kriegsvorbereitungen sind große Verursacher von Treibhausgasemissionen. ALLE Treibhausgasemissionen müssen in die verbindlichen Normen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen einbezogen werden. Es darf keine Ausnahmen mehr für militärische Verschmutzung geben.

Wir fordern die COP26 auf, strenge Grenzwerte für Treibhausgasemissionen festzulegen, die keine Ausnahmen für den Militarismus vorsehen, transparente Berichterstattungspflichten und eine

unabhängige Überprüfung vorsehen und sich nicht auf Systeme zum „Ausgleich“ von Emissionen stützen. Die Treibhausgasemissionen der Militärstützpunkte eines Landes in Übersee müssen vollständig gemeldet und dem betreffenden Land in Rechnung gestellt werden, nicht dem Land, in dem sich der Stützpunkt befindet.

(...) Das ist der Grundgedanke: die größte Form der Klimazerstörung in den meisten Ländern in die Vereinbarungen einzubeziehen, mit denen sie vorgeben, die Klimazerstörung zu reduzieren. Das ist keine Raketenwissenschaft, auch wenn es dazu führen könnte, daß einige Mittel aus der Raketenwissenschaft abgezogen werden.

Aber wir haben es hier mit nebulösen Fakten zu tun. Fakten, die durchaus vorhanden sind, aber scheinbar kein nennenswerter Prozentsatz der Menschen davon erfährt. (...)

David Swanson

Quelle: World Beyond War, 29.9.2021

Redaktionell gekürzt

Das ist Geopolitik, Dummkopf!

In den 90er Jahren hat sich ein neues Wort in den politischen Sprachgebrauch eingenistet. Es heißt „Narrativ“ und bezeichnet eine Erzählung, die eine sinnstiftende Legitimität beansprucht. Von der westlichen Wertegemeinschaft wird das Klischee eines aggressiven, expansionslüsternen, demokratiefeindlichen und menschenrechtsverachtenden Staats, hier Rußland und China, in ein Narrativ, eine Erzählung eingekleidet, deren Wahrheitsgehalt und Glaubwürdigkeit keinen Anspruch einer wirklichen Beweisführung erhebt, einfach deshalb, weil er ihrer nicht bedarf. Mehr noch: Andere Sichtweisen werden gleichzeitig mit dem Etikett „Verschwörungstheorie“ versehen. Wir halten uns hingegen bei der Bewertung allen politischen Geschehens lieber an die Kategorie „Analyse“.

Die Krim wurde nicht annektiert, wie unablässig behauptet wird. Was jedoch stattfand, war der Versuch, die ganze Ukraine im Sinne einer namentlich von den USA orchestrierten harten rußlandfeindlichen Politik an den „Westen“ zu binden und in geopolitischer wie ideologischer Hinsicht zu annektieren. Die Bemühungen Rußlands, mit der Ukraine einen modus vivendi hinsichtlich einer wirtschafts- und handelspolitischen Integration zu finden, mußte um jeden Preis verhindert werden. Um jeden Preis heißt hier nicht nur mit vielem Geld, das Frau Nuland schon Jahre vor dem Maidan-Putsch im Auftrag ihrer Regierung gezahlt hat. Auf keinen Fall dürfe die Ukraine im Einflußbereich des russischen Nachbarn bleiben oder partnerschaftliche Zusammenarbeit pflegen. Für dieses Minimalziel hat man nicht nur einen Putsch organisiert, sondern war sogar bereit, die Krim zu opfern, obwohl man sie gern auf ihrem geostrategischen Schachbrett aufgestellt hätte. Aber wie heißt es so schön, es galt, Prioritäten zu setzen. Und der Spin-off-Effekt war auch nicht zu verachten, d.h., die dem Maidan-Putsch folgende Eingliederung der Krim in das Staatsgebiet Rußlands erwies sich als ein womöglich einkalkulierter Schachzug. Denn mit der Halbinsel wurde ein übles propagandistisches Spiel eingefädelt. Kaum eine im westlichen Kosmos tätige Regierung darf es sich bis heute erlauben, eine völkerrechtliche Debatte (Annexion/Sezession) auch nur anzustoßen. Schließlich soll das Arsenal russophober Erklärungen, das die Rhetorik des (alten) Kalten Kriegs fast schon übertrifft, nicht eingetrübt werden.

Inzwischen befinden wir uns auf einem anderen Gefechtsfeld. Aber auch da stehen die Chancen nicht gut. Im politisch und ideologisch aufgeladenen Streit um das Projekt Nordstream 2 wollten sich ja im Kielwasser der USA die bundesdeutschen Transatlantiker um die Grünen, Röttgen, Merz und Co. profilieren. Letztlich vergeblich. Der ukrainische Präsident ist bereits wieder in seine frühere Rolle als Komiker geschlüpft. Für seinen Versuch eines Krim-„Deoccupation“-Fahrplans fanden nicht einmal die hiesigen Mainstreammedien passende Worte für eine Kommentierung. Selenskis Erpressungsversuch, der Westen müsse die Ukraine in die NATO aufnehmen oder die Pipeline ablehnen oder zumindest

garantieren, daß der Öltransit aus Rußland durch die Ukraine in die EU erhalten bleibe, bietet jede Menge Stoff für die Kabarettensendung „Die Anstalt“. Erinnern wir uns: Als Ministerpräsident Nikita Chruschtschow der UdSSR die Krim geschenkt hatte, dachte er nicht im Traum daran, daß die Ukraine einmal aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausscheren wollte, dies auch eingedenk der Tatsache, daß die Krim über Jahrhunderte



Verladung von Pipelineröhren im Hafen Slite, Gotland

zu Rußland gehörte und seinem Verständnis einer sozialistisch geprägten Nationalitätenpolitik entsprach. Nach Auflösung der Union aber blieb die Hoffnung auf eine gedeihliche Perspektive bzw. Hoffnung auf wirtschaftliche Partnerschaft und kulturelle Zusammenhalt. Genau dieses war und ist vom „Westen“ nicht gewollt. Was nun und was tun? Die Krim ist futsch und das Gas wird demnächst durch die neue Pipeline gepumpt. Weder der von den USA betriebene Sanktionsterror noch die unglaubwürdige These, Europa würde sich im Energiehandel dem Diktat Rußlands unterwerfen und sei somit erpreßbar, konnten die diplomatische Niederlage der USA und der europäischen Transatlantiker verhindern. Der Rußlandbeauftragte des Bundesforums Mittelstand, Dr. Siegfried Fischer, fand klare Worte: „Transatlantische Russophobie verbindet sich jetzt mit einer grünen Klimaideologie, die völlig vergißt, daß wir noch viele, viele Jahre mit diesen natürlichen Vorkommen umgehen müssen ... Was da rundherum gemacht worden ist, dieses politische, fast möchte ich sagen, ‚Abenteuertum‘, das ist nicht zu erklären mit Logik. Jedenfalls nicht mit einer wirtschaftlichen Logik.“ Außerdem hat es die Ukraine über viele Jahre nicht für nötig erachtet, ihr offensichtlich korruptes wie verkommenes Gashandels- und Transitsystem zu reformieren. Eine der Folgen: Die Ukrainischen Anlagen stoßen sechsmal so viel CO₂ ab wie die neue Nordstream 2-Pipeline. Als diese Zeilen geschrieben wurden, war noch nicht wirklich klar, mit welchem Personal die neue Bundesregierung ins Rennen geht. Eines aber steht jetzt schon fest: Dem aggressiven und arroganten Auftreten gegenüber Rußland und China wird vielleicht das eine oder andere Motiv hinzugefügt, indes, die Tonart wird die gleiche bleiben. In einer im September verabschiedeten Resolution des EU-Parlaments wird das „Putin-Regime“ (nicht, was näherliegend wäre, das Selenski-Regime), „als eine stagnierende, autoritäre

Kleptokratie“ bezeichnet, in der sich dessen aggressive Außenpolitik mit der Verletzung der Menschenrechte der eigenen Bevölkerung verbinde. Unverhohlen wird im Text das Recht auf Einmischung in die russische Innenpolitik beansprucht. Über viele Seiten der Resolution präsentiert man einen Maßnahme- bzw. Forderungskatalog, der sich wie eine geistige Mobilmachung, vergleichbar mit Juli/August 1914, liest. Von den 22 Mitgliedern der Grünen haben 19 der Resolution zugestimmt. Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, erklärte im September: „Die Europäische Union lebt weiter im Paradigma der kolonialen Weltordnung. In ihrem Handeln und in ihrer Sichtweise über die Geschehnisse in der Welt ist die Europäische Union nie von den Grundsätzen des Kolonialismus abgewichen und hat sich das Recht angemaßt, sich ohne Grund und Rechtfertigung in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.“

Was wollen die EU-Parlamentarier mit einer solchen Resolution erreichen? Und wird die neue Bundesregierung ihre Vor-Wahl-Rhetorik weiter pflegen? Wird ein Olivgrüner Cem Özdemir, der sich Hoffnungen auf das Außenamt macht, dann auch in Moskau auftreten und für sich und seine Parteifreunde behaupten, daß Nordstream 2 „uns in eine unnötige Abhängigkeit von Putin (bringt), der nicht nur ein Gasverkäufer, sondern auch ein Giftmischer“ ist, beibehalten? Warten wir es ab. Derzeit kreuzen sich Lippenbekenntnisse der Solidarität mit dem Regime in Kiew mit nahezu ultimativen Forderungen an die russische Regierung, fossile Brennstoffe weiterhin durch die Ukrainer zu leiten. Wie aber lassen sich diese Forderungen in einem Atemzug mit erhobenen Sanktionsdrohungen verbinden, wenn man gleichzeitig Ängste schüren will, Rußland könne die Pipeline als geopolitische Waffe einsetzen? Wo ist da die logische Kette? Wer sitzt denn eigentlich hier am längeren Hebel? Das klagende Lied des Herrn Selenski, daß ihm nach Inbetriebnahme der Nordstream 2-Pipeline zwei Milliarden Dollar Transitgebühren durch die Lappen gehen könnten, verstehen wir sehr wohl. Wenn er aber das wirtschaftliche Überleben seines Landes von seinem selbstgewählten Gegner abhängig macht, sollte er sich zu allererst eines in internationalen Beziehungen geltenden Umgangs bedienen. Diesen haben ihm aber offenbar seine westlichen Taktstockgeber, abgesehen von verquast formulierten unverbindlichen finanziellen Zusagen, nicht beigebracht, besser gesagt, nicht beibringen wollen, weil sie ihn ja selbst nicht pflegen. Dies allerdings aus ganz anderen Gründen. Die Armlänge der schützenden Hand des westlichen Werteregimes endet dort, wo der Nerv ihrer geopolitischen Ziele infrage gestellt wird. Dem Puppenspieler aus Kiew wird dabei nur die Figur bzw. die Rolle eines Bauernopfers zugewiesen. Wie sagte es einst Bill Clinton als US-Präsident? „It's the economy, stupid.“ Hinzuzufügen ist: Das ist Geopolitik, Dummkopf.

Hans Schoenefeldt

Medwedew: Ukraine steht unter ausländischer Verwaltung

Der ehemalige russische Präsident und Ministerpräsident Dmitri Medwedew äußerte sich in einem Zeitungsartikel, Rußland werde „warten, bis verantwortungsvolle Führer in der Ukraine erscheinen, die sich auf den Aufbau gleichberechtigter und für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen konzentrieren und nicht auf die totale Konfrontation mit Rußland bis hin zur Zuspitzung des Konflikts am Rande eines Krieges“. Die Ukraine stehe jetzt unter direkter ausländischer Verwaltung und sei vollständig vom Westen abhängig, von Geldgeschenken bis hin zur direkten Verwaltung durch Geheimdienste, betonte der Politiker.

RT, 11. Oktober 2021

Ukraine-Einsatz als „Lackmustest“

Die Ukraine verstärkt ihren Druck auf die Bundesregierung, einem militärischen EU-Trainingseinsatz für ukrainische Offiziere zuzustimmen. Die EU und „vor allem Deutschland“ müßten die Intervention „schnellstmöglich auf den Weg“ bringen – und zwar als „robuste militärische Ausbildungsmission“, fordert der Botschafter des Landes in der BRD, Andrij Melnyk. Für die Außenpolitik der künftigen Bundesregierung sei dies „ein Lackmustest“.

(...) Zwar warnen „Länder wie Zypern, Griechenland oder Italien“ noch vor „unnötigen Provokationen“ gegenüber Rußland. Sie heben allerdings hervor, „daß es andere Möglichkeiten gebe, Kiew bei der Ausbildung von Offizieren zu helfen“. In diesem Sinne habe der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell inzwischen vorgeschlagen, eine öffentlich

wenig wahrnehmbare „Verbindungs- und Planungszelle“ zu schaffen, die Militärberater für die ukrainischen Streitkräfte stellen solle. Das solle „weniger provokativ gegenüber Moskau erscheinen“. Allerdings erfüllt es praktisch denselben Zweck. Weitreichende Folgen drohen. So ist unklar, welches Interesse die russische Regierung noch an der Aufrechterhaltung der Gespräche im „Normandie-Format“ haben sollte, die zwar aktuell aufgrund der zunehmenden Spannungen nur noch auf der Ebene der außenpolitischen Berater der beteiligten Staats- und Regierungschefs geführt werden, immerhin aber noch Verhandlungen ermöglichen. Ihr Wegfall verschärfte den Konflikt noch mehr. (...)

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 15.10.2021

Redaktionell gekürzt

Krieg 4.0 – Killer-Roboter als nächste Stufe

Wer kennt nicht „Terminator“ oder „Death Machine“? In diesen Science-Fiction-Filmen töten mit Künstlicher Intelligenz ausgestattete Maschinen Menschen – ganz selbständig und ohne, daß ein Mensch mitwirkt oder eingreift. In der Realität werden solche Maschinen „Tödliche Autonome Waffensysteme“ genannt. Diese Killer-Roboter sind keine Utopie mehr, sondern bereits „Science Fact“. Es gibt schon heute solche Systeme, die in Konflikten rund um den Globus eingesetzt werden, und es ist absehbar, daß es in naher Zukunft deutlich mehr davon geben wird.

(...)

Aufgrund bisheriger Erfahrungen mit Künstlicher Intelligenz ist zu befürchten, daß das Verhalten von autonomen Waffensystemen nicht verlässlich vorhergesagt werden kann. Es darf nicht sein, daß das Führen von Kriegen in Zukunft noch einfacher als bisher wird, weil reiche Staaten Maschinen aufs Schlachtfeld schicken, ohne das Leben ihrer eigenen Soldaten riskieren zu müssen. Damit wird auch der innenpolitische Diskurs um die Sinnhaftigkeit eines Krieges abgewürgt. Wird nicht mehr der eigene Sohn oder die eigene Tochter in den Kampf geschickt, wird der Widerstand der Bevölkerung gegen einen Krieg wesentlich geringer sein.

Beim Einsatz tödlicher autonomer Waffensysteme stellen sich ernste moralische und ethische Fragen. Sollen Entscheidungen über Leben oder Tod ohne menschliches Zutun von einem Programm getroffen werden? Sollen Soldaten aus Fleisch und Blut, deren Familien um ihr Leben bangen, automatisierten Gegnern gegenüberstehen, denen jedes menschliche Gefühl fremd ist, die keine Angst und keine Zweifel kennen und die sich in die psychische Verfassung ihrer menschlichen Gegner nicht einmal ansatzweise hineinversetzen

können? Soll die eigene Roboterarmee allenfalls gehackt und umprogrammiert werden, um dann gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt zu werden? Sollen autonomen Waffensysteme in Bürgerkriegen benutzt werden? (...)



Wann werden Robotersoldaten, wie man sie aus Filmen und Spielen kennt, Realität?

Solche Fragen müssen in einem breiten politischen und zivilgesellschaftlichen Diskurs im Detail erörtert und geklärt werden, und zwar bevor eine so weitgehende neue Technologie zum Einsatz kommt. Derzeit passiert das Gegenteil: Die technologisch führenden Staaten und ihre Militärs forschen ungebremst, um nur ja nichts zu versäumen und nicht von

einem anderen Staat überflügelt zu werden. Die rechtlichen, ethischen und praktischen Fragen interessieren bei diesem neuen und in der Öffentlichkeit noch wenig bekannten Rüstungswettbewerb nicht und bleiben daher ungelöst. Dies ist der falsche Ansatz. Derartige Waffensysteme gehören verboten, bevor sie Hals über Kopf entwickelt in völlig unausgereiftem Zustand auf den Kriegsschauplätzen dieser Welt zum Einsatz kommen, um Menschen zu töten. Schließlich warten wir auch mit dem Einsatz von selbstfahrenden Autos, bis deren Zuverlässigkeit und Sicherheit restlos geklärt und belegt ist.

Bei tödlichen autonomen Waffensystemen ist ein noch höherer Sorgfaltsmaßstab angezeigt. Die großen Militärmächte dieser Welt sind jedoch gerade dabei, diesen um des vermeintlichen militärischen Vorteils willen zu ignorieren. Sollten sie damit Erfolg haben, werden wir alle die negativen Folgen zu tragen haben. Aus diesem Grund haben sich mehr als 100 Organisationen in mehr als 50 Ländern in der „International Campaign to Stop Killer Robots“ zusammengeschlossen. In Österreich setzt sich das Österreichische Rote Kreuz, der Tradition seines Gründers verbunden und verpflichtet, gemeinsam mit KRC Austria, dem österreichischen Zweig der internationalen Kampagne, für das Verbot dieser tödlichen autonomen Waffensysteme ein. Noch ist Zeit zum Handeln da, aber die Uhr tickt unaufhörlich, und wenn der Terminator real wird, wird es zu spät sein.

Anja Oberkofler
Wien

Anja Oberkofler ist Juristin und Vizepräsidentin des Österreichischen Roten Kreuzes.

Quelle: *Wiener Zeitung*, 1.10.2021

Sie reden von Frieden und meinen Krieg

Die USA haben gegenwärtig die Volksrepublik China im Fadenkreuz, noch vor Rußland. Die US-amerikanische Außenpolitik nähert sich verstärkt nach dem NATO-Gipfel im Dezember 2020 und den Reden der Präsidenten Trump und Biden nach Inhalt und Rhetorik der Hunnenrede des deutschen Kaisers. Aus Anlaß der Verabschiedung deutscher Kriegsschiffe nach Tsingtao/Qingdao, China, hielt dieser am 22. Juli 1900 im preußischen Kriegshafen Emden eine Ansprache. Er verkündete: „Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenem Deutschen Reiche zugefallen sind. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern sie im Ausland bedrängt werden, beizustehen.“ Und weiter: „Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht.“ Mit imperialen Absichten hielt Deutschland ein kleines Gebiet besetzt. China war zu dieser Zeit Opfer kolonialer Bestrebungen Englands, Frankreichs u.a., um mit den Opiumkriegen in das Land zu kommen (Aufstand der Boxer). Während man heute vorgibt, Frieden zu wollen, schwafelt die Bundesverteidigungsministerin von „Deutschlands Verpflichtungen im südpazifischen Raum“ und meint damit nicht mehr und nicht weniger als unbegrenzte Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Die Geschichte der Menschheit kennt viele Beispiele, wo die Grenzen zwischen Reden vom Frieden und militärischen Aktionen mit tödlichen Folgen überschritten wurden. Um nur einige zu nennen:

- 1823: Verkündung der Doktrin des US-Präsidenten Monroe (Kurzfassung: Amerika den Amerikanern. Im Ergebnis

- der Doktrin litten Guatemala, Nikaragua, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Santo Domingo, Panama, Chile, Grenada u.a. unter vielfachen wirtschaftlichen und militärischen Attacken Washingtons. Kuba, Nicaragua und Venezuela mußten später verschärfte Maßnahmen zur Destabilisierung durch die USA hinnehmen, weil sie das freiheitliche System der Kapitallogik ablehnten und auf ihre Selbstbestimmung pochten.
- Nach den Opiumkriegen ab 1839 nahmen die USA an der wirtschaftlichen Ausbeutung Chinas durch England und Frankreich teil. Sie unterstützten Tschiang Kai-schek im chinesischen Bürgerkrieg ab 1927 mit Waffen und Krediten.
- 1848 verlor Mexiko etwa die Hälfte seines Territoriums dauerhaft an die USA (Kalifornien, Arizona, Texas, New Mexiko, Teile von Utah usw.) Grund: europäische Farmer hatten zuvor geklagt, daß die mexikanische Regierung die Sklaverei verboten hatte. Es fehlten nun Arbeitskräfte in Texas, das einst zu Mexiko gehörte.
- 1898 übernahm Nordamerika im Kampf gegen Spanien die Herrschaft über die Philippinen. Sie behielten ihren Status bis 1946. Puerto Rico erlitt ein ähnliches Schicksal. Das Hauptargument der Reden zur Begründung militärischer Aktionen: Die USA bringe die Freiheit.
- Am 18. November 1938 spricht Hitler vor der Presse: „Die von mir bisher benutzte pazifistische Plattform mit den Reden vom Frieden war gegenüber der

Welt und der deutschen Bevölkerung notwendig. Das Volk muß aber jetzt psychologisch umgestellt werden.

Die Tschechen üben bedrohlich auf ihren Schießplätzen. Jetzt ist es klar, daß es Dinge gibt, die nicht friedlich erreichbar sind.“ Nur wenige Monate später wurden die tschechischen Sudeten annektiert und Österreich in Deutschland eingegliedert.

Am 1. September 1939 verkündete Hitler im Rundfunk: „Ab 4 Uhr wird in Gleiwitz zurückgeschossen“. Der 2. Weltkrieg begann ...

- Am 6. und 9. August 1945 erfolgten die Atombombenabwürfe der US-Luftwaffe auf Hiroshima und Nagasaki.
- Ab 1964 führten die USA in Vietnam einen langjährigen Krieg im Namen des „Kampfes gegen den Kommunismus“. Noch heute kommen durch den Einsatz des Entlaubungsgiftes Agent Orange Kinder mit zum Teil schwersten Behinderungen zur Welt.
- Trotz großartiger Reden vom Frieden war Afghanistan 20 Jahre lang Kampfplatz der US-Regierung „gegen den Terrorismus“. Die Folgen für die Bevölkerung sind katastrophal. Die Zahl der Toten übersteigt das Vorstellungsvermögen, ebenso die materiellen Kosten der Zerstörungen. Die Täuschung über die wahren Ursachen für Krieg und Zerstörung hält bis heute unvermindert an. Die Leidtragenden aller Kriege sind die Bürger, die Gewinner das Wirtschafts- und Finanzkapital.

Günter Buhlke
Berlin

Die Bilanz der US-Luftwaffe

In den vergangenen 20 Jahren seit dem 11. September 2001 führte das US-Militär fast 100 000 Luftschläge durch. Unter dem Deckmantel eines angeblichen Krieges gegen den Terror tötete die imperialistische Weltmacht mehr als 22 600 unschuldige Menschen aus der Luft.

Seit den Terroranschlägen des 11. September vor fast exakt zwanzig Jahren haben die USA ihre militärischen Aggressionen weltweit ausgebaut. Nach den Invasionen Afghanistans und des Irak wurden unter anderem Syrien, Libyen, Somalia und der Jemen jahrelang systematisch – aber keinesfalls immer gezielt – bombardiert. Diese teils als „forever wars“ bezeichneten Einsätze des US-Militärs, bei denen über 7000 Soldatinnen und Soldaten der USA getötet wurden, stehen unter der gegenwärtigen Biden-Administration teils zur Disposition, wohl um Ressourcen für noch größere Konflikte freizumachen.

In einer detaillierten Studie werden nun auch erstmals die zivilen Opfer der andauernden



F 15E Strike Eagles der 389th Expeditionary Fighter Squadron der U.S. Air Force, wie hier abgebildet, leisteten 176 Stunden Luftunterstützung und warfen mehr als 100 Bomben zur Unterstützung der Operation Hammer Down II ab.

Terrorisierung ganzer Regionen mit Bomben und Raketen erfaßt. Das Blut von 22 679, möglicherweise aber auch bis zu 48 308 Unbeteiligten klebt an den Händen des US-Imperialismus, errechnete die der Universität

London nahestehende Plattform „Airwars“. Basis der Zahlen sind insbesondere Untersuchungen internationaler Organisationen sowie lokale Medienberichte über zivile Opfer, da sich das US-Militär oft nicht die Mühe macht, exakte Todeszahlen zu ermitteln oder gar bekanntzugeben.

Allein in den sieben wichtigsten Konfliktregionen wurden in den vergangenen 20 Jahren 91 340 Luftangriffe durchgeführt, der Großteil der dabei getöteten Zivilisten entfiel auf den Irak, Syrien und Afghanistan. Dabei ist festzuhalten, daß die Organisation lediglich die direkten Opfer des US-Bombenkriegs erfaßt. Insgesamt kamen in den maßgeblich vom US-Imperialismus ausgelösten und/oder bestimmten Konflikten beinahe 400 000 Zivilisten ums Leben, wie die Brown University berechnete.

Entnommen der Zeitschrift Zda vom 7. September 2021

Vor 50 Jahren: Bomben auf Vietnam

In der medialen Öffentlichkeit gerät der von den USA in Vietnam geführte Krieg vor fünf Jahrzehnten immer mehr in Vergessenheit. Es war einer der heißesten Kriege im Kalten Krieg und der erste, den die Vereinigten Staaten verloren haben. Der Autor dieser Zeilen wurde kürzlich durch den Abzug der US- und anderer Streitkräfte aus Afghanistan wieder an jene Zeit erinnert. Die Bilanz dieses Krieges: Vietnam hatte vier Millionen Tote zu beklagen, die Amerikaner verloren 58 000 Soldaten und leiden seitdem an einem „Vietnam-Syndrom“.

US-Luftwaffengeneral Curtis E. LeMay hatte damals erklärt, Vietnam „in die Steinzeit zurückbomben“ zu wollen, was aber letztlich trotz enormer Zerstörungen und großer menschlicher Opfer nicht gelang. Im Verlauf des Gesamtkrieges warfen US-Air Force und -Navy mehr Vernichtungs- und Sprengmittel auf Vietnam und Laos ab, als im II. Weltkrieg überhaupt zum Einsatz kamen. Auf die Menschen in Vietnam fielen 400 000 Tonnen Napalm und das Entlaubungsmittel Agent Orange. Wer dieses überlebte, hatte ein großes Risiko, an Leberkrebs, Epilepsie und schweren Allergien zu erkranken. 500 000 mißgebildete Kinder kamen später infolge der chemischen Kampfstoffe zur Welt.

Eine erste Phase des Krieges ging von 1964 bis 1968. In diesen Zeitraum fallen nach dem vom US-Zerstörer „Maddox“ provozierten „Tonkin-Zwischenfall“ zunächst das direkte militärische Eingreifen der USA im Süden gegen die Volksbefreiungsstreitkräfte FNL (Front National de Libération) sowie der Beginn der Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV). In der Operation „Rolling Thunder“ (Donnergeröll) von März 1965 bis Oktober 1968 flog die US-Luftwaffe in mehreren Etappen mehr als 300 000 Einsätze gegen das Land und warf über 540 000 Tonnen Bomben ab. Ab April 1966 wurde ein Kampfmittel eingesetzt, das vor allem gegen die Zivilbevölkerung gerichtet war: die Kugelbombe, Streumunition gegen sogenannte weiche Ziele.

Alle Luftoperationen und Einsätze wurden von der 7. US-Flotte koordiniert. Ihre Stärke betrug 1966 ca. 1 000 Kampfflugzeuge und 1 500 Hubschrauber. Dazu kamen noch die B-52-Bomberverbände, die schon im Juni 1965 in der Nähe Saigons mit Flächenbombardements aktiv wurden. Es war eine der längsten und größten Bombenoffensiven der ganzen Kriegsgeschichte. Durch Luftkämpfe und Boden-Luft-Abwehr verloren Air Force, Navy und Army in diesen Jahren über 4 000 Flugzeuge und Hubschrauber. 1968 startet Nordvietnam die Tet-Offensive gegen Südvietnam. Im Oktober 1968 stellte US-Präsident Lyndon B. Johnson die Bombardierungen ein. In einer zweiten Phase von 1969 bis 1975 verkündete dann Präsident Richard Nixon die Doktrin der „Vietnamisierung des Krieges“, also den geplanten Rückzug der amerikanischen Truppen. Bei zuvor nochmaliger Ausweitung des Krieges durch Flächenbombardements, insbesondere des Nordens, im April 1972 soll Nixon auch den Einsatz der

Atombombe erwogen haben. Es heißt, sein Sicherheitsberater Henry Kissinger habe dem widersprochen. Bereits Mitte der 60er Jahre während der Regierungszeit Johnsons war ihr Einsatz ein diskutiertes Szenario. Mit Flächenbombardements wurden auch die größeren Städte Hanoi und Haiphong sowie



die Deichanlagen im Delta des Roten Flusses belegt. Dabei sind ganze Wohnviertel ausgelöscht, 900 Einwohner getötet und über 1000 verletzt worden. Ein im Hafen von Haiphong vor Anker liegender DDR-Frachter (die „Halberstadt“) wurde am 16. April 1972 von einer Rakete getroffen. In einer Note an die DDR-Regierung mußte sich die USA später dafür entschuldigen.

Wie 1936 für die deutsche Wehrmacht in Spanien, wurde Vietnam zum Versuchsfeld für die US-amerikanischen Aggressoren. Neue Waffensysteme und neue Kampfformen und -methoden wurden erprobt. Es erfolgte der erste umfangreiche Einsatz von präzisionsgelenkter Munition, darunter waren auch optoelektronische und lasergeleitete Bomben. Auch die Nachschub- und Versorgungswege, insbesondere strategisch wichtige Brücken entlang der Eisenbahnstrecke von der chinesischen Grenze nach Hanoi und von dort nach Haiphong waren das Ziel der Angriffe. Besonders hart verteidigt werden mußte die Long-Biên-Brücke, die sich über den Roten Fluß spannt. Im Rahmen von Rolling Thunder wurde sie 14 mal intensiv bombardiert, im Mittelteil beschädigt, repariert, durch lasergesteuerte Bomben wieder zerstört und unter Kampfbedingungen erneut aufgebaut.

Die USA setzten über Vietnam auch schon verschiedene Typen von Aufklärungsdrohnen

ein. Über 500 gingen dabei „verloren“, der Einsatz wurde dennoch als „Erfolg“ verbucht. Das belebte nicht nur in den USA das Interesse an dieser Technologie und läutete die Ära der modernen Kampfdrohnen und ihrer Einsatzmöglichkeiten heute ein.

Der vietnamesische Luftraum wurde gegen die Bombardierungen erbittert verteidigt und die Qualität der Luftverteidigung ständig verbessert. 8000 radargesteuerte Flakgeschütze standen zum Ausbau und zur Festigung der Fla-Raketentruppen zur Verfügung. Zum Einsatz kamen ältere MiG-Flugzeuge aus China, aber auch neue MiG-21-Abfangjäger und mehrere hundert Boden-Luft-Raketen aus der UdSSR. Die ersten Fla-Raketen-Komplexe S-75 Dvina wurden schon im Juli 1965 aufgestellt, die dann auch bald die ersten Abschüsse ermöglichten. Ihre Zahl konnte auf über 60 erhöht werden. Auch MiG-17-Maschinen aus der Zeit des Koreakriegs halfen, die damals modernen F-105-Flugzeuge der Mach-2-Klasse zu vernichten.

US-Air Force und US-Navy setzten die ganze Bandbreite des zur Verfügung stehenden Arsenal ein. So auch ihren damals schon größten Bomber, die B-52. Das Strategic Air Command verlegte im April/Mai 1972 Flugzeuge dieses Typs auf die Pazifikinsel Guam und vergrößerte die Anzahl dieser von dort einsatzfähigen Maschinen auf über 200. Jede dieser Maschinen konnte schon in Vietnam 17,3 Tonnen Bomben tragen. Zum Vergleich: Eine B-17, die im 2. Weltkrieg bei den angloamerikanischen Bombardierungen in Deutschland eingesetzt wurde, trug zwei bis max. 4,7 Tonnen. Im gesamten Jahr 1972 verloren die Amerikaner 54 B-52-Bomber, also rund ein Viertel dieser im pazifischen Raum stationierten Flugzeuge. Auch die Verluste bei anderen Typen, so bei der als modern angesehenen und eingesetzten F-111 wuchs in jener Zeit stark an. Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß der spätere vietnamesische Kosmonaut Pham Thuan mit seiner MiG-21 und zwei R-3S Luft-Luft-Raketen eine B-52 am 27. Dezember 1972 abschoß. Zur Erinnerung: Im Juli 1980 flog er mit Sojus 37 zur Raumstation Salut 6.

Saigon kapitulierte 1975 und wurde in Ho-Chi-Minh-Stadt umbenannt. Nach neun Jahren waren die Amerikaner abgezogen und nach 11 Jahren der Krieg beendet.

Dieser Krieg liegt nun schon fast 50 Jahre zurück. Damals, 1973, nach den Friedensverhandlungen in Paris und dem festgelegten Abzug der US-Truppen im Verlauf von 60 Tagen, atmete die Welt auf. Auch deshalb, weil keine nukleare Eskalation des Krieges stattgefunden hatte.

Daß das Vorhaben LeMays, Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben, scheiterte, ist den aufopferungsvollen, tapferen und überaus kreativen vietnamesischen Menschen zu verdanken. Man kann sich heute davon bei einer Reise in dieses damals völlig zerstörte und heute wieder aufgeblühte, zauberhafte Land persönlich überzeugen.

Dr. Jens Möller
Rangsdorf

Kein Frieden für Palästina

Gleichnamiges Buch von Helga Baumgarten habe ich mit großem Interesse gelesen. Die Hintergründe des schrecklichen Ereignisses im Mai 2021 vonseiten der Israelis in Ost-Jerusalem, in vielen Orten der Westbank und in Gaza mit über 250 Toten und fast 2000 Verletzten haben die deutschen Mainstreammedien weithin verschwiegen. Daß sich die israelische Armee in ihrer Zerstörungswut auf die Dahiya-Doktrin bezieht, dürfte für viele Leser neu sein. Diese Doktrin wurde von General Eisenkot 2006 nach dem Libanon-Krieg entwickelt und verlangt die Anwendung von unverhältnismäßiger Gewalt sowie die Zerstörung der zivilen Infrastruktur, da diese von potentiellen Gewalttätern genutzt werden könnte. Dahiya ist die Basis und Rechtfertigung für die ungeheuerlichen Vorgänge in den besetzten Gebieten und in Gaza.

Häuserzerstörungen, Mißhandlungen und Folter, gezielte Tötungen, Verbot von politischen Versammlungen u.v.m.

Baumgartens Erzählungen über die verschiedenen Formen des palästinensischen politischen Widerstands und seiner Führer zeigen die Blutsur der Vertreibung mit zahlreichen Massakern, die einen sprachlos macht. Spannend sind die Ausführungen über die Hintergründe der Fatah, der PLO und der Hamas, über die von BRD-Medien viele Unwahrheiten verbreitet werden.

Wer bislang noch glaubt, daß der Oslo-Friedensprozeß Vorteile für die palästinensische Bevölkerung gebracht hätte, wird bei der Lektüre eines Besseren belehrt. Insbesondere die Gründe für den Respekt gegenüber der Hamas und der großen Ablehnung von Präsident Abbas werden durch Baumgartens Analysen verständlich.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Baumgarten dem „permanenten Kriegszustand“ im Gazastreifen, der mit einer bis in die Gegenwart andauernden völkerrechtswidrigen Blockade bestraft wurde, da die Bevölkerung 2006 mehrheitlich für die Hamas stimmte.

Detailliert beschreibt Helga Baumgarten die gewalttätigen Bombardierungen, die gezielten massiven Zerstörungen der Infrastruktur, der Krankenhäuser und Schulen, viele unter UN-Verwaltung, die Tausenden von Toten, welche die „heißen Kriege“ 2008/9, 2012, 2014, Mai 2021 verursacht haben.

2014 geißelte der ehemalige römisch-katholische Patriarch von Jerusalem, Michel Sabah, den Krieg gegen Gaza: „Was in Gaza passiert, ist kein Krieg, es ist ein Massaker. Ein sinnloses Massaker, denn es bringt Frieden und Sicherheit für Israel keinen Schritt näher.“ Das weitgehende Schweigen der westlichen Seite zu diesen Massakern ist einfach skandalös und zeigt deutlich die Mißachtung und Verletzung der internationalen Menschenrechtskonventionen und des Humanitären Völkerrechts.

Als Reaktion auf die Blockade Gazas versuchte im Mai 2010 eine Armada von sechs Schiffen mit Hunderten von internationalen Aktivisten, Abgeordneten zahlreicher Parlamente und vielen Prominenten wie der verstorbene schwedische Schriftsteller Henning Mankell 10 000 Tonnen an Hilfsgütern nach Gaza zu bringen. Diese Free-Gaza-Flottille wurde von der israelischen Armee in internationalen Gewässern brutal überfallen, wobei neun türkische Aktivisten teilweise gezielt getötet wurden. Der weltweite Protest war damals groß und da auch zwei deutsche Parlamentarierinnen dabei waren, kam es zu einem einzigartigen Antrag im Deutschen Bundestag, der einmütig angenommen wurde und die Bundesregierung aufforderte, alles zu unternehmen, um die „Forderung der Europäischen Union nach einer sofortigen Aufhebung der Gaza-Blockade mit Nachdruck zu unterstützen ...“ (<https://dserver.bundestag.de/btd/17/023/1702328.pdf>)

Da dieser Antrag allmählich in Vergessenheit gerät, möchte ich hier an ihn erinnern, zumal er in seinen Forderungen wirklich einzigartig ist, aber nie realisiert wurde.

Die Lektüre dieses Buches ist absolut lohnenswert und auch als Einstiegslektüre für Leser geeignet, die sich noch nicht mit diesem Thema beschäftigt haben. Und auch Menschen, die sich gut damit auskennen, dürften Neues erfahren. Ein besonderer Verdienst Helga Baumgartens liegt auch in ihrer illustrierenden Sprache, die das Buch zu einer spannenden Lektüre macht.

Annette Groth

ehemalige menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Teilnehmerin der Free-Gaza-Flottille



15. Mai 2021, Gaza: Die israelische Luftwaffe zerstört ein Hochhaus, in dem internationale Medien ihre Büros haben

Im Rückblick auf die Nakba – die Vertreibung der Palästinenser 1948 – schildert Helga Baumgarten die Brutalität der israelischen Siedler bei der Vertreibung und der Ausplünderung der palästinensischen Bevölkerung und zitiert einen Gewerkschaftsfunktionär: „Es ist kein Zufall, daß Plünderungen und Vertreibung Hand in Hand gehen. Es gibt unausgesprochene, aber (potenziell) sehr wirksame Absichten, keinen Araber im Staat Israel zu lassen.“

Eindrücklich analysiert die Autorin die Perfektion der Kontrolle über die Palästinenser und die diversen Methoden der ökonomischen Ausbeutung, basierend auf einem System der Bevölkerungskontrolle, die seit 1987 in einer digitalen Datenbank alle Informationen über jeden Palästinenser speichert. Damit wurde die Basis für die heutige Überwachungstechnologie gelegt, die ein Exportschlager der israelischen Industrie ist. Leben unter Besatzung bedeutet die absolute Reglementierung aller Aspekte des Daseins durch Verordnungen des Militärs und heißt konkret: willkürliche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen,

Die Autorin betont, daß in den Oslo-Dokumenten ein Hinweis auf einen palästinensischen Staat und das Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung fehlt, was aber zentrale palästinensische Anliegen sind. Statt dessen wurde die Anerkennung der PLO als legitime Vertretung der Palästinenser verankert, der Verzicht auf Gewalt von seiten der Palästinenser und die damit eingegangene Sicherheitsgarantie für die Israelis: „Die PLO gibt den Terrorismus und andere Akte der Gewalt auf und übernimmt Verantwortung über alle Elemente und Personen in der PLO, um zu gewährleisten, daß sich diese an (die eingegangenen Verpflichtungen der PLO) halten ...“ Damit ist der Grundstein für die bis heute andauernde Kooperation zwischen den israelischen und palästinensischen Geheimdiensten und Polizeieinheiten gelegt, die von vielen Seiten heftig kritisiert wird. Die Gründer der palästinensischen Nationalbewegung wurden so zu Kollaborateuren der israelischen Besatzungsmacht gemacht. Das war Arafats größter politischer Fehler, der bis heute nachwirkt.

Helga Baumgarten: Kein Frieden für Palästina – Der lange Krieg gegen Gaza. Besatzung und Widerstand, Promedia Verlag, A-1090 Wien, 192 Seiten, 19,90 €, ISBN 978-3-85371-496-6

Die OAS zwischen Putschen und Wahlen

Fidel Castro charakterisierte die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als „Ministerium für die Yankee-Kolonien“. Die OAS wurde am 30. April 1948 in der Hauptstadt Kolumbiens, Bogotá, gegründet und hat ihren Hauptsitz in Washington. Ihre Mitglieder sind die Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas. Die OAS ging aus dem Rio-Pakt hervor, der am 30. August 1947 in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde.

Zur Zeit der Gründung der OAS bestimmten zwei Tendenzen die Lage auf dem amerikanischen Kontinent: Einerseits hatten zwischen den beiden Weltkriegen die Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland einen großen Einfluß auf die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika genommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlieh der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus den antiimperialistischen Kräften Lateinamerikas, in denen die kommunistischen Parteien eine wesentliche Rolle spielten, neue Impulse. Sie forderten sozialökonomische und Agrarreformen sowie politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von den USA. Andererseits hatten sich die USA selbstherrlich und siegesicher als „Weltgandarm“ eingesetzt und den „Kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion eröffnet. Die USA betrieben die Geburt der OAS, um die Monroe-Doktrin mit neuem Gesicht durchzusetzen. Nach ihrer Logik mußte die „Gefahr des Kommunismus“ von dem Kontinent, den sie als ihr gelobtes Reich mit Hinterhof betrachten, ferngehalten werden.

Die Charta der OAS gibt vor, Demokratie und Menschenrechte zu fördern, den Frieden zu sichern und eine panamerikanische Freihandelszone zu schaffen. Streitigkeiten amerikanischer Staaten untereinander sollen friedlich geregelt werden. Wie die friedlichen Lösungen der OAS aussehen, erfuhren die lateinamerikanischen und karibischen Länder in den Jahren danach bis heute. Seit der Gründung der OAS fanden 25 Militärputsche und ausländische Interventionen statt. Sie kosteten über eine Million Menschenleben und trieben weitere Millionen Lateinamerikaner in die Armut und ins Exil.

Als die OAS gegründet wurde, herrschten in Lateinamerika und der Karibik Militärdiktaturen: Somoza in Nicaragua, Batista auf Kuba, Trujillo in der Dominikanischen Republik. 1953 putschte General Rojas Pinilla in Kolumbien. 1954 stürzten die Militärs in Guatemala den Präsidenten Jacobo Árbenz. Im Mai 1954 putschte General A. Stroessner in Paraguay.

Allen Anstrengungen zum Trotz, das „Gespenst des Kommunismus“ vom amerikanischen Kontinent fernzuhalten und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen zu stoppen, siegte am 1. Januar 1959 die kubanische Revolution. 1960 verhängte

Präsident Eisenhower die ersten Maßnahmen einer bis heute bestehenden unmenschlichen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade über Kuba. Am 17. April 1961 überfielen die USA Kuba in der Schweinebucht. Kuba wehrte diese Invasion ab. Am 22. Januar 1962 schloß die OAS Kuba wegen seiner „marxistisch-leninistischen Wende“ aus. Das Beispiel Kubas jedoch strahlte auf die Befreiungsbewegungen der Länder Lateinamerikas und der Karibik aus. Es entstanden starke Linksbündnisse wie die Frente Amplio in Uruguay und die Unidad



Popular in Chile oder Guerilla-Organisationen wie die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, die Zapatistische Armee Mexikos, die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung in Nicaragua, der „Leuchtende Pfad“ in Peru, die Stadtguerilla „Tupamaros“ in Uruguay oder die Farabundo Marti der Nationalen Befreiung in El Salvador.

Die Oligarchien der Länder Lateinamerikas und der Karibik, unterstützt von Washington und der OAS, schlugen zurück. Im März 1964 errichtete General Castello Branco in Brasilien eine Militärdiktatur, die bis 1985 das Land beherrschte. Ebenfalls 1964 putschte General René Barrientos gegen Boliviens Präsident Víctor Paz Estenssoro. Im Januar 1971 eroberte Oberst Hugo Banzer die Macht in Bolivien, die er bis 1978 ausübte. Im September 1964 stürzte Joaquín Balaguer mit Hilfe von 40 000 US-Marines den Präsidenten der Dominikanischen Republik Juan Bosch. Im Juni 1973 errichtete das Militär in Uruguay eine Diktatur, die erst 1985 zu Ende ging. Am 11. September 1973 putschte das chilenische Militär unter General Augusto Pinochet gegen die Regierung der Unidad Popular unter Präsident Salvador Allende und errichtete eine grausame Diktatur, die bis März 1990 dauerte. In den 1970er Jahren herrschten in den meisten Mitgliedstaaten der OAS Diktaturen. Die 1959 gegründete Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) der OAS

machte zwar auf Menschenrechtsverletzungen in Chile, Argentinien, Nicaragua oder El Salvador aufmerksam, verhinderte sie aber nicht.

Am 19. Juli 1979 verjagte das nicaraguanische Volk unter Führung der FSLN die Somoza-Diktatur. Die USA erklärten, kein zweites Kuba auf amerikanischen Boden zuzulassen. Sie antworteten auf die Sandinistische Volksrevolution mit dem Contra-Krieg und dem Wirtschaftsembargo. Erneut versagten OAS und CIDH. Sie versagten auch, als im Oktober 1983

Tausende US-Soldaten Grenada besetzten. Und sie drückten die Augen zu, als US-Truppen 1989 in Panama einfielen.

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa hielt das revolutionäre Kuba das Banner des Sozialismus auf dem amerikanischen Kontinent weiter hoch. Washington und die OAS konnten nicht verhindern, daß die KP Kubas neue Verbündete im antiimperialistischen Kampf fand. 1990 trafen sich Fidel Castro und der brasilianische Arbeiterführer Luiz Inácio „Lula“ da Silva in Havanna. Auf ihre Initiative hin versammelten sich Anfang Juli 1990 in São Paulo Vertreter politischer Parteien und Bewegungen in Lateinamerika und der Karibik. Ein Jahr später, wurde daraus das São-Paulo-Forum. Es ist heute eins der wirkungsvollsten antiimperialistischen Bündnisse in der Welt.

Im Februar 1999 wurde Hugo Chávez Präsident Venezuelas. Er

leitete die Bolivarische Revolution ein. Bis heute regiert die von ihm gegründete Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) das Land. Es folgten die Wahlerfolge linker und Fortschrittskräfte: In Chile die Sozialistische Partei 2000 mit Ricardo Lagos und 2006 mit Michelle Bachelet. In Brasilien die Arbeiterpartei 2003 und 2007 mit Luiz Inácio Lula da Silva und 2011 mit Dilma Rousseff; in Uruguay die Frente Amplio 2004 mit Tabaré Vázquez Rosas und 2010 mit José Mujica; in Bolivien die Bewegung zum Sozialismus (MAS) 2005, 2010 und 2014 mit Evo Morales; in Ecuador die Bewegung PAÍS 2006, 2009 und 2013 mit Rafael Correa; in Nicaragua die FSLN 2006, 2011 und 2016 mit Daniel Ortega; in Paraguay 2008 der Befreiungstheologe Fernando Lugo Präsident; in El Salvador die FMLN 2009 mit Mauricio Funes und 2014 mit Salvador Sánchez Cerén.

2005 erblickte die Bolivarische Allianz der Völker (ALBA-TPC) das Licht der Welt. Am 23. Februar 2010 gründete sich die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Ihr gehören alle OAS-Staaten außer die USA und Kanada an. Es folgte der gemeinsame Sender teleSUR, der Wirtschaftsverbund UNASUR und die Bank des Südens. 2016 wurde das Forum CELAC-China ins Leben gerufen.

Die lateinamerikanischen Oligarchien und Washington begannen daraufhin mit Hilfe

der OAS, Linke und Fortschrittskräfte aus den Regierungen zu drängen: 2009 Manuel Zelaya in Honduras, 2012 Fernando Lugo in Paraguay und 2016 Dilma Rousseff in Brasilien. Als 2018 „Lula“ da Silva Favorit bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl war, bekam er den Prozeß. Auf Kuba, in Venezuela und Nicaragua versuchten es die Gegner mit „bunten Revolutionen“. Sie mißlangen. Nach Kuba wurden daraufhin auch Nicaragua und Venezuela mit Sanktionen belegt. USA-Strategie Gene Sharp entwarf ein verändertes Szenarium: Das Wahlergebnis und den

Im März 2008 fand in Santo Domingo, Dominikanische Republik, der XX. Gipfel der Rio-Gruppe statt. Dort schlug Hugo Chávez den Staaten vor, die OAS zu verlassen und die Rio-Gruppe zur Organisation der lateinamerikanischen und karibischen Völker zu entwickeln. Daniel Ortega aus Nicaragua und sein Kollege Rafael Correa aus Ecuador schlossen sich dem Vorschlag an.

Am 3. Juni 2009 entschied die OAS-Generalversammlung in Honduras, die Suspendierung der Teilnahmerechte Kubas ohne Vorbedingungen aufzuheben. Kuba begrüß-

2018 schlug US-Ex-Vizepräsident Mike Pence auf einer Beratung der OAS vor, „mit einem Schlag Nicaragua, Kuba und Venezuela zu befreien“ und radikal reinen Tisch zu machen. Er forderte die Staaten der OAS auf, Venezuela aus der Organisation auszuschließen.

Im Dezember 2018 schloß die linke Frente Amplio Uruguays den Generalsekretär der OAS Luis Almagro, mit dem sie wegen seiner Kritik an Kuba, Venezuela und Nicaragua ernsthafte Diskrepanzen hatte, aus ihren Reihen aus. Sie beschuldigte ihn, „ein Wolf im Schafspelz zu sein“.

Im Oktober 2020 faßte die OAS einen antinicaraguanischen Beschluß. Sie forderte die Regierung Nicaraguas auf, das Wahlsystem zu reformieren. Mit harten Worten erinnerte Mexiko die OAS daran, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einmischen darf. Mexiko kritisierte die OAS für ihr Bündnis mit den Putschisten in Bolivien und forderte den Rücktritt Almagros. Die Puebla-Gruppe¹ unterstützte dieses Ansinnen. Die Rolle, die Almagro bei der Destabilisierung der Demokratie in Bolivien spielte, disqualifizierte ihn, die Aufgabe des demokratischen Vermittlers auszuüben.

Am 18. und 19. September 2021 trafen sich Vertreter aus 32 Ländern zum VI. CELAC-Gipfel in Mexiko-Stadt. Er gab eine 44 Punkte umfassende Erklärung ab, die unter anderem die Beendigung der US-Blockade gegen Kuba fordert und Vereinbarungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, zur Einrichtung einer regionalen Weltraumagentur sowie zur Schaffung eines Fonds für durch den Klimawandel verursachte Naturkatastrophen enthält.

Der Präsident Kubas Miguel Díaz-Canel erklärte auf dem Gipfel, daß sein Land bereit ist, an der Produktion und Verteilung der kubanischen Impfstoffe gegen Covid-19 im Rahmen der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) mit interessierten Ländern zusammenzuarbeiten. Als erstes lateinamerikanisches Land hat Kuba fünf eigene, hochwirksame Vakzine zum Schutz vor dem Virus entwickelt. Der Präsident Mexikos López Obrador erklärte, daß „das kubanische Volk eine Auszeichnung für seine Würde“ verdiene.

Von einer Politik, wie sie die CELAC in Mexiko demonstrierte, ist die OAS weit entfernt. Die Botschaft, die Chinas Präsident Xi Jinping an den CELAC-Gipfel sandte, kam gut an. Er schlägt den Ländern Lateinamerikas und der Karibik eine neue Etappe in den Beziehungen mit China vor. Sie soll von Gleichheit, gegenseitigem Nutzen und Offenheit geprägt sein. Es wird eng für die USA und ihre OAS.

Wolfgang Herrmann
Dreesch



13. Dezember 1994, Flughafen Havanna: Fidel Castro trifft zum ersten Mal Hugo Chávez

gewählten Präsidenten nicht anerkennen. Das Gewaltpotenzial und das Chaos im Land erhöhen und die politische Krise deklarieren. Eine innere parlamentarische Front errichten, die sich als institutionelle Gegenmacht präsentiert und fordert, international anerkannt zu werden. Einen Interimspräsidenten ernennen und die internationale Gemeinschaft mit Hilfe der OAS auffordern, ihn als De-Facto-Präsidenten anzuerkennen. Dieses Konzept des „weichen“ Putsches ging in Nicaragua und Venezuela nicht auf. In Bolivien hatte es 2019 gegen Evo Morales zunächst Erfolg, um dann 2020 bei den Wahlen zu scheitern. Luis Arce holte die Regierung für die MAS zurück. Es verwundert nicht, daß die OAS alle nach Putschen eingesetzten Interims-Präsidenten anerkannte. So geschehen 2009 in Honduras, 2012 in Paraguay, 2016 in Brasilien, 2019 in Venezuela und Bolivien.

Das größte strategische Interesse der USA besteht darin, den Einfluß Chinas und Rußlands in der Region zu verhindern. Dafür manipulieren sie die OAS und drohen den Ländern der Region, die mit China und Rußland zusammenarbeiten wollen, mit Sanktionen. Auf Knopfdruck begrüßte die OAS das Gesetz Renacer gegen Nicaragua. Es ist ein größerer Plan, der das US-Imperium neu beleben soll. Seit 2004 kritisierten verschiedene Staatsschefs der lateinamerikanischen und karibischen Länder bei allen möglichen Gelegenheiten die OAS, weil sie sich immer mehr zum Willensvollstrecker Washingtons auf dem amerikanischen Kontinent entwickelte.

te den Beschluß, erklärte aber sein Desinteresse an der Mitarbeit in einer Organisation, die sich den Interessen der USA unterordne. Im April 2015 fand der VII. Gipfel der OAS in Panama-Stadt statt. Gegen den Willen der US-Administration hatte Panamas Präsident Kuba eingeladen. Die Staatsschefs Brasiliens, Argentiniens, Nicaraguas, Boliviens, Uruguays, El Salvadors, von Trinidad und Tobago, San Vicente und die Granadinen, Antigua und Barbuda forderten die Regierung der USA auf, die Souveränität der Völker zu achten. Im Januar 2016 versammelten sich die Vertreter der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) auf dem IV. Gipfel in Quito, der Hauptstadt Ecuadors. Dort schlug der Präsident Ecuadors Rafael Correa vor, daß CELAC die von den USA beherrschte OAS ablösen solle. Am 26. April 2017 kündigte der venezolanische Präsident Nicolás Maduro an, daß sich sein Land aus der OAS zurückziehen werde.

Die Mahnungen ließen die Rechten in der OAS kalt. Im Sommer 2016 trafen sich auf dem Campus der Universität „Wolfson del Miami Dade College“ auf Florida die Ex-Präsidenten Jorge Quiroga aus Bolivien, Laura Chinchilla aus Costa Rica, Andrés Pastrana aus Kolumbien, Vicente Fox aus Mexiko, Luis Alberto Lacalle aus Uruguay und Luis Alberto Lacalle aus Spanien, zu einem Forum. Mit von der Partie war der Generalsekretär der OAS Luis Almagro. Diese illustre Runde debattierte über die Lage, die in Lateinamerika auf dem Gebiet der Demokratie herrsche. Am 7. Mai

1 Die Puebla-Gruppe ist ein politisches und akademisches Forum, dem Vertreter der iberamerikanischen Linken angehören. Es wurde am 12. Juli 2019 in der mexikanischen Stadt Puebla gegründet. Nach dem Willen seiner Gründerinnen und Gründer besteht sein Hauptziel darin, Ideen, schöpferische Beispiele, Entwicklungsprogramme und Staatspolitik mit fortschrittlichem Charakter auszuarbeiten.

Chile: Ehrung von Victor Jara im Zentrum von Santiago

Bereits vor zehn Jahren vereinbarten die Bewohner des Stadtteils Estación Central und die Universität Santiagos, eine Straße in ihrem Bezirk nach Victor Jara zu benennen und damit sein Werk zu ehren. Sowohl die Bewohner des Gebiets als auch die Universität sind eng verbunden mit dem Leben des Musikers, der hier lebte und an der Universidad Técnica del Estado als Dozent arbeitete. Das Vorhaben wurde von der Initiative „Una avenida para Victor Jara“ (Eine Allee für Victor Jara) unterstützt und in einem Plebiszit von 87 Prozent der Bevölkerung befürwortet.

Nachdem die Lokalpolitiker das Projekt immer wieder abgelehnt hatten, konnte es im Kommunalrat Anfang September mit sieben Für- und einer Gegenstimme durchgesetzt werden. Die Umbenennung des Teilstücks der Avenida Ecuador, welche die Universität durchquert, wurde am 28. September, dem 89. Geburtstag

Victor Jaras, im Beisein des Direktors der Stiftung Victor Jara und des Rektors der Universität, Juan Manuel Zulezzi, gefeiert. Zulezzi betonte in seiner Rede, daß Jara sein Leben für die chilenische Bevölkerung und das Land gegeben habe.

Der Ehrentag Victor Jaras wurde jedoch auch von einem Akt der mutwilligen Zerstörung begleitet. Unbekannte hatten die Platte der Grabstätte Jaras auf dem Zentralfriedhof im Stadtbezirk Recoleta zerschlagen. Daniel Jadue, Bürgermeister Recoletas und Präsidentschaftskandidat der kommunistischen Partei bei den vergangenen Vorwahlen, zeigte sich entsetzt und sprach auf Twitter von einem „Akt des Hasses, der jenen innewohnt, die Verbrechen gegen die Menschenrechte heute und gestern verleugnen“. Die Friedhofsleitung bestätigte die Grabschändung der Ruhestätte Jaras und stellte diese provisorisch wieder her.

Victor Jara war Dozent, Theaterregisseur, Schriftsteller und einer der herausragendsten Musiker und Songschreiber der sozialmusikalischen Bewegung „Nueva canción chilena“. International gilt er als eine der Säulen der lateinamerikanischen Musik. Im Zuge des Putsches Augusto Pinochets gegen den frei gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende wurde er an seinem Arbeitsplatz verhaftet und in das als Konzentrationslager dienende „Estadio de Chile“ gebracht.

Viele seiner Kollegen und Studenten erlitten das gleiche Schicksal. Nach vier Tagen schwerer Folter wurde er mit über 40 Schüssen in den Katakomben des Stadions hingerichtet und seine Reste zusammen mit anderen Exekutierten in der Nähe eines Friedhofes abgeladen. Heute trägt auch das Stadion den Namen Victor Jaras.

Benjamin Grasse

Quelle: amerika21, 8.10.2021

Die versuchte Konterrevolution in der ČSSR

Am 20. und 21. August 1968, vor 53 Jahren, griffen die Warschauer Vertragsstaaten in die konterrevolutionären Ereignisse in Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) ein. Dem vorausgegangen war ein Appell von Teilen der Staats- und Parteispitze zur Unterstützung angesichts der kritischen Lage im Land. Mit Ausnahme Rumäniens reagierten die Vertragsstaaten am 20. und 21. August und leisteten internationalistische Hilfe.

Zum Hintergrund

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, der vom faschistischen Deutschland begonnen worden war, standen sich in Europa zwei starke Lager gegenüber. Auf der einen Seite waren die Staaten Mittel- und Osteuropas, die mit Unterstützung der Sowjetunion daran gingen, die eigentlichen Grundlagen des Faschismus, die monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse, zu überwinden und den Sozialismus aufzubauen. Auf der anderen Seite standen jene Länder, in denen mit Hilfe der alten Eliten, Faschisten, Kapitalisten und jenen, die mit dem Faschismus in den besetzten Gebieten kollaboriert hatten, mit tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokratie der Kapitalismus restauriert wurde.

Der imperialistische Westen begann schon Ende der 40er Jahre mit einer aggressiven Rollback-Politik den Aufbau des Sozialismus zu bekämpfen. Ein wichtiger Pfeiler dieser Politik war die Wühl- und Sabotagearbeit von Agenten in den neuen sozialistischen Staaten gemeinsam mit jenen Kräften, die mit dem Faschismus kollaboriert hatten. Dies mündete immer wieder in konterrevolutionäre „Aufstände“, wie in der DDR 1953 und in Ungarn

1956. Anders als es in der bürgerlichen und opportunistischen (sozialdemokratischen, trotzkistischen, reformistischen) Presse dargestellt wird, handelte es sich aber um keine friedlichen Proteste, sondern um aggressive faschistische Mobs, die Arbeiterinnen und Arbeiter, Kommunistinnen und Kommunisten lynchten, Gewerkschaftshäuser und Büros der kommunistischen Parteien angriffen und plünderten.

Die ČSSR und die Konterrevolution 1968

Am Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei im Januar 1968 wurde Alexander Dubček zum neuen Generalsekretär gewählt. Das bedeutete eine Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb der KPTsch zu Gunsten des Opportunismus. Die CIA kam im April 1968 zu der Einschätzung, daß Dubček die meisten „Stalinisten“ aus der Parteiführung entfernt hatte. Den Ministerrat beschrieben sie als mehrheitlich aus Technokraten und weniger Ideologen bestehend, die zu einem Zustand wie 1948 zurückkehren und private Unternehmen wieder zulassen wollen. Die Opportunisten schufen, um ihre Politik zu verschleiern, den Begriff eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, und im kapitalistischen Ausland wurde die Politik in der ČSSR als „Prager Frühling“ bezeichnet. In Wahrheit bedeutete sie aber eine Rückkehr zum kapitalistischen Winter, zur Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Zugleich mit dieser kritischen Entwicklung in der Parteiführung der KPTsch gründeten sich eine ganze Reihe konterrevolutionärer Gruppen, die offen eine Restaurierung des Kapitalismus forderten und von der KPTsch nicht länger bekämpft wurden. Die Tolerierung

der konterrevolutionären Gruppen, welche die sozialistischen Produktionsverhältnisse und den sozialistischen Staat zerstören wollten, ermöglichte es ihnen mit Unterstützung durch die Sozialistische Internationale, verschiedener Geheimdienste und der Kirche unter Intellektuellen und Kleinbürgern, aber auch in Teilen der Arbeiterklasse Einfluß zu gewinnen. Auch führende Ideologen und Politiker wie Ota Šik, ab 1964 Leiter einer Staats- und Parteikommission für Wirtschaftsreform und ab April 1968 stellvertretender Ministerpräsidenten sowie Koordinator der Wirtschaftsreformen, gaben später unumwunden zu, daß es ihnen nie um eine Verbesserung des Sozialismus, sondern um dessen Abschaffung ging.

Das Eingreifen der Warschauer Vertragsstaaten hat mitnichten eine friedliche „Revolution“ in Blut ertränkt, wie das im Westen behauptet wird. Es wurde verhindert, daß Exzesse wie in Ungarn 1956 stattfanden. Trotzdem kam es auch im August 1968 zu einer bewaffneten Konfrontation mit konterrevolutionären Kräften, denn die zwischenzeitliche Abschaffung von Grenzkontrollen zum Westen hatte es ermöglicht, daß sich eine ganze Reihe von Agenten im Land aufhielt und Waffen in das Land geschmuggelt werden konnten.

Die Solidarität der sozialistischen Länder war ein Akt der internationalistischen Hilfe gegen die geplante Konterrevolution, um die drohende Rache an Kommunistinnen und Kommunisten sowie all jenen, die den Sozialismus in der ČSSR verteidigten, zu verhindern.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Quelle: Zeitung der Arbeit, 21. August 2021

Presse, Macht und Meinung

Im April des Jahres ging ein hörbares Aufatmen durch den deutschen Blätterwald. Stellvertretend brachte es die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) auf den Punkt: „56 Prozent der Befragten glauben den Medien in wichtigen Fragen. 2015 waren es nur 28 Prozent“ (FAZ vom 12.4.2021). Im Deutschlandfunk war am 8. April gleiches zu hören: „Es gibt auch weniger Menschen, die den Medien vorwerfen, sie systematisch zu belügen“. Fazit: Die oft vernommenen „Lügenpresse“-Vorwürfe von Querdenkern und Impfgegnern verfangen bei der Mehrheit nicht. Damit war die mediale Welt der Republik wieder in Ordnung. Was die von den Universitäten Mainz und Düsseldorf durchgeführte und Ende März publizierte Langzeitstudie allerdings noch alles zum Vertrauen der Deutschen in „ihre“ Medien zu Tage förderte, verschwand im Kleingedruckten: Immerhin äußerten 33 Prozent der Befragten, sie hätten zumindest Zweifel, ob sie durch die Medien tagtäglich belogen werden, 45 Prozent waren sich jedenfalls unsicher, ob die Medien nicht „lediglich ein Sprachrohr der Mächtigen“ seien und 37 Prozent hielten es für nicht unwahrscheinlich, daß Medien und Politik „Hand in Hand arbeiten, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren“. Wohlgermerkt ging es bei diesen Fragen um den Gesamteindruck der Interviewten, nicht um die Berichte zur Corona-Pandemie. Die letztgenannten Zahlen korrespondieren mit einer repräsentativen Umfrage des Forsa-Instituts im Juli des Jahres zur „Staatsverdrossenheit“: 51 Prozent der rund 2000 Befragten erklärten explizit, sie hätten das Vertrauen in den Staat verloren; er könne seine vielfältigen Aufgaben nicht mehr lösen. Auf dem Feld der medialen Einwirkung auf jeden Einzelnen zur Stabilisierung der Ordnung des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen ist also noch einiges zu tun. Im Rating der Medien, denen die Mehrheit der Bundesdeutschen noch glauben, rangieren die überregionalen Tageszeitungen mit 56 Prozent Vertrauensvorschuß hinter ARD und ZDF (70 Prozent), abgeschlagen sind Privatfernsehen (23 Prozent), Boulevardpresse (7 Prozent) und soziale Netzwerke, wie Facebook & Co (5 Prozent). Konzentrieren wir uns auf die bundesdeutschen Printmedien. Aktuell erscheinen in Deutschland 319 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 12,3 Millionen und 22 Wochen- oder Sonntagszeitungen (3,15 Millionen). Eine Vielfalt sondergleichen, so scheint es. Auch die Umsätze aus Werbeanzeigen in der Presse sind bemerkenswert, die Netto-Werbeinnahmen betragen 2020 7,265 Milliarden Euro. Der Eindruck, daß es der Print-Branche gut gehen müsse und die Redakteure in all jenen 319 Redaktionen ihr Auskommen hätten, geht allerdings

fehl, wenn man sich andere Fakten vor Augen führt: Die Zahl der verkauften Tageszeitungen bundesweit fiel von 27,3 Millionen Exemplaren 1991 auf 12,3 Millionen in 2020. Der gleiche Trend bei den Wochenzeitungen: Allein von 2019 auf 2020 sank der Absatz der Bild am Sonntag um knapp 10 Prozent, die Welt am Sonntag verkaufte sich um fast 12 Prozent weniger. In all dem Niedergang gibt es eine Ausnahme: Die marxistische „Junge Welt“ konnte seit 1995 ihre Auflage kontinuierlich steigern. Die „Junge Welt“ ist zugleich die einzige überregionale Tageszeitung, die aus dem Osten stammt und sich gesamtdeutsch etablieren konnte. Sämtliche Zeitungen, die nach 1989 auf dem Gebiet der früheren DDR fortbestanden, wurden von



Für die meisten deutschen Zeitungen gilt: Viele Titel, sehr oft gleicher Inhalt, wenige Besitzer

westdeutschen Medienkonzernen – meist zu von der Treuhand festgesetzten Schleuderpreisen – aufgekauft: Sie sind heute Eigentum der Medien-Union (Stuttgart), der Funke Mediengruppe (Essen), der Bauer Media Group (Hamburg), Madsack (Hannover), NOZ (Osnabrück) und Gruner+Jahr (Hamburg). Die früheren Tageszeitungen der DDR nahmen damit teil am Konzentrationsprozeß der Print-Branche, der seit Beginn der 80er Jahre bereits im Westen eingesetzt hatte. Eine Entwicklung, die von der zunehmenden Monopolbildung aller kapitalistischen Wirtschaftsbereiche bekannt ist und die auch in allen kapitalistischen Staaten nach ähnlichem Muster abläuft. In den USA gibt es heute nur noch sechs Mediengiganten („Big Six“), die weit über 90 Prozent all dessen kontrollieren, was US-Bürger sehen, hören oder lesen. Aus Großbritannien kennen wir das Medienmonopol des Rupert Murdoch. Aus den Memoiren des „Sunday Times“-Redakteurs Andrew Neil weiß man, daß Murdoch bei einem Treffen mit dem damaligen Labor-Chef, Tony Blair, im September 1994 die Zusage von diesem erreichen konnte, die angedachten Verschärfungen des Kartellschutzes im britischen Mediengesetz nicht stattfinden zu lassen. Anlässlich der britischen Wahlen 1997 erhielt Blair dann aggressive Schützenhilfe

von den Murdoch-Massenblättern „The Sun“ und „News of the World“.

In Deutschland haben wir zwar keinen Rupert Murdoch, dafür aber die Tatsache, daß seit 2016 über 99 Prozent aller verkauften Tageszeitungen in der Hand einiger weniger Verlagsmonopolisten sind: Zu den drei größten gehören die Umsatzmilliardäre Springer (3,1 Mrd. Euro), Burda (2,8 Mrd. Euro), Bauer (2,3 Mrd. Euro), Medien-Union (1,5 Mrd. Euro), Holtzbrück (3,2 Mrd. Euro). Den Rest teilen sich die Funke-Medien-Gruppe, der Münchener Merkur, DuMont und die Spiegel-Gruppe. Wie nicht anders zu erwarten, wenn das Profitprinzip auch den Zeitungsmarkt beherrscht, sind extensive Rationalisierungen (Schließung von Lokal- und Regional-

redaktionen, Verkleinerung der Redaktionen durch Auslagerung der Recherche und Texterstellung an „freie Mitarbeiter“, Zentralisierung des Drucks und Vertriebs) die Folge. Das bleibt nicht ohne Auswirkung auf den Inhalt der Zeitungen: Für Recherchen und Durchdringung eines Themas steht keine Zeit und kein Apparat mehr zur Verfügung, im Vordergrund steht die Gewinnung und das „Halten“ der Anzeigekunden. Um die Absatzzahlen nicht zu gefährden, soll in der jeweiligen Zeitung „für jeden etwas dabei sein“, die Inhalte verkommen zu einem Gemischtwarenladen feilgebotener Nachrichten, es entsteht ein journalistischer Mainstream, der sich jedes

Nachfragen, jede Vertiefung zum Feind gemacht hat. Aufmerksamen Beobachtern unter uns dürfte nicht entgangen sein, daß seit einigen Jahren meist nicht mehr einzelne Journalisten für Interviews verantwortlich zeichnen und Einzelredakteure Informationen recherchieren und nach Außen bringen, sondern sogenannte Redaktionsnetzwerke. Es gibt nicht mehr den Redakteur vor Ort, der für selbsterarbeitete Inhalte sorgen muß, Artikel, Beiträge und Interviews sind längst Konfektionsware, die von Zentralredaktionen (Netzwerken) vorgefertigt angeliefert werden. Es gibt nur noch drei Große solcher Netzwerke: Funke-Mediengruppe, Südwestdeutsche Medienholding und Madsack („Redaktionsnetzwerk Deutschland“). Zum RND gehören allein 60 Tageszeitungen. Das RND rühmt sich auf seiner Internetpräsenz, daß dort ganze vorgefertigte Textseiten abgerufen werden können und es gibt eine „Textbörse“. Die Netzwerke sorgen dafür, daß nur das weitergegeben wird, was in den avisierten Mainstream verkaufbarer Informationen hineinpaßt. Im Ergebnis liest der Zeitungskäufer in Oberstdorf dann nichts anderes, als der in Leipzig oder jener in Flensburg. Begleitet wird die Vereinheitlichung auch durch den freien Austausch von allgemeinem Teil einer Tageszeitung und ihrem Regionalteil. Wie das Neue Deutschland

am 13. August berichtete, wird z.B. dem Zeitungskäufer in Münster vorgegaukelt, es gäbe mit den Zeitungen „Münstersche Zeitung“ und „Westfälische Nachrichten“ zwei unterschiedliche regionale Printmedien: „In Wahrheit verfügt die Münstersche Zeitung“ nicht einmal mehr über eine eigene Redaktion. Die überregionale Berichterstattung wird aus den Nachrichtenagenturen und der „Rheinischen Post“ übernommen, die Lokalberichterstattung stammt vom früheren Konkurrenten „Westfälische Nachrichten“. Beispiele dafür, daß angesichts dieser Strukturen der Kanalisierung und Manipulation öffentlicher Meinung Tür und Tor geöffnet sind, gibt es unzählige. Drastisch sind jene, die zu Kriegen führten, wie die von allen bürgerlichen Medien transportierte Mär von Saddam Husseins angeblichen Massenvernichtungswaffen, die US-Außenminister Colin Powell sechs Wochen vor Kriegsbeginn 2003 in die Welt setzte, oder die willfährig

aufgegriffene Lüge einer junge Frau aus Kuwait, mit Namen Nayirah, die tränenreich vor dem US-Kongreß erklärte, als Hilfskranken-schwester gesehen zu haben, wie irakischen Soldaten im kuwaitischen Krankenhaus „Säuglinge aus den Brutkästen nahmen, die Brutkästen mitnahmen und die Kinder auf dem kalten Boden liegen ließen, wo sie starben“. Erst Jahre später flog dies als Lüge auf, entpuppte sich als Idee der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton, die von der kuwaitischen Regierung beauftragt war. 1999 waren es angebliche serbische „Konzentrationslager“ und der „Hufeisen-Aufmarschplan“, die nach Maßgabe von Rot-Grün Deutschland wieder in den Krieg zogen. Heute sind es unsere „Werte“, die bis neulich am Hindukusch und demnächst im Baltikum, Schwarzmeer oder im Indopazifik verteidigt werden müssen. Die bürgerliche Presse will Glauben machen, wie 1999 oder vor dem Einmarsch in Afghanistan, es gehe

um Demokratie und Menschenrechte. Ein Set von Begriffen, das jede Tonne gelieferter Waffen und jede militärische Provokation im milden Licht der Humanität erscheinen lassen soll. Nicht Rußland oder China führen Manöver an unseren Grenzen durch, kein chinesisches Kriegsschiff kreuzt vor deutschen Nordseeinseln. Von solch ganz einfachen Wahrheiten ist in den Qualitätsmedien nichts zu lesen. Auch in der Lücke wohnt die Unwahrheit. Carl von Ossietzky schrieb Ende 1931, als der Ullstein-Medienkonzern den Chefredakteur der BZ wegen unliebsamer Berichte gefeuert hatte: „Die Presse wagt nicht mehr, an bestimmte Dinge zu rühren, das Risiko wäre zu groß. Ein verhängnisvoller Vorgang, denn alles vollzieht sich unsichtbar (...). Der Leser merkt von alledem wenig, denn was nicht im Blatt steht, das gibt es nicht.“

Dr. Ralf Hohmann

WBDJ startet Solidaritätskampagne mit Kuba

Die Jugendorganisationen der CENA-Region – Europa und Nordamerika – des Weltbundes der Demokratischen Jugend beschließt eine Solidaritätskampagne mit Kuba



Im Rahmen des „Avante!“-Festivals fand in Portugal das Regionaltreffen der CENA-Region des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) statt. Die Jugend aus Europa und Nordamerika hat im Rahmen dieses Treffens im vergangenen September beschlossen, mehrere Kampagnen zur Unterstützung einiger Völker zu starten, die besonders unter aggressiven Angriffen des Imperialismus leiden. In diesem Sinne kam man überein, die erste dieser Kampagnen zur Unterstützung der kubanischen Jugend und des kubanischen Volkes sowie ihrer glorreichen Revolution zu starten, erklärte der WBDJ. Dies scheint insbesondere wichtig in dieser Zeit, in der

die Propaganda, die Blockade und so viele andere Maßnahmen vom Imperialismus weiter verschärft wurden. Weiter betonten die Jugendorganisationen die Beiträge Kubas zur internationalen Solidarität. Diese reichen laut WBDJ von zahllosen Gesten für den WBDJ und die Weltfestspiele der Jugend und Studenten bis hin zu den jüngsten Handlungen während der COVID-19-Pandemie. Darüber hinaus heißt es in einer Veröffentlichung: „Die antiimperialistische Jugend Europas und Nordamerikas, die sich bewusst ist, daß die herrschenden Klassen unserer Region (die Vereinigten Staaten, die NATO und die Europäische Union)

entscheidend an der Aggression gegen Kuba beteiligt sind, bekundet ihr entschlossenes Eintreten in Solidarität mit diesem brüderlichen Volk. „Wir laden euch ein, euch diesem Aufruf der antiimperialistischen Jugend des Weltbundes der Demokratischen Jugend in Europa und Nordamerika anzuschließen, indem ihr diese Materialien teilt, den Hashtag #WFDYWithCuba verwendet und Aktionen zur Unterstützung der kubanischen Jugend und des kubanischen Volkes durchführt“, schließt der WBDJ seinen Aufruf.

Quelle: ZdA, 6. Oktober 2021

„ROTFUCHS“ DOKUMENTIERT

Rede des Präsidenten der Republik Kuba, Miguel Díaz-Canel

In der Generaldebatte der 76. Sitzungsperiode der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 22. September 2021

Herr Generalsekretär,
Herr Präsident,

wir leben in unsicheren Zeiten, unter den verheerenden Auswirkungen einer Pandemie, die die strukturellen Ungleichheiten und die globale Krise verschärft hat, Zeiten, in denen die Rolle des Multilateralismus und der Vereinten Nationen immer wichtiger werden und die internationale Zusammenarbeit unzureichend war.

Die jahrzehntelange Anwendung neoliberaler Rezepte hat die Fähigkeit der Staaten verringert, die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen. Die Schwächsten bleiben ungeschützt, während reiche Nationen, Eliten und transnationale Pharmakonzerne ihre Gewinne steigern.

Die Bündelung der Kräfte und des Willens zum Wohle der Menschheit ist heute nicht nur dringend, sondern auch moralisch geboten. Mehr als 4,5 Millionen Menschen sind an den Folgen der Pandemie gestorben, die die Lebensbedingungen auf dem Planeten verschlechtert hat. Die Folgen und Auswirkungen auf alle Gesellschaften sind heute noch nicht absehbar, aber es ist bereits bekannt, daß sie nicht von kurzer Dauer sein werden. Der Bericht über die Ziele für nachhaltige Entwicklung 2021 bestätigt dies, während die Internationale Arbeitsorganisation vorhersagt, daß es im Jahr 2022 weltweit 205 Millionen Arbeitslose geben wird. Das Ziel der nachhaltigen Entwicklung, die Armut bis zum Jahr 2030 zu beseitigen, ist bereits ernsthaft gefährdet. Bis dahin soll die weltweite Armutsquote bei 7 Prozent liegen, was etwa 600 Millionen Menschen entspricht.

In dieser trostlosen Situation waren die Covid-19-Impfstoffe die Hoffnung. Bis August 2021 waren weltweit mehr als 5 Milliarden Dosen verabreicht worden. Mehr als 80 Prozent davon wurden jedoch in Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen durchgeführt, deren Bevölkerung weit weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung ausmacht. Hunderte von Millionen Menschen in einkommensschwachen Ländern warten noch immer auf ihre erste Dosis und können nicht einmal abschätzen, ob sie diese jemals erhalten werden.

Während all dies geschieht, ist es beinahe unvorstellbar, daß sich die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2020 auf fast zwei Billionen US-Dollar beliefen. Wie viele Leben hätten gerettet werden können, wenn diese Mittel für die Gesundheit oder die Herstellung und Verteilung von Impfstoffen eingesetzt worden wären? Die möglichen Antworten auf diese Frage liegen in einem Paradigmenwechsel und in der Umgestaltung einer zutiefst ungleichen

und undemokratischen internationalen Ordnung, die den Egoismus und die engstirnigen Interessen einer Minderheit über die legitimen Bestrebungen von Millionen von Menschen stellt.

Wir werden nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Verschwendung natürlicher Ressourcen und die irrationalen



Miguel Díaz-Canel

Produktions- und Konsummuster des Kapitalismus, die Raubtiere der Umwelt und Verursacher des Klimawandels sind, der die Existenz der menschlichen Gattung bedroht, beendet werden müssen. Die Anstrengungen müssen gemeinsam unternommen werden, aber die Industrieländer haben die moralische Verpflichtung, die größte Verantwortung zu übernehmen, da sie die Hauptverursacher der derzeitigen Situation sind und über die entsprechenden Mittel verfügen.

Wir müssen uns um Solidarität, Zusammenarbeit und gegenseitige Achtung bemühen, wenn wir wirksam auf die Bedürfnisse und Wünsche aller Völker eingehen und das Wertvolle bewahren wollen: das Leben und die Würde des Menschen. Unsere Völker haben das Recht auf ein Leben in Frieden und Sicherheit, auf Entwicklung, auf Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Eine wiederbelebte, demokratisierte und gestärkte UNO ist aufgerufen, eine zentrale Rolle in diesem Bemühen zu spielen.

Herr Präsident, unter der Führung und auf ständiges Betreiben der Vereinigten Staaten wird eine gefährliche internationale Spaltung vorangetrieben.

Durch den schädlichen Einsatz und Mißbrauch von wirtschaftlichem Zwang, der zu einem zentralen Instrument der US-Außenpolitik geworden ist, bedroht und erpreßt die US-Regierung souveräne Staaten und setzt sie unter Druck, damit sie sich gegen diejenigen stellen und gegen sie vorgehen, die diese Regierung

als Feinde betrachtet. Sie verlangt von ihren Verbündeten, Koalitionen zu bilden, um rechtmäßige Regierungen zu stürzen, Handelsverpflichtungen zu brechen, bestimmte Technologien aufzugeben oder zu verbieten und ungerechtfertigte gerichtliche Maßnahmen gegen Bürger von Ländern zu ergreifen, die sich ihnen nicht unterwerfen.

Der Begriff „internationale Gemeinschaft“ wird häufig verwendet, um die kleine Gruppe von Regierungen zu definieren, die dem Willen Washingtons bedingungslos folgen. Die übrigen Länder, die große Mehrheit dieser Organisation, scheinen in der von den Vereinigten Staaten vertretenen Definition der „internationalen Gemeinschaft“ keinen Platz zu haben.

Es handelt sich dabei um ein Verhalten, das mit ideologischer und kultureller Intoleranz verbunden, ausgeprägt rassistisch beeinflusst ist und hegemoniale Ziele verfolgt. Es ist weder möglich noch akzeptabel, das Recht einer Nation auf wirtschaftliche und technologische Entwicklung als Bedrohung zu bezeichnen; ebenso wenig kann man das Recht eines Staates in Frage stellen, das von seinem Volk souverän gewählte politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle System zu entwickeln. Kurzum, wir sind heute Zeugen inakzeptabler politischer Praktiken im internationalen Kontext, die der universellen Verpflichtung zur Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich des souveränen Rechts auf Selbstbestimmung, zuwiderlaufen.

Unabhängige und souveräne Staaten werden auf vielfältige Weise unter Druck gesetzt, sich dem Willen Washingtons und einer auf dessen willkürlichen Regeln basierenden Ordnung unterzuordnen.

Herr Präsident, seit mehr als 60 Jahren hat die US-Regierung ihre Angriffe gegen Kuba nicht eine Minute lang eingestellt, aber in diesem für alle Nationen entscheidenden und herausfordernden Moment überschreitet ihre Aggressivität alle Grenzen.

Die grausamste und längste Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die jemals gegen ein Land verhängt wurde, ist inmitten der Pandemie auf opportunistische und kriminelle Weise verschärft worden; und die derzeitige demokratische Regierung hält die 243 Zwangsmaßnahmen, die von der Regierung Donald Trumps beschlossen wurden, unverändert aufrecht, einschließlich der Aufnahme Kubas in die illegitime und unmoralische Liste der Länder, die angeblich den Terrorismus unterstützen.

In diesem Zusammenhang wird ein nicht-konventioneller Krieg gegen unser Land geführt,

für den die US-Regierung öffentlich und notorisch mehrere Millionen Dollar bereitstellt, um durch Manipulations- und Lügenkampagnen, die neue Informationstechnologien und andere digitale Plattformen nutzen, nach innen und außen ein völlig falsches Bild der kubanischen Realität zu vermitteln, Verwirrung zu stiften, das Land zu destabilisieren und zu diskreditieren und die Doktrin des Regimewechsels zu rechtfertigen.

Sie haben alles getan, um die kubanische Revolution von der politischen Landkarte der Welt zu tilgen. Sie akzeptieren keine Alternativen zu dem Modell, das sie sich für ihren Hinterhof vorstellen. Ihr Plan ist pervers und unvereinbar mit der Demokratie und der Freiheit, die sie predigen.

Aber unsere Feinde müssen sich darüber im Klaren sein, daß wir unser Land und die Revolution, die uns mehrere Generationen aufrechter Patrioten hinterlassen haben, nicht preisgeben werden.

Heute möchte ich vor der respektablen und wirklichen Gemeinschaft der Nationen, die jedes Jahr fast einstimmig gegen die Blockade stimmt, wiederholen, was Armeegeneral Raúl Castro vor einigen Jahren gesagt hat, und ich zitiere: „Kuba hat keine Angst vor Lügen, noch beugt es sich Druck, Zwängen oder Auflagen, woher auch immer sie kommen mögen ...“

Herr Präsident, die kolossalen Herausforderungen erschrecken uns nicht ab. Wir schaffen weiterhin etwas für Kuba. Wir üben selbstlose Solidarität mit denjenigen, die unsere Unterstützung brauchen, und wir nehmen sie auch dankbar von Regierungen, Völkern, Freunden und der kubanischen Gemeinschaft im Ausland entgegen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um allen für ihre Unterstützung in dieser Phase zu danken, die die Werte der Menschlichkeit und der bedingungslosen und sich nicht einmischenden internationalen Zusammenarbeit hervorhebt.

Gleichzeitig hat Kuba aufgrund von eingegangenen Ersuchen und geleitet von seiner tiefen Berufung zur Solidarität und zum Humanismus mehr als 4 900 Mitarbeiter, die in 57 medizinischen Brigaden organisiert sind, in 40 von COVID 19 betroffene Länder und Gebiete entsandt.

Die engagierten Mitarbeiter des Gesundheitswesens haben im Kampf gegen die Pandemie innerhalb und außerhalb Kubas nicht eine Minute geruht. Es sind dieselben, die nach dem verheerenden Erdbeben vor wenigen Wochen auf die Straße gingen, um der haitianischen Bevölkerung zu helfen. Sie sind diejenigen, die aus dem entlegensten Ort in eine kubanische Provinz reisen und, ohne den Staub der Reise zu entfernen, ihr Fachwissen und ihre Kenntnisse in den Dienst der Lebensrettung stellen. Sie sind viel mehr als Helden des Alltags, sie sind der Stolz unserer Nation und Symbole für ihre Berufung zur Gerechtigkeit. Dutzende von Persönlichkeiten und Tausende von Menschen haben ihre Kandidatur für den Friedensnobelpreis unterzeichnet.

Ebenso stolz sind wir auf die kubanische Wissenschaftsgemeinde, die inmitten enormer Engpässe drei Impfstoffe und zwei Impfstoffkandidaten gegen COVID 19 entwickelt hat. Sie stehen für die konkrete Umsetzung

der Idee des Comandante en Jefe der kubanischen Revolution, der 1960 erklärte, daß „die Zukunft unseres Landes notwendigerweise eine Zukunft von Männern und Frauen der Wissenschaft sein muß ...“.

Dank der Unterstützung unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie des Gesundheitspersonals wurden in den ersten zehn Tagen dieses Monats mehr als 15,8 Millionen Dosen der Impfstoffe Abdala, Soberana 02 und Soberana Plus verabreicht, und 37,8 Prozent der kubanischen Bevölkerung sind vollständig geimpft. Wir streben eine vollständige Immunisierung der Bevölkerung bis Ende 2021 an, was uns ermöglichen wird im Kampf gegen das Wiederaufflammen der Pandemie voranzukommen.

Herr Präsident, wir bekräftigen das Streben nach völliger Unabhängigkeit für Unser Amerika und die Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlich und sozial integrierten Region Lateinamerikas und der Karibik, die in der Lage ist, die Verpflichtung der Proklamation Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens gegen das Ansinnen zur Wiedereinführung der Monroe-Doktrin und der neokolonialen Herrschaft zu verteidigen.

Wir widersetzen uns den Versuchen, die verfassungsmäßige Ordnung und die zivil-militärische Union zu destabilisieren und zu untergraben und die vom Kommandanten Hugo Chávez Frías begonnene und von Präsident Nicolás Maduro Moros fortgesetzte Arbeit zugunsten des venezolanischen Volkes zu zerstören. Wir bekräftigen, daß die Bolivari-sche Republik Venezuela sich immer auf die Solidarität Kubas verlassen kann.

Wir betonen nachdrücklich unsere Unterstützung für das brüderliche nicaraguanische Volk und seine Regierung der Versöhnung und der nationalen Einheit unter der Führung von Comandante Daniel Ortega, die ihre Errungenschaften angesichts der Drohungen und Einmischungen der Regierung der Vereinigten Staaten mutig und würdevoll verteidigen. Wir stehen an der Seite der karibischen Nationen in ihrer Forderung nach gerechter Entschädigung für die Schrecken der Sklaverei und des Sklavenhandels. Wir unterstützen ihr Recht auf eine gerechte, besondere und differenzierte Behandlung, die unerlässlich ist, um die Herausforderungen des Klimawandels, der Naturkatastrophen, des ungerechten internationalen Finanzsystems und der schwierigen Bedingungen, die durch die Covid-19-Pandemie entstanden sind, zu bewältigen.

Wir bekräftigen, daß das brüderliche Volk von Puerto Rico nach mehr als einem Jahrhundert der kolonialen Herrschaft frei und unabhängig sein muß.

Wir sind solidarisch mit der Republik Argentinien in ihrem legitimen Anspruch auf Souveränität über die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie die umliegenden Seegebiete.

Wir bekräftigen unser Engagement für den Frieden in Kolumbien. Wir sind davon überzeugt, daß eine politische Lösung und ein Dialog zwischen den Parteien der richtige Weg ist, ihn zu erreichen.

Wir fordern außerdem ein Ende der Einmischung von außen in Syrien und die

uneingeschränkte Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des Landes, während wir gleichzeitig die Suche nach einer friedlichen und auf dem Verhandlungsweg erzielten Lösung für die Situation unterstützen, die dieser Schwesternation aufgezwungen wurde.

Wir fordern eine gerechte, umfassende, integrale und dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts, einschließlich der Beendigung der israelischen Besetzung der usurpierten palästinensischen Gebiete und der Ausübung des unveräußerlichen Rechts des palästinensischen Volkes auf die Errichtung eines eigenen Staates in den Grenzen von vor 1967 mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem.

Wir verurteilen die gegen die Islamische Republik Iran verhängten einseitigen Zwangsmaßnahmen.

Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Solidarität mit dem saharauischen Volk.

Wir verurteilen nachdrücklich die einseitigen und ungerechten Sanktionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea.

Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für den Grundsatz „Ein Einziges China“ und wenden uns gegen jeden Versuch, die territoriale Integrität und Souveränität der Volksrepublik China zu untergraben, sowie gegen die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Wir lehnen sowohl die Absicht ab, die NATO-Präsenz auf die Grenzen Rußlands auszuweiten als auch die Einmischung in die souveränen Angelegenheiten Rußlands und die Verhängung einseitiger und ungerechter Sanktionen gegen das Land.

Wir fordern ein Ende der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Weißrußland und bekräftigen unsere Solidarität mit Präsident Alexander Lukaschenko und dem brüderlichen weißrussischen Volk.

Die Vereinten Nationen können die Lektion von Afghanistan nicht ignorieren. Es bedurfte zweier Jahrzehnte der Besetzung mit Tausenden von Toten, 10 Millionen Vertriebenen und Milliarden von Dollar an Kosten, die zu Profiten für den militärisch-industriellen Komplex wurden, um zu dem Schluß zu kommen, daß Terrorismus nicht mit Bomben verhindert oder bekämpft werden kann, daß Besetzung nur Zerstörung hinterläßt und daß kein Land das Recht hat, souveränen Nationen seinen Willen aufzuzwingen. Afghanistan ist kein Einzelfall. Es hat sich gezeigt, daß dort, wo die USA intervenieren, Instabilität, Tod und Leid zunehmen und dauerhafte Narben hinterlassen werden.

Herr Präsident, wir bekräftigen die Entschlossenheit Kubas, seine Wahrheiten auch weiterhin klar auszusprechen, egal wie sehr sie einige stören mögen, die Grundsätze und Werte zu verteidigen, an die wir glauben, gerechte Anliegen zu unterstützen, Mißständen entgegenzutreten, wie wir es mit ausländischer Aggression, Kolonialismus, Rassismus und Apartheid getan haben, und unermüdlich für mehr Gerechtigkeit, Wohlstand und Entwicklung für unsere Völker zu kämpfen, die eine bessere Welt verdienen. Vielen Dank.

Berliner Denkfabrik fordert offensivere, risikobereitere Außenpolitik

Die nächste Bundesregierung soll eine Wende zu einer offensiveren, risikobereiten Außenpolitik einleiten und dafür „gesellschaftliche Akzeptanz“ schaffen. (...) Berlin müsse, heißt es in einem Strategiepapier, künftig bereit sein, „auch unter großer Unsicherheit Entscheidungen zu fällen“. Wichtige Anstöße für das Papier kamen aus Ministerien und von Politikern von Union, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

„Smarte Souveränität“

Das Papier mit dem Titel „Smarte Souveränität“ ist in einem Ende 2020 gestarteten, rund zehn Monate währenden Prozeß von einer Expertengruppe im Rahmen der

Nico Lange sowie Politiker von CDU/CSU, SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen an. Gefördert wurde das Projekt von der Stiftung Mercator.

„Weiteres Déclassément verhindern“

Wie die Expertengruppe in ihrem Strategiepapier konstatiert, wird „der Machtkampf zwischen den USA und China ... auf absehbare Zeit die wichtigste internationale Entwicklung“ bleiben. China, aber auch andere Staaten wie Rußland errichteten „eigene, zumeist regionale Ordnungsstrukturen, die es ihnen erlauben, ihre Macht zu erhalten und zu mehren“, heißt es in dem Papier. Gleichzeitig zeige sich: Zahlreiche andere Staaten – „so auch Deutschland – verlieren

auf denen die deutsche Außenpolitik in den vergangenen Jahren zum Teil gravierende Rückschläge verzeichnen mußte. So steht für die Expertengruppe gänzlich außer Frage, daß die Bundesrepublik in der internationalen Politik auf das Gewicht angewiesen ist, das ihr die EU verleiht. Allerdings sei „Europas Handlungsfähigkeit nach außen ... direkt an die Handlungsfähigkeit im Inneren gekoppelt“. „Der Zusammenhalt in der EU“ aber habe „in den vergangenen Jahren abgenommen“. „In ihrem Inneren kämpft die EU nicht nur um wirtschaftliche Kohäsion, sondern auch um Rechtsstaatlichkeit und liberale Demokratie.“ Die nächste Bundesregierung müsse wegen der anhaltenden Auseinandersetzungen – nicht nur – mit Polen und Ungarn „den Zusammenhalt in der EU stärken“; „sowohl abweichende rechtsstaatliche Standards als auch Hürden bei der außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsfindung“ sollten auf ihrer Agenda stehen, heißt es in dem DGAP-Papier. Die EU sei ohnehin bereits „durch den Brexit ... geschwächt“ worden. In der Tat hätte, abgesehen von der unmittelbaren Schwächung der EU durch den Brexit, etwa der AUKUS-Pakt, der Frankreich und mit ihm auch der EU schadet, ohne den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union kaum geschlossen werden können.

Von Krisen umgeben

Hinzu kommt, daß die Bemühungen Berlins, rings um die EU eine sichere Pufferzone stabiler, kooperationswilliger Staaten zu schaffen, gescheitert sind. Vor acht Jahren hatte ein ebenfalls aus Anlaß einer Bundestagswahl publiziertes Strategiepapier gefordert, die deutsche Außen- und Militärpolitik solle sich „in erster Linie“ auf das „zunehmend instabil werdende europäische Umfeld von Nordafrika über den Mittleren Osten bis Zentralasien konzentrieren“. Nun konstatiert hingegen die DGAP-Expertengruppe: „Der Konfliktbogen, der sich von Osten nach Süden um die EU zieht, hat sich in kürzester Zeit erweitert und intensiviert.“ Die „Zahl der Krisen, die heute oder in absehbarer Zeit die europäische Lebensweise und Sicherheit in Frage stellen“, sei „gestiegen“. Zudem stünden „viele Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU ... in immer größerer Abhängigkeit von Rußland, China oder auch der Türkei“. Dies trifft auf immer mehr Länder Nordafrikas, des Nahen Ostens und sogar Südosteuropas zu. „In der Folge gehen Deutschland national und international immer mehr Handlungsspielräume verloren“, heißt es in dem Strategiepapier.

Mehr „Bereitschaft zum Risiko“

Die von der DGAP koordinierte Expertengruppe dringt auf „mutige politische Innovationen“ und urteilt, die bevorstehenden



Sitz der DGAP in Berlin-Tiergarten seit 1999, einst Sitz des faschistischen Ministers für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg

„Ideenwerkstatt Deutsche Außenpolitik“ erstellt worden, eines Projektes der DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik). Es enthält zehn „Aktionspläne“, die explizit als „Handlungsempfehlungen an die nächste Bundesregierung“ deklariert sind und für die deutsche Außenpolitik nicht nur Ziele vorschlagen, sondern auch Instrumente und Bündnisse, mit denen sie erreicht werden sollen. Die Expertengruppe tagte unter dem Vorsitz des DGAP-Forschungsdirektors Christian Möller und der ehemaligen (bis April 2021) DGAP-Direktorin Daniela Schwarzer; in ihr arbeiteten mehrere Hochschulpromovierten sowie Spezialisten verschiedener Denkfabriken aus Europa und den USA zusammen. Begleitet wurde die Tätigkeit der Expertengruppe von einem „Policy Board“, das „wichtige Denkanstöße“ geliefert habe. Ihm gehörten unter anderem der Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundespräsidialamt, Thomas Bagger, der Leiter des Leitungsstabs im Bundesverteidigungsministerium

an Gestaltungsmacht“. Dieser Prozeß solle nun gestoppt werden. „Ziel ist es, ein weiteres strategisches Déclassément zu verhindern“, erklären die Autoren: „Deutschland sollte in zentralen Bereichen nicht die Ziele anderer übernehmen müssen, sondern sich in die Lage versetzen, seine eigenen Ziele zu definieren und durchzusetzen.“ Dazu müsse die künftige Bundesregierung „die zunehmend begrenzten Machtressourcen gezielt so nutzen, daß sie einen weiteren Verlust an Gestaltungsspielraum und Einfluß verhindert“. „Durch Kooperationen“ müßten „neue Handlungsoptionen eröffnet“ werden. Die Methode, nicht als klassisch souveräner Nationalstaat, sondern in – durchaus wechselnden – Bündnis-Konstellationen den eigenen globalen Einfluß zu sichern, bezeichnet die DGAP-Expertengruppe als „smarte Souveränität“.

Von Krisen gezeichnet

Die Autoren des DGAP-Strategiepapiers deuten zunächst zwei konkrete Felder an,

Koalitionsverhandlungen böten „eine Chance“, ihnen „den Weg ... zu bereiten“. „Verwundbarkeit“ sei „zum Normalzustand geworden“, heißt es in dem Strategiepapier; „sektor- und grenzüberschreitende Schocks“ würden sich künftig „nicht vermeiden lassen“: „Die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verwischen.“ Die Bundesrepublik müsse daher „weg von einer reaktiven ad-hoc-Politik“, die darauf bedacht sei, „Schaden einzugrenzen“, hin zu einer „proaktiven Politik“. Dies bedeute „auch eine Bereitschaft zu geteiltem Risiko und die Fähigkeit, auch unter großer Unsicherheit Entscheidungen zu fällen“. Gelingen könne dies allerdings nur, wenn „die gesellschaftliche Akzeptanz dafür gegeben“ sei. Deshalb sei es „eine der größten Aufgaben der nächsten Jahre, bei den Bürgerinnen und Bürgern, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft für eine aktive deutsche Außenpolitik zu werben“ und diese dabei „gegen Angriffe“ zu verteidigen. „Verteidigt“ werden müsse die neue „aktive“ Außenpolitik nicht nur gegen „Angriffe von ... außen“, heißt es in dem Strategiepapier, sondern auch gegen „Angriffe von innen“.

Eine „nationale Sicherheitswoche“

Zu den Maßnahmen gehört zunächst die Etablierung spezieller Strukturen und Prozesse, die es ermöglichen sollen, selbst bei „parallelen, vielschichten Krisen“ in Zukunft „handlungsfähiger zu werden“. Insbesondere soll der Bundessicherheitsrat, der aktuell etwa Rüstungsexporte genehmigen muß, „zum zentralen außenpolitischen Koordinierungsrahmen der Bundesregierung aufgewertet werden“. Dies entspricht der Forderung nach der Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, die seit Jahren immer wieder vorgebracht wird. Der Bundessicherheitsrat soll (...) zu Beginn jeder Legislaturperiode eine „außen- und sicherheitspolitische Strategie“ vorlegen „und ihre Umsetzung begleiten“. (...) Nicht zuletzt müßten neue „Anlässe zur Einbindung der Zivilgesellschaft“ geschaffen werden, so „beispielsweise in Form einer jährlichen nationalen Sicherheitswoche des Bundestags“.

Übungen mit Zivilisten

Darüber hinaus schlagen die Autoren des DGAP-Strategiepapiers konkrete Maßnahmen zur Aufrüstung wie auch zur Einstimmung der Gesellschaft auf weitere Krisen und Kriege vor. Zur Begründung werden „Gefahren und Bedrohungen für Deutschlands Sicherheit“ genannt, als deren erste das Papier „Chinas globale Dominanzstrategie“ und „Rußlands territoriale[n] Revisionismus“ aufführt, des weiteren „Kriege, Krisen und interne Konflikte“ nicht nur unmittelbar jenseits der EU-Außengrenzen, sondern auch „in Europa selbst“ (Ukraine, östliches Mittelmeer). Die Autoren plädieren dafür, nicht nur „einen qualitativen Sprung in der Verzahnung von EU und NATO [zu] ermöglichen“, sondern auch eine neue Militäreinheit („European Joint Force“) aufzubauen. Diese solle – als ein „sichtbare[r] politische[r], militärische[r] und technologische[r] Kristallisationspunkt“ – „50

Prozent der konventionellen Fähigkeiten bereitstellen, die für die kollektive Verteidigung in Europa und das militärische Krisenmanagement erforderlich sind“. Um die Gesellschaft krisen-, womöglich sogar kriegsfest zu machen, sollen „regelmäßige Übungen und Planspiele auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) und mit allen Akteuren (zivil, militärisch, staatlich, privat) abgehalten“ werden. Für „Institutionen, die als kritisch eingestuft werden“, wird ein „regelmäßiger Streß- und Funktionalitätstest“ geplant.

Technologische Konfrontationen

Besonderes Augenmerk richtet das Strategiepapier auf ein Feld, das für die globalen Machtkämpfe immer größere Bedeutung erhält – auf Technologien. Technologien, „insbesondere im digitalen Bereich“, seien heute nicht nur „Innovationstreiber“, sondern sogar „der entscheidende Indikator für

sieht außerdem eine umfassende propagandistische Formierung der Zivilgesellschaft für den Konflikt mit China vor. So sollen „China-Informationsbörsen“ geschaffen werden, die „gezielte Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen erarbeiten“ – von kommunale[n] Verwaltungen, die mit chinesischen Investitionsangeboten konfrontiert sind“, bis hin zu Schulen. Die Propagandaoffensive soll auch „ein Informationsangebot“ für „Auslands-Chinesen“ enthalten – „zum Beispiel [für] Studenten“.

Kritikabwehr und innere Formierung

Einen hohen Stellenwert mißt das DGAP-Strategiepapier schließlich der inneren Formierung der Gesellschaft bei, die unter dem Stichwort „Resilienz“ (Widerstandskraft) beschrieben wird. Dabei geht es vorrangig um Maßnahmen, die „gezielte Desinformations- und Propagandakampagnen“ abweh-



Demonstration in Berlin 2014

(zukünftige) Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Stärke und Resilienz“. Es müsse alles daran gesetzt werden, die Entwicklung eigener Technologien in Deutschland und der EU zu stärken. (...)

„Pioniergruppe China“

Gegenüber Beijing fordert die Experten-Gruppe von Berlin einen radikalen Kurswechsel. „Die neue Bundesregierung sollte die deutsche Chinapolitik von Grund auf verändern“; andernfalls drohe die Bundesrepublik einerseits „vom Innovator zu einem Markt für chinesische Zukunftstechnologien“ zu werden, andererseits aber auch „an Bedeutung für einen zentralen Bündnispartner, die USA, zu verlieren“. (...) In der EU solle eine „Pioniergruppe China“ ein gemeinsames Vorgehen abstecken; jenseits Europas wiederum müsse Berlin sich mit „Gleichgesinnten“ abstimmen. „Gleichgesinnte“ fungiert dabei vor allem als Deckwort für Rivalen der Volksrepublik (Japan, Australien, Indien). Das DGAP-Strategiepapier

ren sollen. Was als eine solche „Kampagne“ zu gelten hat, hängt vom Standpunkt der definierenden Person bzw. Institution ab. (...) Auch die Bundesregierung solle allerdings „in Zukunft verstärkt die Möglichkeiten und die Reichweite der sozialen Netzwerke nutzen“ – freilich nur, „um die Bürger mit vertrauenswürdigen Inhalten zu versorgen“. Nicht zuletzt könne „eine der EU East StratCom vergleichbare Struktur in Deutschland“ geschaffen werden, deren Ziel die „Aufdeckung und Bekämpfung ausländischer Desinformation und Propaganda“ sei. Die East StratCom Task Force hat die Aufgabe, angebliche „russische Propaganda“ offenzulegen sowie zu bekämpfen. Sie hat in der Vergangenheit bereits Kritik an der EU als energisch abzuwehrende „Desinformation“ eingestuft.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 16. und 28. 9. 2021

Redaktionell gekürzt

Der 26. September und die Linke

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins hat am 30. September zu den Ergebnissen der Bundestagswahl Stellung genommen. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe eine gekürzte Fassung der auf dieser Beratung vorgetragenen Einschätzung seines Vorsitzenden Arnold Schölzel, außerdem Auszüge der Stellungnahme des Ältestenrates der Partei Die Linke sowie Wortmeldungen von Autoren und Lesern des RF.

Arnold Schölzel

Wir leben in einer Zeit zugespitzter Widersprüche und vielfältiger Krisen des Kapitalismus. Die 16 Jahre Amtszeit von Angela Merkel bestanden zum großen Teil aus Krisenmanagement, wobei ihr Regierungsstil mit „Aussetzen“ oder gar „Stagnation“ falsch beschrieben ist. In den Verschiebungen des Kräfteverhältnisses in der Welt, die vom Westen mit zahlreichen Kriegen forciert wurde, stand die Bundesregierung verlässlich auf der Seite der Weltreaktion und des US-Imperialismus. Die Regierung dieses Landes hat keine Lösungen für die grundlegenden Probleme der Gesellschaft, in der etwa ein Drittel in von oben verordneter Armut lebt, in der die Reichen außer Rand und Band Vermögen anhäufen, die Mieten explodieren und der Ausbeutungsgrad von Arbeitern und Angestellten mit Hilfe der elektronischen Medien noch einmal für den Extraprofit vor allem der Finanzmonopole in einem Maß erneut gesteigert wird, wie es das in der Geschichte des Kapitalismus so noch nicht gegeben hat. Vom Lieferdienst über Taxifahrer bis zu den sogenannten Clickworkern, die als Scheinselbstständige für große Institutionen faktisch zu 100 Prozent bei Arbeitszeit und Arbeitsintensität überwacht werden können, bildet sich ein neuer Ausbeutungstyp heraus.

Er ist mit Veränderungen im Monopolkapitalismus verbunden, denn darum geht es in dieser Ökonomie: mit Hilfe von Finanzindustrie und des Staates Monopole zu bilden und der Welt dann die Preise zu diktieren. Die Volksrepublik China ist gegenwärtig der einzige Staat, der versucht, diese Tendenz zu kanalisieren und einzuschränken. In der Bundesrepublik dagegen werden Industrie und Finanzkapital gigantische Summen aus der Staatskasse fordern, um im weltweiten Konkurrenzkampf mithalten zu können. Alle vier Parteien, die für die Regierungsbildung in Frage kommen, haben dem deutschen Kapital entsprechende Angebote gemacht, am genauesten beziffert von den Grünen. Sie legten ein Programm für Digitalisierung, Klimaschutz und Infrastruktur vor, das mindestens 500 Milliarden Euro in den nächsten Jahren umfassen soll. Sie wollen eine Ära neuer kapitalistischer Vergesellschaftung, eine neue Periode des Staatskapitalismus, eröffnen. Der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Siegfried Russwurm sprach von „Billionen Euro“, die nötig seien, um das gemeinsame Ziel von Kapital und Regierung – Vormachtstellung auf den globalen Exportmärkten und in der EU – in den nächsten knapp 25 Jahren zu erreichen.

1. Hintergrund dieser Planwirtschaft mit privater Aneignung, denn das ist es letztlich, ist die Revolution der technischen Produktivkräfte. Wer hier die Nase vorn haben will, muß Summen aufbringen, die in ihrem

Umfang neue Maßstäbe setzen und im Kapitalismus sonst nur in Weltkriegszeiten aufgebracht werden. Also steht das Kapital nicht nur in der BRD beim Staat Schlange. Es entstehen völlig neue Industriebranchen. So setzt die deutsche Industrie zwar noch auf Elektromobilität, aber offenbar nur als Übergang zur Wasserstofftechnologie. Das erfordert neben den technischen Problemen eine Vervielfachung der Elektrizitätsproduktion, was mit eigenen Ressourcen nicht zu bewältigen ist. Länder wie Norwegen oder die Ukraine, aber auch Afrika, werden dafür wichtig, es zeichnen sich neue Kämpfe um die Aufteilung der Welt und um Einflusssphären ab.

Zum Bild gehört auch: Erfindungen verbreiten sich mit ungeheurer Geschwindigkeit. Die Kanzlerschaft Merkels war in dieser Hinsicht geprägt von der Einführung der Smartphones, der sogenannten Digitalisierung und der Etablierung gigantischer Internetkonzerne in den USA und in China. Ein weiteres Beispiel für die Beschleunigung ist die Entwicklung verschiedener Impfstoffe gegen das neu aufgetauchte Corona-Virus. Ähnliches gilt für die Anwendung sogenannter Künstlicher Intelligenz. An Stagnation, Krisen und schwachem Wachstum änderte das alles aber nichts.

Nach bisherigen Prognosen wird die Volksrepublik China irgendwann nach 2026 die USA in der Wirtschaftsleistung übertreffen – das ist ein weltgeschichtlicher Einschnitt. Die USA versuchen, das mit allen Mitteln, vor allem militärischen, zu verhindern. Josef Biden sprach von einem „echten Krieg“, um den es gehe, bevor er die Flucht aus Afghanistan anordnete.

Hat China in Wissenschaft und Technik die Nase vorn, führt das unweigerlich zur Konfrontation mit dem Imperialismus im Weltmaßstab. Denn Monopole bedeuten politische Reaktion, nicht Freiheit, sondern Herrschaft und Reaktion auf der ganzen Linie wie Hilferding und Lenin wußten.

2. Wir leben deswegen in nicht-revolutionären, sogar in rückwärtsgewandten Zeiten – was die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, insbesondere die Eigentumsverhältnisse angeht. Konzentration und Zentralisation schreiten zwar sehr rasch voran, aber seit 2007, seit der Hypothekenkrise in den USA und der nachfolgenden Finanz- und Weltwirtschaftskrise, befinden sich die in den 90er Jahren als „einzige Weltmacht“ ausgegerufenen USA im Niedergang. Das widerspiegelt auch die verheerende Lage im Innern dieses Rassenstaates: Gemessen an der Bevölkerungszahl sind dort weltweit die meisten Menschen eingesperrt, die Corona-Pandemie traf auf eine Bevölkerung, die zum großen Teil keine medizinische Versorgung hat, dafür mit Schmerzmitteln für den Profit eines Pharmakonzerns ruhiggestellt wird

– allein das hat in den USA 2020 rund 100 000 Tote gekostet. Die Wahl des Rassisten und Chauvinisten Donald Trump zum Präsidenten war kein Ausrutscher. Sein Nachfolger führt dessen Politik weitgehend fort, eine ähnliche Figur wie Trump an der Spitze ist jederzeit denkbar. Auch wenn sich zum Teil selbst in den USA progressive landesweite Bewegungen wie „Black Lives Matter“ entwickeln, haben in allen imperialistischen Ländern rechte bis faschistische Ideologien die Hegemonie über die Köpfe. Das ist in der BRD nicht anders, wo mit der aus CDU und CSU ausgegliederten AfD eine rechte Gruppierung etabliert wurde, die inzwischen eine relativ stabile Massenbasis hat. Diese Partei ist Fleisch vom Fleisch der deutschen Bourgeoisie und will an den Eigentumsverhältnissen nichts ändern – die Unterschiede zur NSDAP der 20er Jahre, die sich verfassungstreu und freundlich zu Kleinkapitalisten gab, sind nicht besonders groß. Ideologisch ohnehin nicht.

3. Wir leben deswegen politisch und ideologisch in konterrevolutionären Zeiten. Die Hetze gegen Rußland und China erreicht immer neue Gipfel, in den Medien hat der Krieg längst begonnen. Jeder Staat, der sich nicht in die westliche „Werkgemeinschaft“ einfügt, ist bedroht – von Kuba, Venezuela und Nicaragua bis Syrien, Mali oder Iran. Im Inneren nimmt der Druck zu, gibt es immer neue Schritte zu Demokratieabbau und verstärkter Repression antikapitalistischer Kräfte. Der Versuch, die DKP auf kaltem Wege zu verbieten, ist nur ein Beispiel unter vielen.

Zu den Wahlen am 26. September

Es gab in diesem Jahr keinen Wahltag im eigentlichen Sinn. Mehr als 40 Prozent der Wähler haben die Briefwahl genutzt, d. h. die Wahl zog sich sechs Wochen lang hin und unterlag so selbstverständlich den verschiedensten Einflüssen.

Das erwünschte Ergebnis aus Sicht des deutschen Kapitals mit den vier Parteien, die sozusagen bei Hofe zugelassen sind, ist nun da. Ein lästiger Unsicherheitsfaktor ist noch die Kanzlerfrage. Nur einen Tag nach der Wahl gab BDI-Präsident Russwurm dem politischen Personal einen klaren Auftrag: „Angesichts des unklaren Wahlausgangs erwartet die deutsche Industrie jetzt von allen Parteien maximale Verantwortung und Anpacken der Prioritäten statt taktischer Manöver.“ Und er legte der Einfachheit halber auch gleich die Schwerpunkte des zukünftigen Regierungsprogramms fest: „Die Stärkung unserer Wirtschaftskräfte und das Bekenntnis zum Industrie-, Export- und Innovationsland Deutschland sind ohne Alternative für jede denkbare Koalition.“ Übersetzt heißt das: Es geht um die Macht auf dem Weltmarkt und in der EU. Für das, was er jetzt im Merkel-Stil als „ohne Alternative“ bezeichnete,

hatte Russwurm im Juni auf „Billionen Euro“ beziffert.

Die FAZ stellte fest, Präferenzen für Armin Laschet oder Olaf Scholz hätten die Wirtschaftsvertreter nicht erkennen lassen. Es kann ihnen auch egal sein, wer unter ihnen regiert. Die Bevölkerung und ihre Lage haben in diesem Wahlkampf eine so untergeordnete Rolle gespielt wie seit Jahrzehnten nicht – nur Die Linke und die AfD setzten andere Akzente. Bei den vier anderen Parteien drehte sich im Grunde alles um das Wohlergehen des deutschen Kapitals, genauer, um den finanziellen und politischen Befreiungsschlag, der für die Konkurrenzfähigkeit für nötig gehalten wird. Die drei Kanzlerkandidaten führten jedenfalls den Wahlkampf, den sonst vor allem die FDP führt, nach dem Motto „Kapitalismus ist gut“, der sogenannte Markt, also entfesseltes Finanz- und Industriekapital, lösen jedes Problem. Das kam nach 16 Jahren politischem Krisenmanagement durch Angela Merkel vor allem bei jüngeren Wählern unter 30 Jahren gut an: Sie stimmten zu jeweils mehr als 20 Prozent für FDP und Grüne, anders gesagt: Die junge Generation lief fast zur Hälfte diesen beiden Parteien nach. Das ist ein Hinweis darauf, wie wenig dort Kenntnis über deren Geschichte existiert. FDP und Grüne sind Funktionsparteien des Großkapitals, denen in jedem Jahrzehnt Etiketten wie „frisch“ und „unverbraucht“ für Jüngere aufgepappt werden – mit Erfolg, wie man sieht. Mit ihnen verbindet diese Altersgruppe offenbar „Aufbruch“ und „Erneuerung“. Am Montag nach der Wahl sah die gescheiterte Annalena Baerbock in der Pressekonferenz mit Robert Habeck beides nahen – gemeinsam mit der FDP. Auch in dieser Altersgruppe konnte Die Linke nicht an ihre Ergebnisse bei früheren Wahlen anknüpfen. Die Allparteienweise dieses Wahlkampfes mit wenigen Ausnahmen bei Linkspartei und AfD war: Armut, Niedriglohn und Niedrigrenten, Mietkatastrophe oder Pflegenotstand nicht erwähnen, schon gar nicht vom Afghanistan-Krieg, von Mali oder einem der anderen zwölf laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr sprechen. Nun entscheiden folgerichtig vor allem Christian Lindner und Robert Habeck über den nächsten Kanzler. Ich bleibe bei meiner Auffassung, daß Lindner allein das wirkliche Zünglein an der Waage ist. Er und sein Duzfreund Armin Laschet haben das offenkundig vor Wochen besprochen, Habeck hat schon in Schleswig-Holstein eine Koalition mit CDU, Grünen und FDP konstruiert und zeigte am Montag offen, daß er dafür wieder zur Verfügung steht. Die nun „Vorsondierungen“ genannten Gespräche zwischen Grünen und FDP haben lange vor dem Wahltag begonnen, auch in dieser Hinsicht spielte der Wahltag eine untergeordnete Rolle. Seit dem 26. September ging es noch um Details, die Grundsatzfragen waren im Sinne des Kapitals geklärt.

Die Nichtwähler kamen diesmal auf 23,4 Prozent und wären, wenn man sie als „Partei“ mit einberechnet, erneut stärkste Partei im Bundestag. Die junge Welt hat das ausgerechnet: Die SPD hat das Mandat von 19,5 Prozent aller Wahlberechtigten, CDU/CSU von 14,3 Prozent, die AfD von 7,9 Prozent, Die Linke von 3,7 Prozent. Soviel zum Repräsentativsystem. In den Territorien der Reichen lag die

Wahlbeteiligung wie stets über dem Durchschnitt (Starnberg 84,3 Prozent oder Berlin-Zehlendorf 81,4), in ärmeren Wahlbezirken weit darunter. Von den zehn mit der niedrigsten Wahlbeteiligung bis runter auf 63 Prozent liegen sechs in Ostdeutschland.

Die SPD kam schließlich mit 25,7 Prozent der abgegebenen Stimmen (11,95 Millionen Wähler) knapp vor CDU und CSU mit 24,1 (11,17 Millionen) Prozent ins Ziel. Die Grünen erreichten 14,8 Prozent (6,5 Millionen), die FDP 10,5 Prozent (5,32 Millionen). Im Bundestag vertreten sind außerdem die AfD mit 10,3 Prozent (4,8 Millionen) und die Partei Die Linke mit 4,9 Prozent (2,27 Millionen) sowie der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) für die dänische Minderheit mit einem Mandat.

Die Linke verlor gegenüber 2017 mehr als zwei Millionen Stimmen und rettete sich mit drei Direktmandaten, durch welche die Fünf-Prozent-Hürde aufgehoben wurde, ins Parlament. Ihre Fraktion besteht aus 39 Abgeordneten statt wie im bisherigen Bundestag aus 69. Angeblich sind die Genossinnen und Genossen, die an den sozialen und friedenspolitischen Positionen der Partei festhalten, in der Mehrheit – das muß sich noch erweisen.

Die katastrophale Niederlage ist vor allem hausgemacht. Der von CDU und CSU beschworene „Linksrutsch“ hat aus meiner Sicht wenig abgeschreckt. Schwerer dürfte bei Sympathisanten der Partei die faktische Abgabe des von SPD, Grünen und bürgerlichen Medien geforderten Bekenntnisses zur NATO gewogen haben. Ebenso die mehrheitliche Enthaltung der Linke-Bundestagsfraktion bei Erteilung des Mandats für eine völkerrechtswidrige bewaffnete Evakuierung aus Kabul am 8. August. Es war der offene Bruch mit den Parteipositionen. Das nehmen die sogenannten Reformen in der Partei aber völlig anders wahr. So sieht z. B. der seit 2014 als Chef der Thüringer Staatskanzlei amtierende Benjamin-Immanuel Hoff die Ursache darin, daß die Entscheidung für einen strammen Kurs auf Koalitionen mit SPD und Grünen „jahrelang“ verschleppt worden sei. Man halte sich vor Augen: Die Linke, die ja 2019 noch 31 Prozent der Stimmen in Thüringen bei den Landtagswahlen erhielt, kam am Sonntag auf 11,8 Prozent der Zweitstimmen (2017: 17,6 Prozent). Die AfD wurde mit 24 Prozent regionaler Sieger vor der SPD mit 23,4 Prozent. Das Ergebnis dürfen sich aus meiner Sicht Hoff, sein Chef Bodo Ramelow und andere, die unbeirrt an Regierungs-beteiligung festhalten, auf die Fahne schreiben. Sie hatten ihre strategische Entscheidung für DDR- und Sozialismus-Bekämpfung, aber für wenig strategische Bekämpfung des von Bernd Höcke repräsentierten Faschismus samt Sympathisanten in CDU und FDP schon vor Jahren getroffen. Bodo Ramelow brachte es in diesem Wahlkampfssommer fertig, den faschistischen Überfall und die Maßnahmen der DDR am 13. August 1961 in einem Atemzug zu nennen. Das ist an Demagogie nicht zu überbieten und ist in meinen Augen ununterscheidbar vom Antikommunismus und Haß auf den Sozialismus bei anderen Parteien von CDU/CSU bis AfD. Ich möchte es so formulieren: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, weil er ihn „Marktwirtschaft“ nennen möchte, aber den Sozialismus

bis in Schulen hinein verteufelt, der verharmlost alte und neue Nazis. Der muß sich über Erfolge der Höcke-AfD und Niederlagen der Linken in seinem Bundesland nicht wundern. Wir im „RotFuchs“ werden nie von der prinzipiellen Verteidigung der DDR als größter Errungenschaft der deutschen Geschichte abweichen. Dieses Land mußte verschwinden, damit Deutschland wieder Krieg führen kann – alles andere ist Geschichtsverfälschung und Hetze.

Der sogenannte Regierungssozialismus bestimmte auch die Politik der Parteiführung im Bund. Das jetzige Debakel hat seine Hauptursache in dem, was ich „Fanatismus der Anpassung“ an imperialistische Politik nennen möchte, im rechten Opportunismus.

Dennoch: Die Niederlage bedeutet eine weitere tiefe Schwächung der bundesdeutschen Linken insgesamt, sie ist kein Grund zu Häme oder Triumph.

Es sollte uns aber beschäftigen, daß sich das katastrophale Ergebnis zusammen mit der Stabilisierung der AfD vollzieht. Und noch eins kommt hinzu: Der DGB teilte am 27.09 mit, daß am Vortag zwar 32,1 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder SPD gewählt haben, aber 12,2 Prozent für die AfD (minus 3,7 Prozent) und 6,6 Prozent (minus 5,9 Prozent) für Die Linke stimmten.

Das ist das Resultat einer seit Gründung der PDS systematisch betriebenen Abkehr von einer Politik für die Arbeiterklasse, von einer Vernachlässigung der Arbeit in den Gewerkschaften, als noch ein großer Teil der Parteimitglieder im berufstätigen Alter war. Diese Abkehr von einer Klassenpolitik wurde bei Gründung der Partei Die Linke 2007 angesichts der Empörung über die „Agenda 2010“ nur kosmetisch korrigiert, jedenfalls sieht es rückschauend so aus. Nach mehr als 30 Jahren läßt sich zusammenfassend sagen: Die Partei hat in ungezählten Auseinandersetzungen ihre Haltung zum imperialistischen Krieg gründlich verwässert, um Verankerung in der Klasse hat sie sich fast nie bemüht. Auf beiden Feldern wildern jetzt Rechte.

Die jüngsten Signale aus der Führung von Linkspartei und Fraktion deuten nicht darauf hin, daß Fragen dieser Art dort eine Rolle spielen. Das Verschwinden aus dem Bundestag scheint eine Frage der Zeit.

Einige Worte zur AfD. Sie erreichte ebenso wie die Grünen erstmals 16 Direktmandate. Die der AfD kommen alle aus Ostdeutschland. In Sachsen und Thüringen wurde sie jeweils stärkste Partei mit je einem Viertel der abgegebenen Stimmen. In Westdeutschland erreichte sie ebenfalls im Süden und Südwesten ihre Spitzenwerte: 10,0 Prozent im Saarland, 9,6 Prozent in Baden-Württemberg, 9,2 Prozent in Rheinland-Pfalz, 9,0 Prozent in Bayern. Insgesamt dürfte sie damit im Westen etwa dreimal soviele Wähler haben wie in Ostdeutschland. Dort hat sie außerhalb der Großstädte mit Ausnahme von Dresden, wo sie um ein Haar beinahe ebenfalls ein Direktmandat erhalten hätte, offenbar in großen Regionen – z. B. östlich von Bautzen oder im Erzgebirge – die geistige und politische Führung übernommen. Wie das im einzelnen geschehen konnte, kann ich nicht beurteilen, von einer Protestwahl kann aber bei dieser

zweiten Wahl im Bundesgebiet keine Rede mehr sein. Nach vier Jahren im Bundestag, in denen sich diese Partei vor allem durch Pöbelelei, Krawall, Unfähigkeit und Inkompetenz, durch Menschenfeindlichkeit und letztlich ein einziges Thema – Migranten, Migranten und nochmals Migranten – ausgezeichnet hat, steht fest: Wer die wählt, weiß, was er macht. Die „national befreiten“ Zonen, von denen die NPD in den 90er Jahren sprach, sie sind in gewisser Hinsicht heute verwirklicht. Und zu den „Undeutschen“ gehören, wie wir wissen, selbstverständlich alle, die im Verdacht stehen, Sozialist oder Kommunist oder gar Marxist zu sein. Sozialer Druck und mehr oder weniger offener Terror gehören zum Konzept faschistischer Bewegungen. Für gewalttätige Nazis war und ist die AfD stets offen. Mit Hilfe der sogenannten sozialen Medien, die von US-Konzernen und US-Geheimdiensten betrieben werden, lassen sich irrationale, wissenschaftsfeindliche und antikommunistische, hoch emotionalisierte Bewegungen immer wieder rasch auf die Beine stellen: die sogenannte Flüchtlingskrise, die es in Wirklichkeit den Zahlen nach nie gegeben hat, die Corona-Pandemie, die geleugnet wird, aber auch große Teile der „Querdenker“. Verstärkt wird das aus meiner Sicht auch durch Internetportale, die auch viele von uns zur Kenntnis nehmen, wie RT DE, die Nachrichtenseiten, Rubikon oder Ken FM. Dort hat sich ein Wandel vollzogen, der sich seit 2014, seit der Ukraine-Krise, als auf einmal eine von Jürgen Elsässer und Ken Jepsen ins Leben gerufene

Friedensbewegung auf der Bildfläche erschien, angedeutet: Elsässer ist heute Sprachrohr des deutschen Faschismus, Jepsen ist dafür offen. Zur Demagogie, die mit der Vokabel „Volk“ hantiert, gehört bis heute die Losung „Frieden mit Rußland“. Dafür sind wir auch, aber nicht auf der Grundlage einer fremdenfeindlichen, rassistischen und irrationalen Ideologie, die von „Umvokung“ und „Messermigranten“ redet, die klammheimliche Freude über die Morde von Kassel, Halle und Hanau äußert, von Rothschild als dem größten Drahtzieher der Medien oder von der Verseuchung der Welt durch Bill Gates redet.

Diesem Staat gebührt größtes Mißtrauen, wenn er Grundrechte einschränkt, aber wer von Diktatur redet, redet ähnlich wie die westliche Propaganda über Rußland. Und: Wir sind für mehr als Frieden mit Rußland, nämlich für Versöhnung und Freundschaft, für die Auflösung der NATO, für ein kollektives Sicherheitssystem bis zum Pazifik und für einen stabilen Frieden. Das ist auch ein Vermächtnis der DDR, das wir aufgreifen. Frieden ist mit Kapitalismus und Imperialismus nicht zu erreichen, letztlich nur mit Sozialismus. Bis es soweit ist, auch wenn wir es nicht mehr erleben werden, kämpfen wir gegen die Hetze der Bundestagsparteien gegen Rußland und China, aber auch gegen die Äquidistanz führender Vertreter der Partei Die Linke. Rußland und China sind nicht die Aggressoren, die Kriegsgefahr geht allein vom Imperialismus aus.

In diesem Sinn möchte ich als Schwerpunkte für unsere Arbeit festhalten:

1. Der „RotFuchs“ tut alles, um möglichst breite Bündnisse verschiedener politischer Strömungen für den Kampf um den Frieden herzustellen. Das ist unsere oberste Priorität: Frieden mit Rußland und China, weg mit der NATO!
2. Die Wahlen vom 26. September sind ein Resultat der politischen Rechtsverschiebung in der BRD. Sie kommt auch im Debakel der Linkspartei zum Ausdruck. Unser Bestreben sollte es sein, mit den Genossinnen und Genossen der Partei freundschaftlich und mit Respekt über die Ursachen für die Niederlage zu diskutieren. Es besteht die Gefahr, daß die einzige Partei mit bisher festen Friedenspositionen im Bundestag beim nächsten Mal nicht mehr ins Parlament kommt.
3. Unsere Aufgabe bleibt es, über die Errungenschaften der DDR aufzuklären. Gerade in der Pandemiekrise hat sich gezeigt, daß ein auf Profit ausgerichtetes Gesundheitswesen keine Vorsorge für solche Ausnahmesituationen kennt. Gesundheit ist keine Ware.
4. Die soziale Frage steht in der BRD wieder auf der Tagesordnung. Reden wir darüber, worin die Ursachen liegen, und darüber, was die DDR gerade bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit geleistet hat und Jahrzehnte vor der BRD lag. Laßt uns über Sozialismus sprechen. Er bleibt die Alternative, nichts sonst.

Ältestenrat der Partei Die Linke

(...)

1. Mit der Bundestagswahl 2021 ist auch in Deutschland sichtbar geworden, daß die enormen Veränderungen der produktiven Kräfte der Gesellschaft nachhaltige Konsequenzen für das Verhältnis zur Natur (Klimawandel) und für Rang und Einfluß unter den Nationen in Europa und der Welt haben. Die Niederlage der CDU bei der Wahl 2021 leitet eine politische Zeitenwende ein. (...) Weil die Gewerkschaften, Sozialverbände (...) von diesem rasanten Wechsel auch erfaßt wurden, hat mit dem Ende der Großparteien ein neues Zeitalter für die politische Willensbildung und das Repräsentativsystem begonnen. (...) Wie in anderen europäischen Nationen auch, werden wir künftig mit der Formierung von Mehr-Parteien-Regierungen konfrontiert werden, was den Übergang zu Minderheitskoalitionen und längeren Zeiträumen der Regierungsbildung einschließen kann. Eine weitere Konsequenz der Auflösung von integrativen bürgerlichen Parteien der Mitte ist die Stabilisierung von einer Partei der neuen Rechten. Wohin die Grünen und die FDP neigen, ist offen, und noch offener sind die Inhalte ihrer Konzeptionen und politischen Praxis, die zur Koalitionsbildung mit SPD oder CDU jeweils ausgelotet werden. (...) Schon jetzt zeichnet sich ab, daß von diesen Unsicherheiten in der politischen Ausrichtung, die bisherige Ausrichtung an der

Westbindung, d.h. an der Einbindung in das Hegemonialsystem der durchaus geschwächten Weltmacht USA, festgehalten wird, was auch eine Stärkung des Militärbündnisses NATO und deren Erweiterung einschließt. Die bekannten Feindbilder – Volksrepublik China und Rußland – werden auch künftig die Aktionen im globalen Maßstab prägen. Zugleich wird jedwedes neue Regierungsbündnis in Deutschland sich auf eine Stärkung der Wirtschaftskraft und Ausbau der Konkurrenzposition von Deutschland in Europa und der Globalökonomie verpflichtet sehen.

Neben den politischen Veränderungen im europäischen und globalen Machtgefüge werden die Regierungsbündnisse in Deutschland auch künftig mit der Tilgung der umfangreichen Kredite infolge der Krisenbekämpfung der Pandemie und den Anforderungen zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur mit Blick auf die Beherrschung des Klimawandels beschäftigt sein. Es ist weiterhin eine Hauptaufgabe der parlamentarischen Linken, (...) der Erhöhung des Mindestlohns, der Aufstockung der Regelsätze und dem Ausbau der Alterssicherung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Ausgang der Bundestagswahl hat auch erneut unterstrichen, daß dem Ausbau der Kompetenz für die Ausgestaltung der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland ein zentrales Anliegen der Linkspartei bleiben sollte.

Der Ältestenrat unterstreicht, daß den Veränderungen in der gesellschaftlichen Ökonomie im Rahmen der unverzichtbaren Strategiedebatte der Linkspartei ein höherer Stellenwert zugeschrieben werden sollte. 2. Zurecht wird bei den Einschätzungen zum Ausgang der Bundestagswahl vielfach betont, daß sich mit dem Ende des System Merkmals die Veränderungen in Ökonomie, Gesellschaft und Politik brutal Bahn gebrochen haben. Die Große Koalition hat unter der Führung von Merkel die größte kapitalistische Wirtschaftsmacht und die stärkste Militärkraft in der Europäischen Union geschaffen. Zugleich sind die Widersprüche zwischen Reichtum und Armut in der Gesellschaft enorm verschärft worden. Neben dem Kampf gegen den Klimawandel geht es vorrangig um die Durchsetzung der Gerechtigkeit. Neben dem drückenden Feld der Bekämpfung von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen hat mittlerweile die Wohnungsfrage ungeheure Sprengkraft erhalten. (...) 3. Die SPD ist gewiß kein strahlender Sieger, aber es ist der Sozialdemokratie mit ihrem Führungskräften Scholz, Schwesig und Giffey gelungen, eine größere Wählerschaft zu erreichen, als allgemein auch von uns erwartet wurde. Die Verantwortlichkeit dieser Partei für die Agenda 2010 und einen rigiden Umverteilungskurs konnte in den Hintergrund gedrängt werden und aus den Zweifeln gegen die erkennbaren Zumutungen von CDU und

FDP konnte die SPD mit dem Versprechen des Ausbaus sozialer Gerechtigkeit viel neuen Boden gewinnen. (...) Trotz aller Zeichen von Olaf Scholz für eine spürbare Distanz zur Linken und mit Aussagen in Richtung Grün und Gelb, drang bis in die Öffentlichkeit durch, daß die Linke schon Sondierungen für ihre Regierungsteilnahme vornimmt. Weder Grüne noch die FDP hatten solche Aussagen in ihrem Wahlkampf. Wie die Wahlen und die Wählerwanderungen zeigten: Es wird das Original der Ansage und nicht die Ansagerin gewählt.

4. An erster Stelle in unserer Bewertung des Wahlausgangs sollten die Veränderungen in der bundesdeutschen Gesellschaft stehen. In der Folge der Entfesselung der produktiven Kräfte sind wir sowohl mit bedrohlichen Umwälzungen im Verhältnis zur Natur und zur Verschärfung der sozialen Spaltungen konfrontiert. Auf diese Herausforderungen wollen wir in einer emanzipativen Strategie einen Beitrag zur Stärkung des Widerstandspotentials leisten. Nach einer gründlichen Analyse unserer Defizite und nach einer umfassenden parteiinternen Diskussion, die über die Vorstandsgremien hinausgeht, können wir trotz der schmerzenden Niederlage unseren Beitrag leisten und zeigen, wie wir linke Politik entfalten und wirksam machen wollen.

Sprechen wir von den Ursachen der Wahlniederlage müssen wir uns wohl eingestehen, daß wir einen Wahlkampf mit engstem Blick auf uns und nicht mit dem ständigen Blick auf die (...) Politik der politischen Parteien und die Stimmungsentwicklung in unserer Gesellschaft gerichtet haben. (...)

5. Im Deutschen Bundestag wird es künftig drei Oppositionsparteien geben – AfD und Die Linke sind schon gesetzt, ob CDU oder SPD sind noch offen. Wir haben also nicht vier Jahre, um uns zu finden und zu erneuern. Spätestens Anfang 2022 wird eine politische Zeitenwende im Deutschen Bundestag noch deutlicher werden. Mit einem „Weiter so“ in der Politik, nur etwas kleiner an der Zahl, werden wir im Verlierermodus verharren, wie uns das Wahlergebnis mit starken Nachwirkungen bewußt machen sollte.

Eine große Herausforderung, die bis in die Wurzeln der Politik unserer Partei reicht, ist der Verlust, nicht mehr die Ostdeutsche Volkspartei zu sein. Die Bedeutung der Partei Die Linke hat auch in Westdeutschland an Anziehungskraft verloren. Es gilt, das Parteileben in der gesamten Partei genauer zu betrachten und zu prüfen, wie sich im Rahmen der föderalen Struktur des Bundes die Länderorganisationen darstellen und

entwickeln. Das hintergründige Streben, Thüringen zum Bundesmodell zu machen, gehört doch zu den Fehlern, die wir überwinden sollten.

Die Basisarbeit in der Partei ist allgemein nicht auf der Höhe der Anforderungen, aber ohne die Kreisorganisationen in der Fläche unter Beachtung ihrer regionalen Bedingungen wird es kein Wachstum und nicht die nötige politische Kraft geben, die gerade jetzt die Linke so nötig braucht.

Als Mitglied der deutschen Linken ist jedes Mitglied auch als Doppelmitglied in der Europäischen Linken. Die Enttäuschung über unsere Wahlniederlage hat ihre Wirkung auch in der ELP. Es wäre zu prüfen, wie solidarisch nicht nur die Gefühle sind, die uns verbinden, sondern auch zu betrachten, mit welchen Kräften wir politisch und materiell die Europäische Partei weiter stärken und in der Fraktion im Europaparlament wirken. Wir wollen es auch offen aussprechen, wir bestimmen nicht die Zeit des Handelns, die Zeit bestimmt, fordert, daß wir handeln. Die Höhe, die Tiefe und die Breite und vor allem die Qualität, mit der es geschieht, wird über den Platz und den Erhalt der Partei Die Linke entscheiden.

Bruno Mahlow, Berlin

Der Parteivorstand der Partei Die Linke sprach in einer ersten Stellungnahme zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl von einer „dramatischen Niederlage“. Er zeigte sich bewußt, diese „zuallererst selbst verantwortet zu haben.“ Gleich nach dem Punkt folgt: „Einige Faktoren lagen außerhalb unseres Einflusses, aber wir müssen nun grundlegende Fragen stellen.“ Die folgenden Aussagen klingen dann auch sehr selbst- und auch zielbewußt. Nur, „die Kunde vernehme ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube“. Ein Beispiel: Wie Die Linke in Sachen Strukturprobleme in Ost und West und widersprüchlicher Kommunikation in Schlüsselfragen zum sozialen Gewissen des Landes werden soll, läßt sich nicht nachvollziehen, denn es fehlt an fruchtbarer Diskussion in der Partei. In Vielem wird es bei bloßen Zustandsbeschreibungen bleiben, ohne erkennbare Anwendung der Marx'schen dialektischen Methode der Analyse. Zunächst geht es um eine Antwort auf die Frage „Wo stehen wir?“ sowie um eine Einschätzung der nationalen und internationalen Situation. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, was es heißt, für die Sorgen der Menschen im Alltag da zu sein, darüber hinaus aber auch fähig zu sein, überzeugend Antworten auf Fragen zu geben, welche die Sicherung der Zukunft der Menschheit, des Friedens, der Umwelt, des Klimas betreffen. Zunächst aber sei auf folgende zu beantwortende Fragen hingewiesen:

- Warum war Die Linke, insbesondere in der Pandemie, nicht zu spüren, wirken

Die Linken in ihrer Mehrheit nicht dort, wo die Menschen sind?

- Inwieweit sind Kandidaten und Funktionäre in ihren Wahlkreisen, Wohngebieten und Wirkungsstätten engagiert bzw. fest etabliert?
- Warum wurde offenes Abgehen von Beschlüssen und Programmen zugelassen?
- Was heißt „sich neu erfinden“? Was lehrt uns der „Reformweg“ seit 1989?
- Was heißt es, wahre kämpferische Opposition mit klarer eigener Identität zu sein?
- Warum verzichtet die Partei auf die Analyse der Offensive der rechten Kräfte, die zusammenrücken gegen Links? Der Rechtsruck nimmt weltweit weiter zu. Welche Schlußfolgerungen sind zu ziehen?
- Warum verzichtet die Partei Die Linke auf die Auseinandersetzung mit Faschismus und Antikommunismus, mit dem Regierungskurs gegen Rußland und China?

Grob vernachlässigt wurde von der Linken die Arbeit mit und unter der Jugend. Darüber sollte auch nicht die Aufnahme neuer junger Mitglieder hinwegtäuschen. Denn entscheidend ist, auf welchen inhaltlichen Positionen stehen die neuen Mitglieder. Billiger Aktionismus, spontane Auflehnung und Opposition gegen alles ist nicht die Lösung.

Es geht also nicht nur um die Untersuchung des Einflusses der AfD, der Grünen und der FDP schlechthin, sondern auch darum, warum die Jugend insgesamt ihre Hoffnungen auf die FDP und Grüne setzt, warum gerade Arbeiter und Erwerbslose für die AfD

stimmen. Einer gesonderten Untersuchung bedarf der Einbruch der Linken in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die aktiven Mitglieder der Linken sollten Vorbild sein dafür, nicht im Stau der Meinungsmanipulation, der Desinformation, der Fakes und Lügen stecken zu bleiben, sondern mit Initiative gut argumentierte, gedruckte Aussagen und Materialien selbständig zu verarbeiten und anwendungsbereit (als Multiplikatoren) weiterzugeben. Sicherlich für eine längere Zeit werden die Linken noch in einer nichtrevolutionären Situation um die Erweiterung ihres Einflusses kämpfen. Das heißt, in einer Situation, in der die Unzufriedenheit zunimmt, aber deren Träger noch nicht reif für eine Selbstbefreiung sind. Insofern gelten für die heutigen Beschäftigten und Arbeitslosen die Aussagen Friedrich Engels' nach Einführung des allgemeinen Stimmrechts: „Und endlich herrscht die besitzende Klasse direkt mittels des allgemeinen Stimmrechts. Solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein.“ (Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates)

In diesem Sinne sind die Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechts in den diesjährigen Bundestagswahlen eben ein Gradmesser für die Reife der Gesellschaft und in ihr wirkender gesellschaftlicher Kräfte.

Uwe Stöhr, Berlin

Mit blamablen 4,9 % konnte sich die Linkspartei nur noch über mühsam errungene drei Direktmandate (2017 waren es noch 5) in den Bundestag retten.

Die Linke hat im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 2017 nahezu 50 % ihrer Stimmen (damaliges Ergebnis 9,2 %) verloren. Damit ist die Linke der größte Verlierer der Bundestagswahl 2021.

In den alten Bundesländern reichen die Stimmverluste von 3,0 bis 5,7 %, was einen Verlust von nahezu 50 % unter den bisherigen Wählern bedeutet.

Mit diesen Ergebnissen muß das Projekt „Westausdehnung“, das schon auf einem guten Weg schien, als vorläufig gescheitert betrachtet werden.

Wo liegen die Ursachen für diesen erdrutschartigen Vertrauensverlust in der Wählerschaft und in der Bevölkerung?

Die Verantwortlichen im Karl-Liebknecht-Haus werden sich jetzt wieder selbstbemeidend die Wunden lecken. Gerade sie aber sind es, die durch ihr anbiederndes Verhalten im Wahlkampf, dem Kotau vor der SPD und den Grünen und der völlig realitätsfernen Wahrnehmung der Wirklichkeit dieses Desaster zu verantworten haben. Fern vom

Wahlvolk malte man sich schon mal die zu erlangenden Pöstchen bei einer möglichen Regierungsbeteiligung aus. Dabei hat man durch nebulöse Aussagen in den Medien die DNA der Partei Die Linke vollkommen verwässert und ihre Kernaussagen bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

Ist schon vergessen, daß Regierungsbeteiligungen der letzten Jahre nur sehr mageren Punkte auf der Ergebnisliste der Linken einbrachten? Die unsägliche Hängepartie in Thüringen, die der rechten Reaktion in die Hände spielte, war doch eher ein Postenschacher oder verkrampftes Festhalten an der schon verlorenen Macht, als ein wirkliches Handeln im Sinne der Thüringer. Jetzt haben die Wähler der Führungsspitze der Linkspartei die Rechnung präsentiert.

Wie kann sie da wieder herauskommen?

Ganz einfach, indem sie wieder zu ihren Wurzeln zurückkehrt und klare, abgrenzbare und unterscheidbare Positionen bezieht, die nicht für unsichere Aussichten auf dem Opferaltar präsentiert werden. Als da u. a. sind:

- keinerlei Kriegseinsätze im Ausland
- keinerlei Waffenexporte
- Schaffung eines zur NATO alternativen europäischen Bündnisses, zu dessen

Hauptzielen die Erhaltung des Friedens und die Respektierung der legitimen nationalen Interessen aller europäischen Länder (auch Rußlands) zählen

- Aufbau einer internationalen Zusammenarbeit zur Lösung von globalen Problemen
- nicht nur Einführung eines Mindestlohnes, sondern auch ausreichende Entlohnung und akzeptable Arbeitsbedingungen für systemrelevante Berufe, z.B. Pflegepersonal, Krankenhauspersonal, Beschäftigte im ÖPNV etc.
- Wohnraumbewirtschaftung, Öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitseinrichtungen gehören zur öffentlichen Daseinsfürsorge und dürfen nicht profitorientiert betrieben werden.

Jetzt muß die Partei in der Opposition genau beobachten, wie und ob Wahlversprechen der anderen umgesetzt werden und muß die zu erwartenden, faulen Kompromisse schonungslos bloßstellen.

Die Partei sollte sich, auch wenn das gegenwärtig nicht den Zeitgeist bedient, nicht scheuen zu unterstreichen, daß die Linke ein alternatives Wirtschaftssystem zum gegenwärtigen System anstrebt.

Sie sollte linke Handlungsalternativen wieder und wieder aufzeigen.

Rico Jalowitzki, Frankfurt/Oder

Lang und länger wurden die Gesichter der Mitglieder der Partei Die Linke (PDL) auf der Party am Abend der Bundestagswahl in Berlin-Kreuzberg. Am Ende wurde die Fünf-Prozent-Hürde zwar noch gerissen, doch die Partei zieht nur aufgrund von drei errungenen Direktmandaten in das höchste Parlament der BRD ein. Dort steht sogar noch der Fraktionsstatus auf der Kippe, je nachdem, wer nun mit wem zusammenarbeiten möchte oder eben auch nicht. Dann wäre die PDL endgültig auf das Niveau der PDS von 1994 zurückgefallen.

Nun steht der neuen Parteiführung eine Mammutaufgabe bevor. Denn der PDL schwinden die Mitglieder. Zum Ende des vergangenen Jahres waren es 60 350, 2009, 24 Monate nach ihrer Gründung, konnte sie noch auf 78 046 Mitstreiter verweisen.

Viel Vertrauen hat die PDL das Gieren nach der Macht auf Bundesebene gekostet. Dabei schauen sich potenzielle Wähler wohl auch immer die künftigen Regierungspartner an. Da wäre zum einen die SPD, die längst von den Idealen August Bebels, Wilhelm Liebknechts oder auch Willy Brandts abgerückt ist. Zum anderen wären da die Grünen, denen ihr Gründungsmitglied Petra Kelly bereits im Dezember 1990 bescheinigte, „menschlich gescheitert“ zu sein und eine „unfreie Fraktion“ im Bundestag abgegeben zu haben. Beide Parteien waren übrigens für die Bombardierung Serbiens und damit für den ersten Auslandseinsatz von deutschen Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verantwortlich.

Derweil hatte die PDL mit ihrem Friedenswillen, dem Verbot von Rüstungsexporten und der Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ein politisches Alleinstellungsmerkmal. Dieses Pfund wollte man offenbar aufgeben, nur um mit SPD und Grünen ins Regierungsbett im Bund zu kriechen. Leider sind diese Themen im Bundestagswahlkampf nicht in den Vordergrund gestellt worden. Dafür um so mehr irgendwelche verwaschenen Theorien zum künftigen Umgang mit der NATO.

Aber auch auf sozialpolitischem Feld hätte es ein großes Spannungsfeld gegeben. Denn die „Hartz-IV-muß-weg“-Partei wäre, wenn sie, spürbar für die Betroffenen, die Auseinandersetzung mit ihren zwei politischen Mitbewerbern, die unzählige Menschen in diesem Land ab 2003 mit ihrer „Hartz“-Gesetzgebung ins soziale Abseits gestellt haben, gesucht und geführt hätte. In der Debatte um die Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes etwa, einst ein Steckenpferd der PDL, hat sich die Partei in jüngster Vergangenheit erstaunlich zurückhaltend gegeben. Bisher hat sie es auch versäumt, ihre Vorstellungen für einen Weg aus der Corona-Krise klar zu definieren.

Die PDL hat auf Landes- und auf Bundesebene die Beschlüsse der Merkel-Regierung weitgehend mitgetragen und der AfD diesbezüglich quasi den Status einer alleinigen Oppositionspartei überlassen. Und nicht nur das. Gerade auf dem früheren DDR-Territorium hat die Partei in den vergangenen fünf, sechs Jahren die Rolle

der „Kümmerer“-Partei an die AfD abgetreten und lieber linke Gedankenspiele aus dem Elfenbeinturm präsentiert. Das ganze noch gepaart mit Planspielen zum Klimaschutz, die manchen Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen vor Neid wohl erblassen ließen.

Hinzu kamen noch zwei Querschläger des thüringischen Ministerpräsidenten. Denn Bodo Ramelow hatte bei den Bund-Länder-Beratungen zwischen Kanzlerin Angela Merkel und seinen Amtskollegen nichts besseres zu tun, als „Candy Crush“ auf seinem Handy zu spielen. Während also temporäre Berufsverbote oder Bewegungseinschränkungen für Millionen BRD-Bürger beschlossen worden waren, schob der Thüringer Regierungschef fröhlich diverse Süßwaren hin und her und ließ dabei bestimmt auch ein paar Bonbons explodieren. Mit diesem Verhalten hat er seiner Partei sicherlich einen Bärendienst erwiesen. Und wenig später sogar noch einen draufgesetzt, indem er die hohen Inzidenzzahlen im Kreis Hildburghausen damit zu begründen versuchte, daß sich die Einwohner dort nicht richtig waschen würden.

Letztlich hat die PDL den Bundestagswahlkampf ohne echtes Zugpferd geführt. Dabei hat die Partei ein solches in ihren Reihen, dieses jedoch lieber in die hinterste Ecke des Stalls gestellt: Sahra Wagenknecht. Auf ihr setzen viele ihre Hoffnungen, denn mit unerfahrenen Fohlen oder abgehalfterten Gäulen wird es – um im Bild zu bleiben – kaum gelingen, den richtigen Weg einzuschlagen.

Dr. Hans-Jürgen Joseph, Berlin

Wäre das Wahldebakel der Partei Die Linke bei den Bundestagswahlen am 26. September vermeidbar gewesen? Diese Frage beschäftigt nicht nur deren Mitglieder und Sympathisanten, sondern auch wohlmeinende kritische Begleiter, deren Herz links schlägt, wie es Oskar Lafontaine mal ausdrückte.

Rufen wir kurz auf, was die Parteiführung der Linken und weitere tonangebende Linke seit Beginn des Wahlkampfes als Orientierung vorgaben: Wir wollen mitregieren. Wir wollen eine Rot-Rot-Grüne-Regierung, die den Erfordernissen der Zeit entspricht, wie Soziale Gerechtigkeit, Verhinderung der Klimakatastrophe, Verbot von Waffenexporten, datengeschützte Digitalisierung, Erhöhung der Mindestlöhne, Abschaffung von Hartz IV, sichere Renten, Besteuerung der Reichen, bezahlbare Mieten und weiteres mehr. Ein Kernthema der Linken, nämlich der Austritt aus der NATO und die Beendigung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – mit anderen Worten: eine konsequente Friedenspolitik – gehörte nicht zu den Spitzenforderungen. Diejenigen, die um jeden Preis in die Regierung auf Bundesebene wollen, wußten um die Brisanz des Themas und haben versucht, es auf Sparflamme zu halten. Man versicherte, daß an dieser Frage eine Koalition nicht scheitern würde, was zu erheblichem Unmut in der Wähler- und Mitgliedschaft führte. Doch die Umworbenen hielten sich den Rücken frei und verlangten von der PDL klare Bekenntnisse, insbesondere zu NATO und Aufrüstung. Die

Folge war, daß das Vertrauen der Basis in die Führung weiter schwand und viele der Parteispitze mittlerweile zutrauten, alle Prinzipien und Beschlüsse über Bord zu werfen, um am Katzentisch der Regierung zu sitzen. Wieder einmal hatte sich die Partei in die Defensive manövriert. Obwohl in Bezug auf das Afghanistan-Desaster das Scheitern der imperialistischen Aggressionspolitik, woran alle bisherigen Regierungsparteien maßgeblichen Anteil hatten, hätte angeprangert werden können und müssen, blieben die Forderungen bei der Frage nach „sozialer Gerechtigkeit“ stecken, einem Thema, welches auch von der SPD besetzt war. Statt die Friedenfrage ins Zentrum zu rücken, paßte man sich dem Mainstream an und tappte in die Falle vermeintlicher nationaler Verantwortung, die darin bestehen würde, der Bundeswehr den Rücken zu stärken und ihr für ihren „Opfermut“ zu danken. Daß sich Deutschland 20 Jahre lang an einem völkerrechtswidrigen Krieg beteiligt hatte, daß dabei Tausende Menschen, unschuldige Zivilisten, Kinder, Mütter und Alte ihr Leben verloren, war kein Grund für Anklage oder Protest. Das alles kam bei den Kernwählern, welche die aggressiven Bestrebungen des Imperialismus nach innen und außen sehr besorgt machen, nicht gut an. Die Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene war am 26. September, 18 Uhr, ausgeträumt. Die Wähler haben den Regierungssozialisten die Quittung präsentiert. Was jahrzehntelang gutging – den Ansagen der Parteispitze zu folgen – hat bei Mitgliedern

und Sympathisanten diesmal nicht funktioniert. Abgestraft wurde ein selbsterherrlicher Kurs der Führungsspitze der Linken, welche die Stimmungslage jener, die im Osten noch an solche Werte wie Sozialismus, friedliche Koexistenz, Frieden mit allen Völkern und einer stark verwurzelten antiimperialistischen Grundüberzeugung anknüpfen, nicht zur Kenntnis genommen hat.

Es hilft kein Herumreden: „Der Zusammenbruch des politischen Ansatzes der „regierungslinken“ Apparaturaktion bei der Bundestagswahl ist zu eklatant und folgenreich, um die Debatte darüber in gewohnter Manier sofort einhegen und zudecken zu können“, wie die junge Welt schrieb.

Das heißt aber nicht, daß diejenigen, die maßgeblich zu dem enormen Vertrauensverlust beigetragen haben, nun zur Einsicht kommen. Eher werden sie bei anderen die Schuld für das Wahldebakel ausmachen. Es gibt schon Stimmen aus diesem Lager, die meinen, daß man die strategischen Entscheidungen vor Jahren verschlafen habe. Damit ist jedoch nicht die Rückbesinnung auf die marxistische Theorie oder den Sozialismus, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel etc. gemeint, sondern die Forderung, genau diesen Ballast abwerfen zu müssen. So etwas verschrecke nur die Leute sowie potentielle Partner.

Man muß sich nicht wundern, weshalb es bei einer 20-Prozent-Partei im Osten – in Hochburgen gab es in Berliner Bezirken sogar schon mal knapp 50 Prozent – zu einem unaufhaltenden Abwärtstrend gekommen ist.

Uli Jeschke, Chorin

Glaubt man den monatelang vor dem 26. September trommelnden Medien, dann waren die Bundestagswahlen so etwas wie Schicksalswahlen. Und weil die 16 Jahre lang werkende Regentin Angela Merkel aufs Altenteil ging, erzeugte man eine mediale Spannung um ihre Nachfolge. Mit einer gewissen Perfidie wurde der Aufwärtstrend der Grünen, die sich im Windschatten der besorgten Klimaretter auf schwindelerregende Umfragewerte aufschwangen, genutzt, um eine neue Frau ins Spiel zu bringen. Weil jene aber weder über die Cleverness noch die Erfahrung der scheidenden Chefin verfügte, wurde sie in kürzester Zeit zur Favoritin und genauso schnell zur Dumpfbacke der Nation hoch und wieder runter geschrieben, unabhängig davon, ob man sie oder ihre politischen Ansichten mochte. Der CDU-Mann, der von vornherein eine unglückliche Figur machte, wurde auch einmal durch den medialen Fleischwolf gedreht und wieder ausgespien. So blieb dem karrierebedachten Mann von der SPD nur noch übrig, die Brosamen aufzusammeln und sich, gewählt mit weniger als 20 Prozent der Wahlberechtigten, auf den Thron zu schwingen. Doch eigentlich ist es völlig egal, wer das Spiel gewonnen hat, die Mächtigen in diesem Land, welche die Richtung des wirtschaftlich und politischen Handelns bestimmen, sind eher selten öffentlich zu sehen. Sie sitzen nicht

im Bundestag, nicht im Bundesrat und auch nicht in der Regierung. Hier gilt das fälschlicherweise Tucholsky unterstellte Wort: Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung! Der überwiegende Teil der Menschen wird bald sehen, daß nichts wirklich besser wird. In unserem dritt- oder viertreichsten Land der Erde reicht das Geld nicht mehr für unsere komfortablen Sozialsysteme, sagen jene, die nie auf sie angewiesen waren, weil sie oft als Politiker oder Staatsbeamte von uns allen alimentiert werden. Gut, vorherige SPD-Regierungskoalitionen haben sich auch einen Dreck um die Interessen ihrer Stammwählerschaft gekümmert, und die sogenannten Christlichen Demokraten rieten eher zu Gott als zu Regierungsvertrauen. Hauptsache Deutschland, in welchen Grenzen auch immer, wird groß und immer mächtiger – das wollen wir doch alle – oder? Der ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat das mal so formuliert: „Es ist unfair, nach der Wahl die Wahlversprechen einzufordern.“ Und das mit der Erhöhung der CO₂-Steuer ist auch so eine Chimäre. Irgendwie erinnert es mich an die mittelalterlichen Ablaßgeschäfte. Den Besserverdienenden wird es nicht schwerfallen, ein paar Euro mehr für Benzin, Heizung oder Obst von anderen Ende der Welt zu bezahlen. Schwupps hat man ein grünes Gewissen. Was aber ist mit den prekarierten Schichten der Gesellschaft, jenen, die jeden

Cent umdrehen müssen, denen wird es richtig weh tun. Sie werden kein Verständnis haben für eine Umweltpolitik, die sie in Existenznöte bringt. Und darauf zu setzen, daß der „Markt es schon richten wird“ – das ist doch wohl der Grundgedanke einer CO₂-Steuer-Erhöhung – ist völliger Unsinn. Wo hat dieser ominöse Markt schon einmal etwas zum Besseren für alle gerichtet?

Also doch keine Schicksalswahl? Doch! In zweifacher Hinsicht. Zum einen hat sich am südöstlichen Rand der BRD die AfD wohl fest etabliert. In Sachsen und Thüringen haben, von Ausnahmen abgesehen, Protofaschisten die Zügel in der Hand. Nun sind nicht alle AfD-Wähler Nazis oder ihre Sympathisanten. Das waren die fast 12 Millionen Wähler, die 1932 die NSDAP wählten, in der Mehrzahl auch nicht. Aber sie haben mit dafür gesorgt, daß die Faschisten an die Macht kommen konnten. Heute ist es das aufgebrachte und wütende Kleinbürgertum, das es denen „da oben“ mal so richtig zeigen wollte. Zuerst wurde mit dem Ende der DDR der industrielle Süden des Ostens geschleift. Tausende Arbeitsplätze verschwanden. Das ist eine Katastrophe nicht nur für Arbeiter und Ingenieure. Auch für Handwerker und Geschäftsleute, denen massenhaft Geschäfte wegbrechen, weil sie es sich nicht mehr leisten können. Dann kommt die Abwanderung hinzu. Jeder, der es kann, wandert den Arbeitsplätzen im Westen hinterher.

Warum wählen ausgerechnet jene Übriggebliebenen, die einen großen Zorn auf vor allem aus dem „Westen“ angereiste Besserwisser und Beamte haben, eine Partei, die aus dem Westen kommt und deren Hauptprotagonisten und Kandidaten bis auf wenige Ausnahmen ebenfalls aus den alten Bundesländern stammen? Und wieso wählen sie eine Partei, von der allgemein bekannt ist, daß sie ihre faulsten, sprich braunsten Stellen in Sachsen und Thüringen hat? Warum wählen sie eine Partei, dessen Vordenker Hayek war, ein Mann, den die „kleinen Leute“ weder

wirtschaftlich noch sozial interessierten? Es ist wie in den 30er Jahren, da versprachen die Nazis Arbeit und Brot und warteten vor der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung. Heute versprechen sie Arbeit für Deutsche und die Feinde sind Rußland, China und der Islam. Eine Schicksalswahl war es auch für Die Linke. Obwohl die EU schon im Juni den Gebrauch von Strohhalmen untersagt hat, ist es der Partei wohl gelungen, noch einen letzten zu finden. Eigentlich waren bereits die Ergebnisse der letzten Wahl ein Grund zu großer Sorge. Nun ist das Gejammer groß –

hoffentlich auch das Erschrecken. Sebastian Walter, Fraktionschef der Linken im Brandenburger Landtag, sagte im rbb-Fernsehen, man hätte viele Fehler gemacht, hätte sich nicht als bessere SPD gerieren dürfen und man müsse wieder zu den Leuten gehen, an ihren sozialen Auseinandersetzungen teilhaben. Wenn dann noch eine klare marxistische Gesellschaftsanalyse dazukäme – dafür müßte man allerdings die in den 90er Jahren entsorgten theoretischen Grundlagen wieder aktivieren – könnten die Schritte in die richtige Richtung sein.

Grüner Kriegskurs

Daß in Deutschland unter den aktuellen Machtverhältnissen nur regiert, wer sich rückhaltlos zum Krieg bekennt, wußte schon der designierte Außenminister Joseph Fischer, als er – bereits gewählt, allerdings noch nicht im Amt – im Oktober 1998 zusammen mit dem künftigen Kanzler Gerhard Schröder (SPD) der damaligen US-Regierung versicherte, an ihnen werde ein Angriffskrieg gegen Jugoslawien nicht scheitern. Und so war es dann auch. So lange wollten der aktuelle Grünen-Chef und mögliche künftige Außenminister Robert Habeck und andere aber nicht warten. Noch vor der Bundestagswahl im September wurde damit begonnen, die allerletzten friedenspolitischen Positionen der Partei zu schreddern.

NATO & Nukleare Teilhabe

Zunächst setzte Habeck der Linkspartei die Pistole auf die Brust, als er ihr bereits im Mai in bester grüner Manier ins Stammbuch schrieb, in Deutschland schließe eine Regierungsfähigkeit ein Bekenntnis zur NATO ein. Auch von der Forderung nach einem sofortigen Abzug der in Deutschland im Rahmen der „Nuklearen Teilhabe“ der NATO lagerten US-Atomwaffen wollen prominente Grüne inzwischen nichts mehr wissen. Wenn etwa der Grünen-Haushälter und Verteidigungspolitiker Tobias Lindner von einem Zeitfenster zwischen 2030 und 2035 spricht, das hierfür „realistisch“ angepeilt werden könne, wird klar, daß hier der St. Nimmerleinstag gemeint ist. Ganz ähnlich scheint dies auch Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock zu sehen, die damit unter Beweis stellt, daß auch ihr keine (frühere) friedenspolitische Position ernsthaft heilig ist: „Wir können ja nicht einfach sagen, wir schicken die US-Atomwaffen mal eben zurück in die USA.“

Noch weiter ging bereits Anfang des Jahres das Papier „Transatlantisch? Traut Euch!“, dessen Ko-Autorin Ellen Ueberschär auch als eine von zwei Vorständen der Grünen-nahen Böll-Stiftung fungiert (ihr Mit-Autor war im Übrigen Patrick Keller, der Vizepräsident der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“). Mit kaum überbietbarem Pathos wird darin schwadroniert, die NATO sei der „Glutkern des Westens“, weshalb das Bündnis massiv gestärkt werden müsse, damit die USA nicht von

der Fahne gehen und am Ende sogar noch ihre Atomwaffen aus Deutschland abziehen würden: „Das kann nur durch eine ambitionierte neue Übereinkunft gelingen, die im Kern besagt: Die europäischen NATO-Staaten – mit Deutschland an erster Stelle – erhöhen ihre Fähigkeiten zur konventionellen Verteidigung erheblich. Dadurch entlasten sie die USA in Europa und erleichtern es ihnen, sich auf den Indo-Pazifik zu konzentrieren und dort die Interessen der liberalen Demokratien zu schützen. Im Gegenzug bekräftigen die USA ihr Bekenntnis zur Verteidigung des gemeinsamen Bündnisgebietes und untermauern es durch ihre nukleare Schutzzusage sowie ihre dauerhafte militärische Präsenz in Europa.“ Nach der NATO machte Grünen-Chef Habeck kurz darauf mit der Aussage von sich reden, die Forderung nach „Defensivwaffen“ für die Ukraine sei berechtigt. Als es daraufhin Kritik hagelte, ging er mit teils reichlich dubiosen Argumenten zur Verteidigung über: „Alle reden dauernd von mehr europäischer Souveränität. Ich auch. Wenn diese Rede irgendeinen Sinn hat, dann muß sich das doch zum Beispiel im Donbass beweisen.“

Generell läßt sich wohl sagen, daß das Verhältnis zu Rüstungsgütern für die meisten Grünen heute weit entspannter ist als dies noch in früheren Jahren der Fall war. Selbst die Position zur Bewaffnung von Drohnen wurde beim Online-Parteitag der Grünen im Juni 2021 begründet, indem sich dort mit 347 von 728 Delegierten eine knappe Mehrheit der Delegierten dafür aussprach, den Einsatz bewaffneter Drohnen zu prüfen.

Das sind nur einige von vielen Beispielen, die belegen, daß die Grünen längst sturmreif geschossen sind – besonders konfrontativ fallen die Positionen gegenüber China und Rußland aus. Hier tun sich führende Grüne schon seit vielen Jahren als Speerspitze in Sachen Stimmungsmache gegen diese beiden Länder unangenehm hervor – gerne auch verknüpft mit einem Plädoyer für die Aufrüstung der Europäischen Union. Am 16. April 2020 veröffentlichte Papier zum Beispiel die grüne Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner das Papier „Grüne vernetzte Außenpolitik für eine Welt in Unordnung“, in dem es hieß: „Wir erleben die Rückkehr des geopolitischen Wettbewerbs. Revisionistische Kräfte, wie

China und Rußland, versuchen die Welt neu zu ordnen. [...] Europa muß als geopolitischer Akteur erwachsen werden. [...] Wenn wir nicht zusammenstehen, dann werden wir Schachbrettfiguren, im Spiel der Großmächte.“ Auch Annalena Baerbock hat sich voll dem Gerede vom „Wettstreit der Systeme“ verschrieben, unter dessen Vorzeichen sie sich für eine „Perspektive einer Ukraine in der EU und in der NATO“ ausspricht. China geißelt sie für seine „knallharte Machtpolitik“, weshalb die „liberalen Demokratien“ eine Mischung aus „Dialog und Härte“ finden müßten.

Somit verwundert es auch nur noch wenig, daß die Grünen für ihre harte Haltung gegenüber den erklärten Rivalen Rußland und China viel Applaus in den bürgerlichen Medien erhält. Allerdings wird dies zumeist mit dem Hinweis verbunden, dann müßte die Partei auch konsequent sein und sich weiteren drastischen Erhöhungen des Militärhaushaltes nicht verschließen. Doch auch hier sind die Grünen bereits weite Wege gegangen: Zwar stellte sich Annalena Baerbock bislang nicht vorbehaltlos hinter das sogenannte 2-Prozent-Aufrüstungsziel der NATO. Allerdings lassen ihre Positionen auch hier viel zu wünschen übrig, wenn sie etwa das Märchen wiederholt, unter den Verteidigungsministern Karl-Theodor zu Guttenberg (2009–2011) und Thomas de Maizière (2011–2013) sei bei der Bundeswehr „massiv gespart worden“. Das entspricht schlicht nicht den Tatsachen, der Etat wurde in dieser Zeit nur nicht in dem Maß erhöht wie in den Jahren davor und vor allem danach. Vor allem aber sieht sie trotz der absurden Steigerungen des Militärhaushaltes zwischen 2010 (31,1 Mrd. €) und 2021 (46,9 Mrd. €) Bedarf für noch mehr Geld. Schon letzten November gab sie dazu ihre Rüstungsformel zum Besten, die sie seither beständig wiederholt: „Wir müssen uns da ehrlich machen. Ja, in manchen Bereichen muß man mehr investieren, damit Gewehre schießen und Nachtsichtgeräte funktionieren.“

Jürgen Wagner

Quelle: IMI-Standpunkt 2021/049, 30. August 2021

Redaktionell gekürzt

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Zur Bedeutung von Engels' „Anti-Dühring“ für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Kommunismus

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

30. Juni 1977

„Soeben habe ich den Anfang Deiner vortrefflichen Arbeit ... ‚Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Philosophie‘ im ‚Vorwärts‘ gelesen, und ich muß sagen, daß das neue Jahr mit nichts Besserem und Gediegenerem angefangen werden konnte.“ So schrieb der alte Kommunist Friedrich Leßner am 8. Januar 1877 an Friedrich Engels, fünf Tage, nachdem die Veröffentlichung des „Anti-Dühring“ als Artikelserie im Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands begonnen hatte. Friedrich Engels' Werk „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ – kurz „Anti-Dühring“ genannt – ist, wie bereits Wladimir Iljitsch Lenin bemerkte, ein erstaunlich inhaltsreiches und lehrreiches Buch. In ihm sind die drei Bestandteile der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, der dialektische und historische Materialismus, die politische Ökonomie und die Lehre von der kommunistischen Gesellschaftsformation ausführlich dargelegt und deren untrennbarer Zusammenhang begründet. Im Gegensatz zu dem Berliner Privatdozenten Eugen Dühring, der aus dem Kopf heraus eine neue „sozialitäre“ Gesellschaftsordnung, ein kleinbürgerliches Sozialismusmodell, konstruierte, das seine Wurzel in einem „universellen Prinzip der Gerechtigkeit“ finden sollte, verwies Engels auf die unverzichtbaren dialektisch-materialistischen theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Der Arbeiterbewegung dienten keine Phantasiegebilde, sondern es galt, den tatsächlichen objektiven gesellschaftlichen Prozeß widerzuspiegeln. Das erforderte die konsequente Übereinstimmung der Theorie des Sozialismus mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrer Geschichte, Wer versucht, der Lehre vom Sozialismus andere erkenntnistheoretische und methodische Grundlagen unterzuschieben, benimmt sich, wie Engels gegenüber Dühring anführt, wie jemand, der nach der Entdeckung und Feststellung der Gesetze der modernen Chemie die alte Alchemie wiederherstellen wollte. Da jedoch der wissenschaftliche Sozialismus in allen seinen theoretischen Aussagen

grundsätzlichen ökonomischen und politischen Klasseninteressen der Bourgeoisie entgegensteht, gibt es seit der Begründung und Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Marx und Engels von seiten bürgerlicher Ideologen aller Schattierungen unzählige Versuche, aus dem Kopf heraus utopische, manchmal mit sozialistischem Anstrich versehene Gesellschaftsmodelle zu

der betreffenden Epoche liegen, bildet das sichere, das dialektisch-materialistische Fundament der Lehre vom Sozialismus und Kommunismus. Dieses Fundament schließt jeglichen Utopismus und Dogmatismus, jegliche Spekulation und Prophetie aus, macht diese Lehre zu einer schöpferischen, mit ihrer Anwendung auf das gesellschaftliche Leben sich ständig weiterentwickelnden Theorie.



Letzte Ursache gesellschaftlicher Veränderungen sind Änderungen in der Produktions- und Austauschweise: Roboter einer Karosserieschweißanlage im Industriemuseum Chemnitz

begründen, sie als Alternative zum wissenschaftlichen Sozialismus auszugeben. Noch heute gibt uns Engels' Kritik an den einschlägigen Versuchen Dührings hervorragende Argumente in der Auseinandersetzung mit den verschiedenartigen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismusvorstellungen. Der Grundsatz der materialistischen Geschichtsauffassung, wonach die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen nicht in den Köpfen der Menschen, nicht in der Philosophie, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise, in der Ökonomie

Engels legt im „Anti-Dühring“ die Grundzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung dar, die mit gesetzmäßiger Notwendigkeit auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung folgt. Hierbei stützt er sich auf die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, wie sie in Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ gegeben ist. Indem Marx nachwies, wie Mehrwert entsteht, legte er den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise, das ganze System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, bloß. Gerade die Mehrwerttheorie verbreitet nach Engels' Worten „helles Tageslicht über ökonomische Gebiete, wo

früher Sozialisten nicht minder als bürgerliche Ökonomen in tiefster Finsternis herumsappten. Von ihr datiert, um sie gruppiert sich der wissenschaftliche Sozialismus.“

Als die alles entscheidende Grundfrage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hebt Engels die Umwälzung der Produktionsverhältnisse durch die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln hervor, wozu das Proletariat den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie in allen seinen Formen bis zur Eroberung der eigenen politischen Macht führen muß. Nachdrücklich wird im „Anti-Dühring“ auf den Zusammenhang zwischen der politischen und der ökonomischen Befreiung des Proletariats und aller anderen vom Kapital Ausgebeuteten hingewiesen.

Die von Engels im „Anti-Dühring“ dargelegte Theorie vom Sieg des Sozialismus und Kommunismus ist eine Voraussage über menschliches Handeln und über Ergebnisse des menschlichen Handelns. Sie hat eine solide materielle Grundlage.

- Sie beruht auf der Analyse, wie dieses Gesetz in der kapitalistischen Produktionsweise konkret wirkt.

- Sie beruht auf dem Beweis, daß der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und der kapitalistischen Aneignungsweise im Rahmen des Kapitalismus nicht zu lösen ist, daß dieser Widerspruch nur durch die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse gelöst werden kann.

- Sie beruht schließlich auf der Tatsache, daß die Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft, die Bourgeoisie und das Proletariat – unabhängig davon, welche Veränderungen sie im einzelnen auch erfahren –, sich objektiv unversöhnlich gegenüberstehen und demzufolge der Klassenkampf zwischen ihnen unvermeidlich ist, daß dieser Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt.

Der Sozialismus ist objektiv die einzig mögliche und notwendige Alternative zum Kapitalismus. Gegenüber Dühring betont Engels: „In dieser handgreiflichen materiellen Tatsache, die sich den Köpfen der ausgebeuteten Proletarier mit unwiderstehlicher Notwendigkeit in mehr oder weniger klarer Gestalt aufdrängt – in ihr, nicht aber in den Vorstellungen dieses oder jenes Stubenhockers von Recht und Unrecht, begründet sich die Siegesgewißheit des modernen Sozialismus.“ Engels hielt es für unmöglich, im „Anti-Dühring“ über die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus hinausgehend ein bis ins einzelne gehende Bild von der sozialistischen Gesellschaft zu zeichnen. Ein endgültiges System der Erkenntnisse über den Sozialismus, das keinen Raum für neue Einsichten läßt, stünde im Widerspruch mit den Grundgesetzen des dialektischen Denkens. Eine erschöpfende wissenschaftliche Darstellung, ein Sozialismusbild im Sinne einer absoluten Wahrheit ist unmöglich. Jeder derartige Versuch ist entweder zum Utopismus oder zum Dogmatismus verurteilt. Wer wie Dühring und seine Nachbeter vollkommene Systeme des Sozialismus entwickeln

will, muß, wie Engels in seinen Vorarbeiten zum „Anti-Dühring“ schreibt, „die zahllosen Lücken durch eigne Erfindung ausfüllen, d. h. irrationell phantasieren, ideologisieren“. Ganz im Gegensatz zu den utopischen und dogmatischen Bemühungen Dührings, den Sozialismus als absolute Wahrheit zu fassen, betrachtet Engels, getreu der materialistischen Dialektik, den Sozialismus nicht als etwas ein für allemal Fertiges. Wie alles in Natur und Geschichte ist auch die sozialistische Gesellschaft ein lebendiger, sich bewegender sozialer Organismus, der nur in fortwährender Veränderung und Umbildung unter historisch konkreten Bedingungen begriffen werden kann. Da jedoch die von Engels im „Anti-Dühring“ ausführlich und systematisch dargelegten grundlegenden Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital in allen kapitalistischen Ländern vorhanden sind, hier der Staat das politische Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse ist, sind die Grundsätze und Ziele des Proletariats in allen kapitalistischen Ländern identisch, machen die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus das Wesentliche ihrer weltbefreienden Tat aus. Die Vielfalt der Erscheinungsformen des konkreten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in den einzelnen Ländern ist somit dem Inhalt dieses größten geschichtlichen Umwälzungsprozesses untergeordnet.

Im „Anti-Dühring“ ist jener Urkenntnisstand des wissenschaftlichen Sozialismus zusammengefaßt, wie er sich in drei Jahrzehnten der Entwicklung des Marxismus herausgebildet hatte. Es ist eine relativ reife Sozialismuskonzeption, die in Engels' Werk ihren Niederschlag gefunden hat. Sie konnte sich auf die Erkenntnisse von Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ ebenso stützen wie auf die praktischen und theoretischen Erfahrungen des ersten geschichtlichen Versuchs der Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die Pariser Kommune. Auch die Erfahrungen beim Kampf um die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung durch die Vereinigung der Eisenacher und Lassalleaner auf dem Gothaer Parteitag 1875 wie die großen Fortschritte der Wissenschaften sind in sie eingegangen.

Diese Sozialismuskonzeption wurde durch Lenin weiterentwickelt, unter den Bedingungen der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution und bei der praktischen Gestaltung der ersten sozialistischen Gesellschaftsordnung nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Rußland.

Die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, von der KPdSU und den brüderlich mit ihr verbundenen kommunistischen und Arbeiterparteien kollektiv ausgearbeitet, ist ein großer schöpferischer Beitrag zur Schatzkammer des Marxismus-Leninismus. Sie ist eine Weiterführung, eine Bereicherung all dessen, was Engels im „Anti-Dühring“ zur Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus zusammengefaßt hat. Die ständige Weiterentwicklung der Theorie

vom Sozialismus und Kommunismus durch Marx, Engels und Lenin und durch die kommunistischen und Arbeiterparteien bezeugt den schöpferischen, antidogmatischen Charakter des Marxismus-Leninismus.

Gestützt auf diese Theorie haben die kommunistischen und Arbeiterparteien bewiesen, daß sie fähig sind, konkrete Wege zum Sozialismus zu beschreiten, die dem Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus sowie den Traditionen und Besonderheiten ihrer Länder entsprechen. Angesichts der Krise der bürgerlichen Ideologie, angesichts der weltanschaulichen Verworrenheit auch des Sozialreformismus, ist die theoretische Weitsicht des Marxismus-Leninismus für die Orientierung der – wie Engels formulierte – „weltbefreienden Tat des Proletariats“ um so bemerkenswerter. Bürgerliche und sozialreformistische Parteien haben stets eine Vielzahl von Theorien zur Hand, um ihr Verhalten „von Fall zu Fall“ festzulegen. Sie sind stolz auf diesen „Pluralismus“ und feiern ihn als Sinnbild der Demokratie. In Wirklichkeit soll dies verbergen, daß sie über keine einheitliche, in sich geschlossene, logische Theorie des sozialen Handelns verfügen, daß sie sich gegenüber dem Marxismus-Leninismus ständig in der Defensive befinden.

Bei allen Kämpfen, die noch bevorstehen, bei aller Härte der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus steht fest, daß die Sache des Sozialismus und des Kommunismus, des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts weiter voranschreiten wird. Durch die Kraft des Sozialismus wurde dem europäischen Kontinent seit mehr als drei Jahrzehnten der Frieden bewahrt. Im Kampf um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt sind vielen Völkern neue Möglichkeiten erwachsen. Durch die geschichtlichen Tatsachen, die vor allem seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geschaffen wurden, hat die von Engels im „Anti-Dühring“ begründete Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus ihre praktische Verwirklichung erfahren. Keine der seit mehr als 100 Jahren von bürgerlichen, opportunistischen und revisionistischen Ideologen ausgearbeiteten Sozialismuskonzeptionen konnte bislang den Beweis ihrer Brauchbarkeit für den Kampf der Arbeiterklasse antreten.

Engels' „Anti-Dühring“ ist ein Musterbeispiel für die Zerschlagung kleinbürgerlich-pseudosozialistischer Auffassungen. Konsequenter und parteilich wird hier der wissenschaftliche Sozialismus als theoretische Grundlage jeder revolutionären Partei der Arbeiterklasse und ihres Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus dargelegt. Konsequenter und parteilich wird der wissenschaftliche Sozialismus von anderen, sich sozialistisch nennenden Richtungen theoretisch und klassenmäßig abgegrenzt.

Den Kommunisten, den Erben des „Anti-Dühring“, ist aus allen Erfahrungen eines über hundertjährigen Klassenkampfes bewußt, daß die Treue zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin der Garant für ihre Einheit und Geschlossenheit, für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus ist.

Deutschland und die begüterten Länder schwimmen im Impfstoff

Alles begann mit dem Desaster, ausgelöst durch den Lieferanten AstraZeneca, der im ersten Halbjahr 2021 statt der vereinbarten 120 Millionen Impfdosen lediglich knapp 60 Millionen geliefert hatte. Das führte zu schweren Vorwürfen an die Bundesregierung und die verantwortliche EU-Kommission. Daraufhin hatte die Europäische Kommission, die für die EU-Beschaffung zuständig ist, den Liefervertrag mit AstraZeneca im Juni gekündigt.

Um nicht wieder in die Schlagzeilen zu geraten, ließ Gesundheitsminister Spahn riesige Vorräte anlegen. 80 Millionen Impfdosen sollten auf Halde gelegt werden.

Erst Ende des Sommers konnte sich die EU mit AstraZeneca wieder einigen. Bis zum Jahresende wird der Konzern noch 135 Millionen Impfdosen an die EU liefern. Im ersten Quartal 2022 kommen nochmal 65 Millionen hinzu. Nach Angaben von AstraZeneca hat der Hersteller gemeinsam mit seinen Partnern mehr als 170 Staaten rund 1,1 Milliarden Dosen zur Verfügung gestellt. Mit dem Hersteller Biotech/Pfizer wurde ein Vertrag bis 2023 abgeschlossen, der die Lieferung von 1,8 Milliarden Dosen vorsieht. Davon wird Deutschland weitere 100 Millionen erhalten.

Die BRD sitzt jetzt schon auf einem Vorrat von 13 Millionen Impfdosen und möchte auch die noch vorhandenen, aber nicht verimpfbaren 30 Millionen von AstraZeneca loswerden.

Die WHO gab bekannt, daß Ende August 2021 eine Million Impfdosen des Herstellers AstraZeneca aufgrund des Ablaufes der Haltbarkeitsfrist unbrauchbar geworden sind. In den USA landeten 700 000 Dosen im Müll, in Polen 73 000. Aufgrund komplizierter Lagerung und kurzer Haltbarkeit des Impfstoffs könnten im Herbst 3,2 Millionen der in deutschen Arztpraxen lagernden Impfdosen ebenfalls verfallen.

In anderen Regionen unseres Erdballs stellt sich die Situation leider vollkommen anders dar. Auf dem afrikanischen Kontinent sind derzeit gerade mal 2,4 % der Bevölkerung geimpft. Die Situation faßt der Direktor der afrikanischen Entwicklungsbank Akinwumi Adesina wie folgt zusammen: „Afrika sollte nicht um Impfstoff betteln müssen. Afrika sollte eigene Impfstoffe auf dem Kontinent produzieren und nicht immer am Ende der Lieferkette stehen.“

Als die Pandemie begann, hörte sich das noch ganz anders an. Die führenden Industrienächte übertrumpften sich in Erklärungen, wie solidarisch sie sich in der Impfstoffverteilung verhalten würden und wie unter der Führung der WHO eine gerechte Verteilung organisiert werden sollte. Gesagt, getan?

Im April 2020 rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammen mit Partnerorganisationen (Gavi und Cepi) die Initiative

COVAX (Covid 19 Vaccines Global Access) ins Leben. Ziel sollte es sein, möglichst vielen Ländern unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten Zugang zu Impfstoffen gegen COVID 19 zu gewähren.

Inzwischen nehmen 192 von insgesamt rund 200 Staaten weltweit an COVAX teil, darunter 100 wohlhabendere Länder und 92 Staaten mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Eigentlich wurde COVAX als Einkaufsgemeinschaft und Versicherung, aber auch als Hilfgemeinschaft geplant, in der die reicheren Mitglieder den Impfstoffeinkauf der ärmeren Mitglieder unterstützen oder alimentieren sollten.

Ungeachtet der Tatsache, daß über COVAX bisher ein Spendenvolumen von 9,6 Mrd. US-Dollar und Spendenzusagen von fast 500 Mio. Impfdosen einwerben konnte, nehmen sich die bisher erzielten Ergebnisse mehr als bescheiden aus. Bis zum Jahresende wollte die Initiative eigentlich zwei Milliarden Impfdosen in ärmere Länder liefern. Bis Ende August hat COVAX allerdings nur rund 215 Millionen Dosen an 138 Länder und Regionen geliefert.

Das liegt schlicht und einfach daran, daß sich die wohlhabenderen Länder an COVAX vorbei durch direkte bilaterale Lieferverträge mit den Herstellern erst einmal nach dem Prinzip „my country first“ selbst versorgen.

Unter Ausnutzung von COVAX versucht man in den Ländern der ersten Welt dem drohenden Verfall und der damit verbundenen Vernichtung von vielen Milliarden öffentlicher Gelder durch „großzügige“ Spenden zu entgehen. So sollen bis Jahresende noch 550 Millionen Dosen, die in Europa nicht mehr verimpft werden können oder dürfen, an solche bedürftigen Länder wie die Ukraine, Armenien, Tadschikistan, Usbekistan, Afghanistan, Sudan, Äthiopien, Kenia, Nigeria, Namibia abgegeben werden.

Neben dem Problem der Finanzierung verfügt die Mehrheit der ärmeren Länder gar nicht über die notwendige Infrastruktur, um eine durchgehende Vakzinierung der Bevölkerung zu organisieren. So erweisen sich die Spenden aufgrund der begrenzten Haltbarkeit allzu oft als „Trojanisches Pferd“ und müssen so wie mancher Wohlstandsmüll aus dem Norden im Süden entsorgt werden. Tedros Adhanom Ghebreyesus, WHO-Generaldirektor, sagt dazu folgendes: „Ein Jahr nach dem Start von COVAX stehen die Staats- und Regierungschefs der Welt vor der Wahl: Entweder sie investieren in die Rettung von Leben, indem sie die Ursache der Pandemie überall und jetzt behandeln, oder sie geben weiterhin Billionen für die Folgen aus, ohne daß ein Ende in Sicht ist.“

Ein weiteres Problem neben der zum Himmel schreienden ungerechten Verteilung der vorhandenen Impfstoffe ist die

Konzentration der Impfstoffherstellung bei privaten Pharmaunternehmen. Ungeachtet der Tatsache, daß beachtliche staatliche Subventionen in die Entwicklung der Impfstoffe gepumpt wurden und die Zulassung der Impfstoffe (Teleskopverfahren) mehr als erleichtert wurde, fließen die Erlöse aus der Vermarktung an nur einige Pharmaunternehmen.

In der Vergangenheit waren die Pharmaunternehmen sehr zurückhaltend und eher reserviert bei der Entwicklung von Impfstoffen gegen Infektionskrankheiten wie Dengue, Chikungunya, Zika oder auch Ebola, wo es wenigstens seit 2016 (nach fast 20 Jahren Forschung) einen Impfstoff gibt. Bis Anfang 2020 war es zugegebenermaßen sehr schwer, als Impfstoffhersteller auf dem Markt eine Finanzierung für die Entwicklung eines Impfstoffes zu finden.

Corona hat die Situation grundlegend verändert. Plötzlich will jeder in Impfstoffe investieren, natürlich möglichst in Corona-Impfstoffe. Neben einer erheblichen Erhöhung der Marktbewertung der betreffenden Unternehmen schwimmen diese jetzt in Liquidität. Die beiden Marktführer Biontech und Moderna hatten 2020 bei noch überschaubaren Umsätzen eine Marktkapitalisierung von 68,3 bzw. 141,65 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Die Marktkapitalisierung des größten deutschen Chemieunternehmens BASF liegt bei 59,53 Mrd. Euro, die des größten Pharmakonzerns der Bayer AG bei 48,65 Mrd. Euro. Die Aktienkurse beider Unternehmen schießen gerade durch die Decke.

Allerdings: „Es ist ein Mythos, daß die Pharmaindustrie sowohl das finanzielle Risiko als auch die gesamten Forschungs- und Entwicklungskosten trägt“, sagt die Geschäftsführerin des Austrian Institute for Health Technology Assessment, Frau Prof. Dr. Claudia Wild. Schätzungen der BBC zufolge bekamen Pfizer und Biontech für die Covid-19-Impfung 400 Millionen Euro Förderung von öffentlicher Seite, Johnson & Johnson ebenso viel. Moderna soll etwa 2,2 Milliarden bekommen haben, AstraZeneca 1,7 Milliarden. Hier trägt die Öffentlichkeit die Hauptlast bei der Forschungsfinanzierung und damit auch das Risiko des Nichtgelingens. Wilds Schlußfolgerung: „Die Öffentlichkeit zahlt also zweimal: zuerst die Forschung und danach das Produkt der Forschung in Form der fertigen Impfdosen.“

Die einzige Ausnahme bildet der AstraZeneca-Impfstoff, da der Entwickler des Impfstoffs, die Universität Oxford, darauf bestand, daß der Impfstoff während der Pandemie zum Selbstkostenpreis abgegeben wird.

Wäre es nicht legitim zu fordern, daß Medizinprodukte, die mit Hilfe der Förderung der öffentlichen Hand entwickelt wurden,

zu sozial verträglichen Preisen auf den Markt kommen?

Wild weiter dazu: „Es muß über den ganzen Prozeß transparent sein, wer wieviel Geld ausgibt. Daraus müßte sich dann der Preis ergeben, wenn da öffentliche Gelder hineingeflossen sind. Nicht danach, was der Markt hergibt.“

Die privaten Impfstoffanbieter schützen ihre exklusive Marktposition durch Patente. Dabei könnte Patentfreiheit oder das zeitweise Aussetzen von Patenten – von Indien

und Südafrika seit Oktober gefordert – die Impfstoffknappheit und die ungleiche globale Verteilung mittelfristig aufheben. Denn mit einem entsprechenden Know-how-Transfer könnten die Impfstoffe in Schwellenländern innerhalb von sechs Monaten hergestellt werden. Die Forderung wird mittlerweile von etwa hundert weiteren Staaten, darunter sogar den USA und Frankreich, unterstützt. Ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland lehnt die notwendige vorübergehende (für Covid-19-Impfstoffe)

Aussetzung der Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) für geistiges Eigentum ab. Das liegt daran, daß die Impfstoffhersteller kein wirtschaftliches Interesse haben, in ärmeren Ländern ihre Impfstoffe zu produzieren. Das schmälert nämlich ihren Gewinn. Da schließt sich wieder der Kreis und wir können sehen, welche Interessen von der gegenwärtigen Regierung entgegen offiziellen Verlautbarungen wirklich vertreten werden.

Uwe Stöhr
Berlin

„Das ist unser Hinterhof!“

Mit neuen Lippenbekenntnissen zu angeblichen Erweiterungsplänen sucht die EU die sechs Länder Südosteuropas, die ihr nicht angehören, gegen den Einfluß Rußlands, Chinas und der Türkei abzuschotten. Man unterstütze den „Erweiterungsprozeß“, also die Aufnahme Bosnien-Herzegowinas, Serbiens, Montenegros, Nordmazedoniens, Albanien und des völkerrechtswidrig von

Serbien abgespaltenen Kosovo in die EU, heißt es in einer Erklärung, welche die Union gerade im slowenischen Brdo pri Kranju verabschiedete. Die Aussage, die Experten nicht ernstnehmen, wird um Ankündigungen ergänzt, in Südosteuropa Infrastrukturprojekte zur engeren Anbindung an die EU mit Milliardensummen zu fördern und der Region eine größere Menge an Covid-19-Impfstoffen

zur Verfügung zu stellen. Bisher hat China weitaus mehr Impfdosen geliefert als die EU; es baut darüberhinaus in Serbien eine Vakzinfabrik. Der Premierminister Lettlands spitzt die Forderung, der Einfluß von Staaten wie Rußland oder China müsse aus Südosteuropa abgedrängt werden, in der Äußerung zu: „Das ist unser Hinterhof.“

Quelle: German Foreign Policy, 6.10.2021

Nach der Reise ist vor der Reise

Im Rahmen der Solidaritätsaktion „Maleta Salvavidas“ haben Dr. Stephan Pelser von der Bolivar-Gesellschaft und ich als Vertreter der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFiS e.V.) in der Zeit vom 30. Juni bis 24. Juli Medikamente für an Krebs erkrankte Kinder und weitere Bedürftige nach Venezuela gebracht.

Mit acht Koffern und drei Rucksäcken ausgestattet, konnten wir in Ciudad Bolivar im Hospital Ruiz y Paez sowie wenige Kilometer weiter an historischer Stätte, im Wohnhaus Simon Bolivar, Medikamente im Warenwert von ca. 20 000 US-Dollar an die Vertreter der Indigenen Volksgruppe der Mapauri übergeben.

Zusätzlich zu den Medikamenten spendeten Dr. Pelser sowie die GeFiS je 1000 Dollar für Operationen von Kindern, die am „Ewing Sarkom“ leiden. Auch die Kosten für eine Serie von Anti-Serum gegen Schlangengisse haben wir übernommen.

Unsere Solidaritätsaktion „Maleta Salvavidas“ war ein voller Erfolg. Daran haben alle Spenderinnen und Spender, alle Beteiligten wie die Organisatoren vor Ort, das Außenministerium, das Institut Simon Bolivar (ISB) in Venezuela, unser Partnerverein COSI in Venezuela, die Mitglieder des GeFiS, die Uni Freiburg, die Alleen Apotheke in Bad Doberan, Medprevio,

Hausärzte, Journalisten der jungen Welt, der „RotFuchs“-Förderverein e.V., TIG Rostock ISOR u.v.m. einen hohen Anteil. Im Namen des Außenministers Venezuelas

diesem Projekt haben wir ein ganz praktisches Zeichen der internationalen Solidarität gesetzt und geholfen, Leben zu retten sowie klar Position gegen das völkerrechtswidrige

Embargo der USA und der EU gegenüber Venezuela bezogen.

Dessen ganzes Ausmaß ist uns bei den verschiedenen Treffen mit Vertretern unterschiedlicher Organisationen, sozialer Einrichtungen etc. deutlich vor Augen geführt worden. Wir meinen, unsere Solidarität muß weitergehen. Im Ergebnis unserer Gespräche sind bereits neue Ideen und erste Konzepte entstanden, wie die Aktion „Maleta Salvavidas“ national wie international ausgebaut werden kann. Dabei sind auch weitere Projekte geplant, wie z.B. der Aufbau von Patenschaften mit einzelnen Gruppen für bestimmte Krankenhäuser oder zwischen den Gruppen und den Ambulatorien in den Barrios (Armenvierteln) und anderes mehr.

Spenden können auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE 19 430609671106051900
BIC: GENODEM1GLS

Verwendungszweck: „Maleta Salvavidas“
(Adresse des Spenders für Spendenquittung nicht vergessen)

Carsten Hanke
Rostock



Caracas, 12. Juli: Erste Übergabe von Medikamenten durch GeFiS zur Behandlung krebskranker Kinder

Jorge Arreazza, der Ärzte, des gesamten medizinischen Personals, der erkrankten Kinder und deren Eltern, der Indigenen Mapauri, der verschiedenen Behördenvertreter in Venezuela, des COSI, ISB usw. wurden wir gebeten, allen Menschen, die ihre Solidarität mit dem venezolanischen Volk bekundeten, Dank und Anerkennung auszusprechen. Mit

BUCHTIPS



**Nicht wirklich?
Doch!
Chronologisch
Gereimtes wie
Ungereimtes**

Nach drei veröffentlichten Taschenbüchern mit Versen von E. Rasmus ist jetzt eine weitere Sammlung ausgewählter Gedichte zu den ver-

schiedensten überwiegend politischen Ereignissen herausgekommen. Das Kuratorium Ostdeutscher Vereine e.V. (OKV) hat dieses Vorhaben ausdrücklich unterstützt und gefördert.

Liest man seine Gedichte, könnte man meinen, er wäre mit einer besonderen Gabe auf die Welt gekommen, der Gabe, Gedanken tiefsinnig, treffend, manchmal hintergründig und spitzfindig, humorvoll und auch nachdenklich und immer gekonnt in Versform zu bringen. Kaum ein Thema, das er nicht aufgreift, fast tagesaktuell schreibt er über das uns alle bewegende Geschehen, und immer läßt er erkennen, wo er steht – auf der Seite jener, die hierzulande und anderswo durch die Herrschaft des Kapitals ihrer Würde beraubt und ausgebeutet werden. Er geißelt mit scharfen Worten Ausbeuter, Anpasser, Demagogen, Faschisten und Kriegstreiber.

Der Autor liebt das Leben, die Natur, die Menschen, wird nicht müde, immer wieder den gravierenden Unterschied zwischen friedensliebender DDR und kriegstreibender BRD bewußt zu machen.

E. Rasmus bleibt sich, seiner Überzeugung und Prinzipien treu. Er ist ein Verteidiger des Humanismus und Ankläger all jener, die dabei sind, ihn zu Schanden zu reiten.

Dies und noch viel mehr Facetten seines reichen Schaffens findet sich in „Chronologisch Gereimtes wie Ungereimtes“.

Ergänzt werden die Gedichte durch Leserbriefüberschriften aus der Tageszeitung junge Welt der Jahre 2010 bis 2019 sowie einem Aufsatz über Nikolai Ostrowski anlässlich des 80. Todestages des sowjetischen Helden am 22. Dezember 2016.

E. Rasmus, Taschenbuch, Berlin 2021, 215 Seiten, ISBN 9798540251983

Sport frei! Geschichten von Volks- und Spitzensport in der DDR

„Jedermann an jedem Ort, einmal in der Woche Sport“ – in der DDR kannte jeder diesen Spruch Walter Ulbrichts, der ein begeisterter Verfechter dieser Lebensweise war. Sport wurde in der DDR großgeschrieben, sowohl als Volkssport für alle wie auch als



Spitzensport. Wir waren stolz auf unsere Sportlerhelden in den hellblauen Trainingsanzügen. Geschichten über sie, den kleinen und ganz großen Sport, sind in diesem Buch vereint: Schulsport, internationaler

Spitzensport, Friedensfahrt, Rennsteiglauf, Judo, Fußball bei Eisern Union, aber auch Leistungsturnen, Bobfahren, Eiskunstlaufen und Rudern und vieles andere mehr. Ein bunter Mix von persönlichen Schilderungen und Reportagen gibt ein wenig von der Vielfalt des sportlichen Lebens in der DDR wieder. Wer es nicht selbst erlebt hat, kann sich einen Eindruck verschaffen über diese Seite eines reichen Alltagslebens in dem kleinen Land, das den Aufbau des Sozialismus zum Ziel hatte. Es war mühselig, schweißtreibend und nicht immer einfach, aber immer spannend unser Leben – auch sportlich. Lesenswert!

Uli Jeschke

Sport frei! Geschichten von Volks- und Spitzensport in der DDR, Verlag Bild und Heimat, Berlin 2021, 176 Seiten mit vielen Abbildungen, 14,99 Euro, ISBN: 978-3-95958-297-1

Erinnerung an Ernst Ottwalt

Wer den Film „Kuhle Wampe – oder wem gehört die Welt“ gesehen hat, kennt zumindest seinen Namen. Ernst Ottwalt wird im Vorspann gemeinsam mit Bert Brecht als verantwortlich für das Manuskript genannt – wenngleich sein Nachname am Ende mit „d“, also Ottwald, geschrieben wurde. Sein richtiger Name war er so oder so nicht. Geboren wurde der Schriftsteller als Ernst Gottwalt Nicolas vor 120 Jahren am 13. November 1901 im westpreußischen Zippnow.

Bei der Aufführung von „Kuhle Wampe“ im Jahr 1932 war Ernst Ottwalt, wie er sich als Autor nannte, mittlerweile bekannt durch Werke wie „Ruhe und Ordnung“ oder auch „Denn sie wissen, was sie tun“. „Ruhe und Ordnung“, erschienen 1929, ist ein „Roman aus dem Leben der nationalgesinnten Jugend“, wie Ottwalt erläuterte. Er beschreibt den persönlichen Weg des Schriftstellers, der als Schüler des Gymnasiums in Halle an der Saale in Verbindung mit einem Freikorps gegen die Arbeiter kämpfte. Kaum 18jährig ließ er sich auch zu Spitzeldiensten mißbrauchen. „Die Gefühle, Meinungen und Taten dieser Jugend sind weder an eine bestimmte deutsche Stadt noch an ein bestimmtes jener Jahre gebunden, die uns vom Ende des Weltkrieges trennen“, schrieb

Ottwalt in seiner Vorbemerkung zum Roman. Doch dem jungen Mann gelingt die Trennung vom Freikorps und den reaktionären Schulkameraden. „Ich habe zu früh und zu lange für Ruhe und Ordnung gekämpft“, erkennt er, „nun kann ich in dieser Ordnung – zwischen Saufgelagen, Weibern und Mensuren – nicht mehr leben ...“.

Zwei Jahre später erschien das Buch „Denn sie wissen, was sie tun“, in dem Ottwalt die Mechanismen der Klassenjustiz in der Weimarer Republik enthüllte. Es folgten weitere Werke wie „Deutschland erwache! Geschichte des Nationalsozialismus“ als frühe Studie über die Gefahren der faschistischen Bewegung. Der Roman „Erwachen und Gleichschaltung der Stadt Billingen“ blieb unvollendet. Es wurden lediglich einige Teile durch einen Vorabdruck bekannt. In diesem Fragment behandelt Ottwalt die Vorgänge in einer Stadt vor und nach der Machtübergabe an die Hitlerfaschisten.

Ernst Ottwalt ist ein Mitbegründer der proletarisch-revolutionären Literatur. Anders als beispielsweise die Arbeiter Willi Bredel oder Hans Marchwitza zählt Ottwalt, sein Vater war Pfarrer, zu den Autoren, die aus dem Bürgertum stammen. Dem Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller (BPRS) gehörte

er ebenso an wie ab 1931 auch der KPD. Vor der Verfolgung der Faschisten mußte Ottwalt fliehen. Nach Stationen in Dänemark und der Tschechoslowakei gelangte er mit seiner Ehefrau Waltraut Nicolas in die Sowjetunion. Auch hier wirkte er als Schriftsteller.

Während das „Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller“ (DDR, 1968) kein Todesjahr Ottwalts nennt, sondern nur ein Fragezeichen setzt, ist heute bekannt, daß er am 24. August 1943 in einem sowjetischen Lager starb. Seine Verhaftung und die seiner Frau erfolgten bereits 1936. Die konstruierten Vorwürfe des NKWD gegen die beiden Antifaschisten lauteten auf Spionage und sowjetfeindliche Agitation.

Das von den Nazis verbrannte Werk „Ruhe und Ordnung“ ist unlängst wieder im Hasenverlag zu Halle erschienen. Es ist auch heute noch lesenswert, gibt es doch Einblicke in die Lebens- und Denkweise junger Menschen und deren Verführung durch die faschistische Demagogie. Ergänzt wird der Roman durch einen Bildteil und ein umfassendes Nachwort von Christian Eger, der Ottwalts Lebensweg erläutert.

Bernd Gerwanski
Oldenburg

Vor 100 Jahren wurde die Deruluft gegründet

Die deutsch-russischen Beziehungen haben heute einen Tiefpunkt erreicht. Das liegt vor allem daran, daß Rußland nicht mehr wie zu Gorbatschows und Jelzins Zeiten bereit ist, das Land an den Westen auszuliefern. Vor hundert Jahren, kurze Zeit nach der im wesentlichen friedlich verlaufenen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, war die Situation ähnlich. Die in Rußland gestürzten Ausbeuterklassen führten mit Unterstützung von Interventionstruppen aus 14 imperialistischen Ländern einen erbitterten blutigen Krieg, an dem auch Deutschland beteiligt war. Bis 1922 wurden die Interventen vertrieben und die inländische Konterrevolution besiegt. Aber der Versuch, die junge Sowjetmacht zu vernichten, wurde nicht aufgegeben. Es folgte ein erbarmungsloser Wirtschaftskrieg. Aus dieser Phalanx brach Deutschland 1921 aus und schloß einen Handelsvertrag und einen Luftverkehrsvertrag mit Sowjetrußland ab. Deutschland stand nach dem verlorenen Krieg wie Sowjetrußland isoliert da. Der Versatiler Vertrag, den W. I. Lenin einen schändlichen Raubvertrag nannte, beschränkte auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands.

Am 24. November 1921 schlossen die Aero-Union AG und die Handelsvertretung der UdSSR in Berlin einen Vertrag über die Gründung der Deutsch-Russischen Luftverkehrsgesellschaft (Deruluft) ab. Das ging auf eine Anregung W. I. Lenins zurück, der am 8. September 1921 einen Beschluß des Rates der Volkskommissare unterzeichnet hatte. Dieser sah vor, die Organisation einer Luftverbindung zwischen Moskau und Berlin als dringend anzusehen. Das Volkskommissariat für Außenhandel wurde in Zusammenarbeit mit den Volkskommissariaten für Auswärtige Angelegenheiten und für Post- und Telegrafwesen sowie der Hauptverwaltung der Luftflotte beauftragt, mit deutschen Firmen über die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft zur Organisation und zum Betrieb einer Luftverbindung zwischen Moskau und Deutschland zu verhandeln. Dem Volkskommissariat für Außenhandel wurden

für diesen Zweck 250 000 Goldrubel zur Verfügung gestellt. Der Vorschlag stieß in Deutschland auf offene Ohren. Die Deruluft erhielt die sowjetische Konzession für den Luftverkehr zwischen Berlin und Moskau. Das Kapital der Gesellschaft betrug fünf Millionen Mark, wovon jeder der beiden Vertragspartner die Hälfte einzuzahlen hatte.

Am 1. Mai 1922, kurz nach Abschluß des Rapallo-Vertrages, startete in Königsberg (heute Kaliningrad) die erste Deruluft-Maschine und landete nach einigen Stunden in Moskau. Zum Flugzeugpark der Gesellschaft gehörten zu diesem Zeitpunkt zehn Fokker-Flugzeuge. Die Flugzeiten waren natürlich noch wesentlich länger als heute. So war es schon eine beachtliche Leistung der damaligen Flugtechnik, daß der sowjetische Botschafter Krestinski im Jahre 1923 die Strecke Moskau-Berlin an einem Tag zurücklegen konnte. Ab 1925 wurde die Strecke Berlin-Moskau in beiden Richtungen täglich befliegen und die Strecke Berlin-Königsberg in das Programm aufgenommen. 1926 übernahm die Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft den Anteil der Berliner Aero-Union AG an der Deruluft.

Krestinski äußerte am 27. September 1926 auf einem Empfang in Berlin: „Seit fünf Jahren betreibt die UdSSR zusammen mit der Deutschen Lufthansa durch die Deutsch-Russische Verkehrsgesellschaft Deruluft einen Luftverkehr zwischen Deutschland und der UdSSR. Die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und ihren deutschen Freunden war stets eine überaus herzliche und gute.“

Diese Äußerungen sollten dazu beitragen, die seit dem Rapallo-Vertrag verfolgte Linie in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, zu fördern. Der sowjetische Botschafter wußte natürlich, daß die deutschen Partner keine Sympathie für das sowjetische System empfanden, sondern daß weitreichende handfeste wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielten.

Als die Lufthansa 1926 den Vertrag mit der sowjetischen Seite über die Deruluft bis zum

31. Dezember 1931 verlängerte, erklärte Stimmig, Aufsichtsratsmitglied der Deruluft: „Ich muß gestehen, daß ich einen Vertrag dieser Art als einen kaufmännisch zu rechtfertigenden nicht ansprechen kann und so etwas mit meinem Namen nicht decken möchte, es sei denn, daß ganz außerhalb der geschäftlichen Erwägungen stehende Rücksichten, wie ich fast annehmen möchte, dafür sprechen, diesen Vertrag, wie er auch immer im Einzelnen gestaltet sein möchte, abzuschließen.“ Die Lufthansa antwortete ihm: „Es ist wichtig für uns, den Finger in der Entwicklung des Luftverkehrs nach Rußland zu haben ... Dabei wird das von der Lufthansa den Russen zur Verfügung zu stellende Kapital mit Hilfe der sogenannten Russenkredite aufgebracht.“

Diese mit Ausfallbürgschaften des Deutschen Reiches versehenen „Russenkredite“ dienten der Entwicklung der sowjetischen Industrie, brachten den deutschen Werkträgern Arbeit, der deutschen Industrie Aufträge und den Banken Gewinne. Sie wurden stets pünktlich auf Mark und Pfennig zurückgezahlt, ohne daß das jemals zu einer Belastung der deutschen Steuerzahler führte.

Die positive Entwicklung der Deruluft wurde 1933 durch die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland unterbrochen. Nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechterten sich erheblich. Die Sowjetregierung war nun nicht mehr bereit, den Konzessionsvertrag für die Deruluft zu verlängern. Die Gesellschaft stellte Ende April 1937 den Verkehr ein und wurde vier Monate später liquidiert.

Die Deruluft stand für eine erfolgreiche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit. Das Unternehmen galt seinerzeit als die betriebssicherste Luftverkehrsgesellschaft der Welt. Ihre Maschinen und Einrichtungen entsprachen dem neuesten technischen Entwicklungsstand. In den rund 16 Jahren ihres Bestehens gab es keine ernsthafte Havarie.

Dr. Kurt Laser

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats November!

Zum 95. Geburtstag

Joseph Grohmann (Boxberg)
am 22. November

Zum 93. Geburtstag

Dr. Dieter Frielinghaus (Brüssow)
am 14. November

Zum 92. Geburtstag

Horst Scholz (Berlin) am 16. November

Zum 91. Geburtstag

Siegfried Lorenz (Berlin) am 26. November

Zum 90. Geburtstag

Horst Schlueter (Neubrandenburg)
am 2. November

Werner Freigang (Leipzig) am 2. November

Zum 85. Geburtstag

Christa Keßler (Cottbus) am 6. November
Burkhard Löther (Berlin) am 9. November
Harry Popow (Schöneiche)
am 30. November

Zum 80. Geburtstag

Rainer Richter (Falkensee) am 4. November
Horst Seiler (Lichtenau) am 5. November
Michael Beltz (Gießen) am 6. November
Manfred Dittrich (Weißenborn/Erzgebirge,
OT Berthelsdorf) am 16. November

Zum 75. Geburtstag

Petr Fröhlich (Güstrow, OT Klueß)
am 22. November

Zum 70. Geburtstag

Dr. Siegfried Böhme (Strausberg)
am 19. November
Dr. Jutta Hoschek (Erfurt) am 28. November

Zum 65. Geburtstag

Petra Steidten (Lichtenau) am 6. November

Zum 60. Geburtstag

Jürgen Laumann (Warendorf)
am 23. November

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

In dem von Rosa Luxemburg verfaßten Programm der an der Jahreswende 1918/19 gegründeten KPD wird auf dem Hintergrund der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und der Verantwortung des Großkapitals für das Völkergemetzel die Alternative formuliert: „Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!“ Die Geschichte hat dies mit der Barbarei des Faschismus und dem noch größeren Gemetzel des Zweiten Weltkrieges eindringlich bestätigt.

Und wie steht es heute um die Gefahr des Untergangs in der Barbarei?

Wir befinden uns zwar nicht in einem dritten imperialistischen Weltkrieg. Krieg findet jedoch auf Dutzenden von Schauplätzen rund um den Erdball statt. (...) Die Opferzahlen der seit 1945 geführten Kriege übersteigen die der beiden Weltkriege. Zu welcher Barbarei die heutigen Kriege, insbesondere gegen die Zivilbevölkerung, führen, erleben wir in erschütternder Weise am Krieg Israels im Gazastreifen. Nicht weniger verheerend ist der unerklärte

Krieg gegen die armen Völker. Fast eine Milliarde Menschen hungert. Annähernd 20 000 von ihnen sterben dadurch tagtäglich. Dazu kommen jeden Tag viele Tausend, weil sie keinen Zugang zu sauberem Wasser und elementarer medizinischer Versorgung haben. Dabei wurden z. B. 30 Milliarden Dollar im Jahr ausreichen, um den Hunger in der Welt auszurotten. Das ist der 40. Teil der jährlich globalen Rüstungsausgaben und ein Bruchteil der Hunderte Milliarden, die über Nacht locker gemacht werden konnten, um die Großbanken zu retten, die sich in ihrer Gier nach immer höheren Profiten verzockt hatten. Und selbst in den reichen imperialistischen Metropolen nimmt Armut zu. Jedes sechste Kind in Deutschland ist davon betroffen. Dies alles, weil in der Welt des Kapitals nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern Profit die Entwicklung bestimmt. Profitjagd ist auch der Hauptgrund für die Umweltzerstörung. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, wird es zu einem schrecklichen Gemetzel um die verbleibenden Lebensgrundlagen

kommen. Schon heute deuten sich solche Kriege um die immer begrenzter werdenden Energievorräte an.

Wenn der Untergang in die Barbarei verhindert werden soll, muß an die Stelle der kapitalistischen Profitgesellschaft eine auf Gemeineigentum gegründete Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit treten. Eine Gesellschaft, in der der Mensch in Frieden leben kann, in der alle Menschen genug zu essen haben, eine gute Gesundheitsversorgung genießen, in der allen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder Geschlecht, alle Möglichkeiten der Bildung und Kultur offenstehen.

Willi Gerns

Willi Gerns, der 90jährig am 25. Januar 2021 verstarb, war von 1968 bis 1990 Mitglied des Parteipräsidiums sowie Sekretär des Parteivorstandes der DKP.

Aus: „Rote Kalenderblätter“ 2009, Initiator und Redakteur Prof. Dr. Erich Kundel, Eggersdorf Sie wurden von 2000 bis 2011 vom DKP-Landesverband Brandenburg herausgegeben.

Das Genie Albrecht Daniel Thaer

Am 26. Oktober 1828 verstarb einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Landbauwissenschaften, der Arzt, Landwirt und Staatsmann Albrecht Daniel Thaer. Von 1804 bis 1828 wirkte er in Möglin, über das Fontane vor über 130 Jahren schrieb: „... ein nur zwölf Häuser zählendes, weder durch Größe noch Bodenbeschaffenheit ausgezeichnetes Dorf, dem nichtsdestoweniger der Ruhm zufiel, in alter und neuer Zeit unter den historischen Dörfern des Landes genannt zu werden.“ Das Dörfchen mit seinen auch heute kaum mehr als 200 Einwohnern liegt gewissermaßen im Zentrum des Kreises Märkisch-Oderland. Es gedenkt seines berühmten Landwirtes mit einer ständigen Thaer-Ausstellung.

Albrecht Daniel Thaer (1752–1828) hatte als Begründer der modernen Agrarwissenschaften in Deutschland maßgeblichen Anteil an der Entwicklung der Landwirtschaft zu einem leistungsfähigen Volkswirtschaftszweig. Sein Verdienst liegt vor allem in der Begründung einer wissenschaftlich fundierten und praktisch erfolgreich organisierten „rationalen Landwirtschaft“ als ein Gewerbe, deren Zweck darin besteht, den „höchstmöglichen Gewinn zu erzielen“. In seiner langjährigen Wirkungsstätte Möglin schuf er neben seiner Lehrtätigkeit – u.

a. auch an der Berliner Universität – entscheidende Voraussetzungen für eine theoretische Ausbildung, die an den Erfordernissen des praktischen Betriebs ausgerichtet war. Da-



Albrecht Daniel Thaer (1752–1828)

neben setzte er sich als preußischer Staatsrat für ein frei verfügbares Eigentum ein. Das war zu jener Zeit durchaus revolutionär. Auch seine betriebswirtschaftlichen Grundsätze, seine immer wieder erhobene Forderung, bei der Einrichtung eines Betriebes vorrangig von den jeweiligen Verhältnissen auszugehen, seine Ehrfurcht vor der Natur – erkennbar vor allem in seiner Bodenfruchtbarkeitslehre – sind aktuell. Sie verdienen es, sowohl in der agrarwissenschaftlichen Ausbildung als auch in der landwirtschaftlichen Praxis berücksichtigt zu werden.

Der in Celle aufgewachsene Thaer hatte zunächst in Göttingen ein Medizinstudium absolviert und später als Arzt gearbeitet. Dennoch interessierte er sich früh für Landwirtschaft, schrieb schon Ende des 18. Jahrhunderts umfassende Werke dazu. Endgültig widmete er sich den Agrarwissenschaften ab 1804, als er nach Preußen umzog, u. a. das Rittergut Möglin erwarb und dort eine Lehranstalt aufbaute. Ob Ackerbau, Gerätschaften zur besseren

Bodenbearbeitung oder die Schafzucht – im damaligen Berlin galt er als „Wollkönig“, es gab kaum ein Thema, zu dem er nicht massive Neuerungen ansah. Seine Leistungen wurden mit über 60 Ehrenmitgliedschaften in Akademien und wissenschaftlichen Gesellschaften gewürdigt. Die von Thaer in Möglin gegründete Lehranstalt wurde 1824 in den Rang einer Akademie erhoben. Hunderte Wissensdurstige haben sie besucht und die Ideen und Erkenntnisse des als „Reformator der deutschen Landwirtschaft“ benannten Thäers verbreiten helfen.

Die Fördergesellschaft „Albrecht Daniel Thaer“ als gemeinnütziger Verein im Juni 1991 gegründet, hat sich die Pflege des Thäerschen Erbes, insbesondere die Verbreitung seines wissenschaftlichen Werkes zum Ziel gesetzt. Dazu gehörte auch die Erhaltung und Pflege von Thäers Wirkungsstätte in Möglin.

So war im Professorenhaus eine Ausstellung zu sehen, in der u. a. nach Originalzeichnungen Thäers nachgebaute landwirtschaftliche Geräte an seine Persönlichkeit und seine Verdienste erinnerten. Der alte Thaerhof wurde aber von der Treuhand-Nachfolgerin BVVG privatisiert – und mit dem neuen Betrieb an dieser Stelle hatte der Verein so seine Probleme, mußte schließlich auch sein angestammtes Domizil im ehemaligen Inspektorenhaus verlassen. Hier zeigte die Treuhand ihr wahres Gesicht. Ein kleines Kollektiv jedoch schaffte 2008/2009 gemeinsam mit der Gemeinde und Mitteln aus Bund, Ländern und EU einen Museumsneubau, in den 445 000 Euro investiert wurden.

Die Thaer-Gedenkstätte in Möglin gehört inzwischen zu den Kulturerbe-Orten in Märkisch-Oderland.

Heinz Pocher

Herzlichen Glückwunsch für

Christel Herzog

die am 24. November ihren 80. Geburtstag begeht. Viele Jahre im Versandkollektiv engagiert, scheidet Christel aus gesundheitlichen Gründen aus. Liebe Christel, wir bedanken uns bei Dir und wünschen Dir für die kommende Zeit alles Gute.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im November

■ Regionalgruppe Uecker-Randow

Am 4. November um 18 Uhr

Thema: **Welche Rolle spielt die bürgerliche Demokratie in der heutigen Gesellschaft – Analyse der Wahlen**

Gemeinsame Veranstaltung mit der DKP und der Partei Die Linke

Ort: Volkssolidarität Pasewalk, Am Markt 8, 17309 Pasewalk

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 11. November um 14 Uhr spricht Karin Leukefeld, Nahost-Korrespondentin, zum Thema: **Die Situation im Nahen Osten, insbesondere in Syrien**

Gemeinsame Veranstaltung mit ISOR, GBM, GRH und dem Friedensbündnis Neubrandenburg

Ort: Eiscafé am Kulturpark Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 12. November um 15 Uhr: Diskussion zum Thema: **Politikerwechsel/ Politikwechsel? – Welche Entwicklung nimmt Deutschland?**

Gesprächspartner: Hans Bauer, Vorsitzender GRH, Mitglied des RF-Vorstandes

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 13. November um 10 Uhr spricht der Kundschafter Dieter W. Feuerstein zum Thema: **Viele Wege im Kampf zum Frieden weltweit**

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

■ „RotFuchs“-Gruppe Torgau

Am 13. November um 10.30 Uhr spricht Daniel Kuntze, Mitglied im Freidenker Verband, zum Thema: **Ursachen des Scheiterns der westlichen „Wertegemeinschaft“ in Afghanistan**

Ort: „Komm Treff“, Schloßstraße 14/16, 04860 Torgau

■ Regionalgruppe Harz

Am 18. November um 14 Uhr spricht Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt zu seinem Buch **„Der letzte Mann“**.

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 18. November um 16 Uhr spricht Egon Krenz zu seinem Buch **„Komm mir nicht mit Rechtsstaat“**.

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 16. November um 18 Uhr spricht Klaus Linder, Vorsitzender des Freidenkerverbandes Berlin, zum Thema: **Die antifaschistische Bündnispolitik aller linken Kräfte ist nach den Wahlen von größter Bedeutung.**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 20. November um 10 Uhr: Meinungsaustausch zum Thema: **Die (Ohn)Macht des Staates – Macht Staatsmacht Staat?**

Auseinandersetzung mit rechten Tendenzen und deren Ausbreitung

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 20. November um 10 Uhr spricht Egon Krenz zu seinem Buch **„Komm mir nicht mit Rechtsstaat“**.

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Dresden

Am 20. November um 10 Uhr: Mitglieder-/Wahlversammlung

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ „RotFuchs“-Gruppe Luckenwalde

Am 20. November um 10 Uhr spricht der Vorsitzende der DKP Patrik Köbele zum Thema: **Unsere Verantwortung nach den Wahlen**

Ort: Haus Sonnenschein, Schützenstraße 37, 14943 Luckenwalde.

■ Regionalgruppe Nördliches Vorpommern

Am 20. November um 10 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zu seinem Buch **„Feindbild China – Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen“**

Gemeinsame Veranstaltung mit der Stralsunder VVN-BdA Gruppe

Ort: Gasthaus „Zur Kurve“, Stralsunder Straße 20, 18445 Prohn

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 24. November um 18 Uhr spricht Hans Becker (Der Sonderermittler) über **Kriminalität in der DDR und im heute vom Kapital beherrschten Deutschland.**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 24. November um 18 Uhr spricht der Autor Hannes Hofbauer zu seinem Buch: **„EU – ein Nachruf!“**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 27. November um 11 Uhr spricht Oberst a. D. Herbert Prauß zu seinem Buch: **„Die Grenzpolizei/Grenztruppen in Thüringen 1946–1990“**.

Ort: Clubgaststätte TC Erfurt 93, Binderslebener Landstraße 140, 99092 Erfurt.

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 27. November um 10 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens über das Thema: **Die neue Seidenstraße – Harmonie statt Missionen sowie über aktuelle Entwicklungen in China**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Dezember

■ Regionalgruppe Bernau

Am 4. Dezember um 15 Uhr spricht Doris Pumphrey, Aktivistin der Friedensbewegung, zum Thema: **Herausforderungen! Denn Frieden sei auf Erden ...**

Ort: Rotunde der Schule am Blumenhag, Zepernicker Chaussee 20–24, 16321 Bernau bei Berlin



Karikatur: Klaus Stuttmann



Wie bei allen anderen Parteien wurde auch beim Wahlkampf der Linken nicht über Krieg, Militäreinsätze, Aufrüstung oder Waffenhandel gesprochen. Die unbedingte Forderung nach einem Stopp der Erhöhung der Militärausgaben wäre z.B. zwingend gewesen.

Es wurde auch nicht thematisiert, daß die Hetze gegen Rußland Teil einer ideologischen Kriegsvorbereitung ist. Gerade für Menschen im Osten ist die Haltung der Partei zu Rußland nicht unbedeutend, da die Rußlandhetze von sehr vielen abgelehnt wird. Die Ausblendung der Friedenspolitik als früheres Markenzeichen der Linken gehört aus meiner Sicht zu den wesentlichen Ursachen der Wahlniederlage. Doch nicht nur das und das Verkennen der realen Probleme im Land hat zum katastrophalen linken Wahlergebnis beigetragen. So wurden politische Realisten wie Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine, Diether Dehm, Andrej Hunko, Sevim Dağdelen, Alexander Neu oder Fabio De Masi in den letzten Jahren systematisch ausgegrenzt.

Insbesondere der letztlich „erfolgreiche“ Kampf des alten Führungsduos Kipping/Rixinger gegen Sahra Wagenknecht hat der Linken das Gesicht gekostet und Massen an Wählerstimmen. Sie stand durch ihre klugen Beiträge bei vielen Talkshows gerade bei Nichtmitgliedern der Partei hoch im Kurs.

Zu den Fragen der Pandemie hatte man von der Linken kaum etwas gehört. Dabei hätte sie die Verlogenheit des Gesundheitsministers anklagen können, der 2020 über fehlende Kapazitäten klagte und zugleich die Schließung von 20 Krankenhäusern zuließ. Die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit wäre gesichert gewesen. Sahra Wagenknecht sagte bereits am Wahlabend, daß die Linke sich in den letzten Jahren immer weiter von dem entfernt hat, wofür sie eigentlich mal gegründet wurde, nämlich als Interessenvertretung für jene, die ausgebeutet und ausgegrenzt werden, für die Arbeitenden, Rentner usw. Nur 5% der Stimmen kamen von Arbeitern.

Für mich gibt es noch einen weiteren Aspekt bei den Wählern im Osten. Es betrifft den Umgang mit der DDR-Geschichte. Um sich bei möglichen Koalitionsparteien anzubiedern, beteiligt sich die Linke mal mehr, mal weniger stark an der Verteufelung des verschwundenen Staates, was linke Kräfte zunehmend von der PDL abrücken läßt.

Die ersten Stellungnahmen des Parteivorstandes zeigen, daß man zwar verwundert ist, aber die wahren Ursachen nicht beim Namen

nennt. Gelingt es einem notwendigen kritischen Parteitag nicht, Veränderungen zu schaffen, droht der Partei die Bedeutungslosigkeit und dann das Ende.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Die Bundestagswahl mit ihren Ergebnissen für Die Linke hat, neben tiefer Enttäuschung, schonungslos den Wandel einer „Kümmererpartei“ und auch konsequenten Vertreterin ostdeutscher Interessen zu einer vorrangig machtorientierten Partei offenbart. Was kritisch im Vorfeld der Wahlen immer wieder angesprochen wurde, hat wohl bei der Parteispitze kein Gehör gefunden. Auch die krachenden Niederlagen der letzten Landtagswahlen führten zu keiner erkennbaren Reaktion und schon gar nicht zu Schlußfolgerungen. Über die Jahre hat der Verlust von Millionen von Wählerinnen und Wählern keine Analyse erfahren und in Parteigremien lediglich ein Schulterklopfen ausgelöst und ein „Weiter so!“ zementiert.

Die Abwanderung von Wählerinnen und Wählern ins „Blaue“ hat dramatische Dimensionen erreicht. Die Vorbereitung auf die Bundestagswahl war von einer unproduktiven und Ergebnisse leugnenden Strategiekonferenz, unwürdigen Personalquerelen und einem verbissenen Kampf um das Wahlprogramm gekennzeichnet. Dabei sollte das Parteiprogramm um wesentliche Markkerne der Linken „erleichtert“ werden. Munter wurde von Amts- und Mandatsträgern der Linken über die bürgerlichen Medien weiterhin über Regierungsbeteiligung mit „Klar wie Kloßbrühe“, so Susanne Henning-Welzow, und „NATO ist nicht das Problem“, so Dietmar Bartsch, Klaus Lederer und Matthias Höhn, gesprochen. Unübersehbar und unüberhörbar wurde vor laufenden Kameras die Bereitschaft zur Regierungsbeteiligungen auf Bundes- sowie Landesebene beschworen. Die bescheidenen sozialpolitischen Forderungen und klimapolitischen Zielsetzungen der Partei rückten dabei fast vollständig in den Hintergrund. Quantitativ hoben sie sich auch kaum von denen der SPD und den Grünen ab. Die Wahlplakate waren inhaltlich und farblich so gut wie auswechselbar. Da muß es nicht wundern, daß man gleich das aussichtsreichere Original gewählt hat. Zumal ein nicht zu rechtfertigender Optimismus der Partei- und Fraktionsführung den Sprung über die 5%-Hürde nicht infrage stellte und damit jedwede wahlkämpferischen Aktivitäten den notwendigen Schwung nahmen.

Nach der politischen Wahlkatastrophe ist nunmehr eine schonungslose und gründliche inhaltliche Analyse notwendig. Dies sollte auch nicht von einer oberflächlichen, programmverleugnenden und einseitig personenbezogenen Kritik von Mandatsträgerinnen vorrangig aus Sachsen behindert werden.

Matthias Schwander, Chemnitz

Wenn der Bundesvorstand sowie die Fraktion der Linken nicht endlich schonungslos die äußerst besorgniserregende politische Situation analysieren, dann wird das Projekt „Die Linke“ scheitern. Dann überläßt man alle, die auf notwendige soziale Veränderungen und auf ein friedliches Leben hoffen, der unsozialen, scheinheiligen und menschenverachtenden Politik der bürgerlichen Parteien. Die Linke muß konsequent zu ihrem politischen Markern

und zu einer realistischen Politik zurückfinden und sich wieder den Menschen mit ihren Alltagsorgen zuwenden, also kümmern. Auch träumen ist sicher erlaubt, nur nicht von einer imaginären Regierungsbeteiligung, sondern von einer anderen und gerechteren Gesellschaft und den Weg dahin. Kompaß müssen dabei das Parteiprogramm und die Ergebnisse der letzten Strategiekonferenz sein.

Es bedarf eines ehrlichen, solidarischen und konsequenten Neuanfangs unter breiter Einbeziehung der Basis. Dringend erforderlich ist, die linken Kräfte zusammenzuführen und gemeinsame Aktivitäten mit anderen gesellschaftlichen Kräften aus den Gewerkschaften und der Friedensbewegung zu beraten. Die Linke könnte dazu einladen und Fragen des gemeinsamen Kampfes für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität auf die Tagesordnung setzen. Es ist wenig einleuchtend, daß linke Parteien nicht gemeinsam an einem Strang ziehen können, an dessen Ende eine solidarische und friedfertige Gesellschaft steht.

Raimon Brete, Chemnitz

Es hat funktioniert! Der langfristig und minutiös geplante Coup des deutschen Kapitals ist wieder einmal gelungen. Die Wählermehrheit hat sich erneut in die gewünschte Richtung manipulieren lassen und ist dem Geschwafel des „Politikwechsels“ auf den Leim gegangen. Die CDU bekundet reumütiges In-sich-Gehen und hat doch jetzt schon den Sieg bei der nächsten Bundestagswahl in der Tasche. Denn dann werden die Wähler die Nase voll haben vom erneuten Sozialabbau in bisher nicht gekanntem Maß unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung.

Erinnern wir uns:

- Der „Radikalerlaß“ mit der Verfolgung von Andersdenkenden wurde 1972 unter einer SPD/FDP-Bundesregierung beschlossen.
- Der NATO-Doppelbeschluß mit der Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in der BRD wurde 1979 unter einer SPD/FDP-Bundesregierung bindend.
- Erstmals nach 1945 beteiligte sich unter einer SPD-Bündnis 90/Die Grünen-Regierung 1999 eine deutsche Armee am NATO-Bombardement auf Jugoslawien.
- Der mit Hartz IV verbundene beispiellose Sozialabbau wurde 2004 unter einer Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen.

Die Hoffnungen der Wähler, die SPD werde es schon richten, dürften wie Seifenblasen zerplatzen. Schon vor den Wahlen hat doch jeder sehen können: Die Pandemie war der nur Deckmantel, um die Reichen reicher, die Armen ärmer zu machen. Das Großkapital stieg wie Phönix aus der Asche und die weitere Privatisierung von Volksvermögen feierte fröhliche Urständ. Die Verschuldung der BRD stieg dadurch extrem an. Nun geht es um Schuldenabbau. Bezahlen wird die Zeche wieder einmal das einfache Volk.

Einen „Politikwechsel“ wird es solange nicht geben, wie Interessenvertreter des Kapitals und damit das Kapital selbst an der Macht sind. Das wird nur möglich sein, wenn die Eigentumsverhältnisse grundlegend geändert werden. Erst dann werden Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Kriege, Not und Elend

der Vergangenheit angehören. Machen wir das unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln bewußt!

Bernd Gnant, Kühlungsborn

Grüne sind Wahlgewinner und wollen bei den Gewinnern der Macht richtig dabei sein. Das fröhliche „Es grünt so grün“ wird der Ernüchterung weichen. Woran machen Wähler ihr Kreuzchen wohl fest? Wieviele Wahlgänge und -ausgänge braucht es noch zur Erkenntnis? Demokratiehymnen sind gesungen, Stimmen in die Urnen, ausgezählt und nun wird demokratisch alles „sondiert“, koalitiert, vermischt bis es machtgerecht paßt. Pannen passieren, sind peinlich, aber dennoch demokratisch. Woanders hieße es anders. Bürgerlicher Parlamentarismus hat sich wieder bestens bewährt, Macht wird nur von einer in die andere Hand gereicht, gegen linke oder gar kommunistische Gefahr halten Brandmauern, Feindbilder und Gespenstermärchen, Themen-Shows sind unsere Unterhaltung auf Wochen oder Monate. Bekannte Gesichter dürfen wir bestaunen, deren Sprechblasen wir bald aufs Wort kennen. Klima, alle führen es im Munde. Ein grünes Klima-Deutschland muß nicht befürchtet werden. Keine Sorge, mit Baerbock, Habeck, Özdemir, Göring-Eckert und Co wird es nichts geben, was deutscher Wirtschaft auch nur leichtes Unwohlsein bringen könnte. Spenden haben schon vorgebeugt. Die grüne, wie gelbe oder SPD-rote Politik ist nicht sehr neu und hat Vorbilder.

Kohle und Energie, wo hat Grün großes Tempo gemacht? Kein Halt beim Abrodren und Dörfer unterbaggern nach über 30 Jahren „DDR-Umweltverbrechen“. NATO-Rüstungs-Kriegsgeschehen seit Fischer kein Problem für Grün. Im Gegenteil. Rußland, China, lieber heute als morgen. Bei Göring-Eckert unter Wikipedia zu lesen, sie habe vor Zustimmung zu Kriegseinsätzen die Bibel zur Hand genommen und finde es heute noch richtig. Wer mag an nächste Feldzüge der Befreiung und Millionen christlicher Opfer und Erfolge wie Afghanistan, Mali, Syrien usw. denken? Unter Grün in Württemberg geht es der Autoindustrie bestens, von Verkehrswende keine Spur. Der Renner wird Klima-Bepreisung. Den Normalbürger wird der Preis erdrücken und der Preisaufschlag wird vor allem die Profite der Konzerne bedienen. Für Klima bleiben Placebos. Zugeständnisse bei Steuern werden das kleinste Problem sein.

Roland Winkler, Aue

Bei Betrachtung der Wahlergebnisse geht mir durch den Kopf, wie wohl jene abgestimmt hätten, die seinerzeit für Hitlers Wahnsinnsplan der Welteroberung ihr junges Leben lassen mußten. Offenbar spielt das kollektive Gedächtnis der Deutschen bei Wahlen keine Rolle, denn wer erinnert sich bei seinem Votum der entsetzlichen Leiden jener, die auf die Schlachtfelder in Wolgograd, Dünkirchen, Tobruk, Narvik etc. geschickt wurden?

Ein Dreivierteljahrhundert später gaben viel zu viele Wähler ihre Stimme jenen Kräften, die für ein „Weiter so“ plädieren, den Kapitalismus für das Endstadium der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft halten und somit Kriegsvorbereitung und Krieg Tür und Tor öffnen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß meine Altersgefährten von damals – ich gehöre dem

Jahrgang 1922 an – ihr Kreuzel bei denen gemacht hätten, die mit ihrem Programm klar und eindeutig gegen Faschismus, Völkerhaß und Krieg eintreten.

Helmuth Hellge, Berlin

Meine Gratulation den Genossen der DKP, die bei der Einreichung der Unterlagen für die Aufstellung zur Kandidatur für den Bundestag sich nicht einschüchtern ließen und durchgehalten haben. Das ist beispielgebend. Dem Reform-Lager der Partei Die Linke um Dietmar Bartsch und Susanne Hennig-Wellsow dagegen geht es nur darum, selbst am Regierungstisch mit zu sitzen.

An Marx, Engels und Lenin anzuknüpfen, sollte mehr denn je unsere Verpflichtung sein.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Im letzten Heft fragt Dr. Joseph zurecht nach der heutigen Lebensfähigkeit des Marxismus. Leider wird aber das Hauptproblem überhaupt nicht berührt. Die Niederlagen von Marxisten ergeben sich daraus, daß sie mit der Zeit um 1900 die wichtigste Entdeckung von Marx nicht berücksichtigen. Der späte Marx geht mit seiner Entdeckung des elementaren ökonomischen Werts über seine theoretische Einleitung im „Kapital“ hinaus und hält sie wortwörtlich für falsch, das Wesen des Ökonomischen nicht betreffend! Nicht Werte der Zirkulation und von Marktwirtschaften sind entscheidend, sondern dieses ökonomische Verhältnis arbeitender Menschen der Realproduktion. Seit den Urge-meinschaften ist es bis heute in allen Gesellschaf-ten wirksam, denn jede muß auf irgendeine Weise arbeiten. Seine konkret wahrnehmbare Erscheinungsform findet dieses Verhältnis in den gesellschaftlichen Arbeitsteilungen. Sie sind es, die soziale Entwicklungen vorantreiben. Der späte Marx begründete mit seiner Selbstkritik an der theoretischen und damit politischen Leistungsfähigkeit des „Kapitals“ die Politische Ökonomie einer friedlichen globalen Evolution der Menschheit. Kurze Zeit später brachte die gesellschaftliche Evolution mit der Friedenssicherung gegen den Weltkrieg die erste und bleibende globale soziale Aufgabe hervor. Hier konnten Linke auch bei den letzten Wahlen punkten. Aber auch nach Afghanistan stand ein neues, nicht konfrontatives Friedensdenken aller Beteiligten und Betroffenen und ihre neuen Arbeitsteilungen nicht zur Debatte.

Heinz Engelstädter, Berlin

Mit Interesse habe ich den Beitrag „Antikommunistische Legende entlarvt“ von Arnold Schölzel im September-RF gelesen. Der russische Autor Aleksander Schirokorad bestätigt die Feststellung Holger Michaels von der gewollten Fälschung des Begriffs „Hitler-Stalin-Pakt“.

Richtig müßte es „Moskauer Vertrag“ heißen, so Schirokorad, doch dem Westen gehe es darum, die Schuld am 2. Weltkrieg sowohl Hitler als auch Stalin anzulasten. International üblich sei es, politische Verträge nach dem Ort ihrer Vereinbarung zu bezeichnen, und das in diesem Fall Moskau.

Aus meinem Studium an der Lenin-Akademie und der Akademie des Generalstabes in Moskau weiß ich, daß der „Moskauer Vertrag“ der Sowjetunion Zeit und Territorium für die Vorbereitung der Verteidigung des Landes brachte.

Nicht davon zu reden – was die Gebietsfrage betrifft –, daß es sich um ursprünglich russisches Territorium handelte. Arnold Schölzel sei Dank für seinen aufklärenden Artikel.

Heinz Bilan, Leipzig

Zu Dr. Jens Möller: Gedanken über einen „neuen“ Kalten Krieg, RF 285, S. 10

Die vom Autor entwickelten Gedanken unterstütze ich. Aber ich setze 1991 nicht für das Ende des Kalten Krieges an, sondern meine, daß dieser nur für die kurze Zeit unterbrochen wurde, als Gorbatschow und Jelzin die Sowjetunion bzw. Rußland an den Westen ausgeliefert haben. Nach der Regierungsübernahme durch Putin änderte ich das sofort wieder. Ich fürchte auch, daß durch einen Atomkrieg nicht nur ein Großteil, sondern die gesamte Menschheit vernichtet würde. Es gibt heute weniger Atomwaffen. Aber die vorhandenen sind modernisiert und daher viel wirksamer.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Nach dem blamablen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan hat man versucht, mit einem „Großen Zapfenstreich“ das ramponierte Ansehen der Bundeswehr nach dem verlorenen Krieg am Hindukusch, wo Deutschland seine Freiheit verteidigen wollte, wieder etwas aufzupolieren. Als ein „verdienter“ Soldaten zurückkam in unser Wohngebiet, war mir das Anlaß, folgende Verse zu verfassen:

Der Heimkehrer

Ein alter Soldat im Ruhestand
Kehrt nun heim ins Heimatland
Treu gedient, unter verschiedenen Eiden
Hat er durchlebt, schwierige Zeiten

Aber er hat zu etwas gebracht
Als Hauptfeldwebel ist man immer eine
Macht
Die Armeen können heißen, ganz gleich wie
Als Spieß war er immer die Mutter der
Kompanie

So hat es ihn verschlagen, nach Afganistan
Zur Freiheitsverteidigung, den braven Mann
Wo er unter Talibanbeschuß
Den Innendienst organisieren muß

Er hat alles gemeistert, Todesangst und
Trennungsfrost
Zahlreiche Orden zieren nun seine Brust
Er ist stolz, weil ihn hier jeder kennt
Populär, mannhaft und bildungsresistent

Die Zuhörer sind beeindruckt vom
Frontbericht
So im Einzelnen kannten sie das
bisher noch nicht
Er hat das alles ganz sachlich erzählt,
nicht mal geprahlt
Wie von einer Safari, nur besser bezahlt.

Peter Pöschmann, Döbeln

In den Abendstunden des 6. Oktober hat mir meine Frau Barbara den Beitrag von Hartmut König im Oktober-RF vorgelesen. Das hat einige Zeit in Anspruch genommen, weil die Tränen, die über ihr Gesicht flossen, die Sicht auf den Text versperrt haben. Was für ein wunderbarer Nachruf! Nein, es war viel mehr als ein Nach-

ruf. Es war die Würdigung eines Künstlers, der in seiner Menschlichkeit und Größe als musikalisches Genie leibhaftig in unserem Wohnzimmer stand. Wir beide, Westberliner Kommunisten, haben Theodorakis mit „Canto General“ vor vielen Jahren nur einmal live in der Waldbühne gehört und erlebt. Aber seine Musik, gespeichert auf vielen unserer LPs, hat unser Leben dennoch begleitet.

Hartmut König hat mit seinem Beitrag aber nicht nur Theodorakis ein Denkmal gesetzt, sondern dies verknüpft mit der Schilderung eines für uns lebendig bleibenden Abschnitts der DDR-Kulturgeschichte. Wir meinen damit die Singebewegung des demokratischen Deutschlands. Er selbst war ja mit Reinhold Andert der maßgebliche Spiritus Rector des Oktoberclubs. Mit ihren Liedern und Texten haben sie mit intelligentem Witz die imperialistische Ideologie aufs Korn genommen und der Lächerlichkeit preisgegeben. Das ist ein ganz wesentlicher Beitrag zum sozialistischen Erbe und darf und wird hoffentlich niemals vergessen werden.

Unvergessen, geradezu testamentarisch ist Hartmut Königs Lied „Sag' mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst“. Auf der Rückseite der LP-Plattenhülle zum 4. Festival des politischen Liedes, das in Berlin vom 10. bis 16. 2. 1974 stattfand, heißt es: „Wenn wir verändern wollen, dann müssen wir neue Wege gehen, neue Lieder singen. Darum kämpfen wir gemeinsam. Gehen wir jetzt.“

Können wir uns aber auf die Leute verlassen, die sich derzeit und demnächst mit dem Anspruch auf Gestaltung selbst befriedigen wollen? Wohl kaum. Wenn es um Zukunft geht, sollte man die Texte des Oktoberclubs lesen. Dort wird man pfündig.

Hartmut König hat in den letzten Jahren viele Beiträge zum aktuellen Geschehen geschrieben. Sie sind genauso lesenswert wie seine Liedtexte für den Oktoberclub. Aktuell wie eh und ja. Das künstlerische Schaffen Theodorakis' und sein politischer Lebensweg bleiben lebendig und verleihen uns einen über die Gräber springenden Optimismus. Ein supergroßes Dankeschön an Hartmut König von

Barbara und Hans Schoenefeldt, Berlin

Jeden Tag, wenn ich zwischen Strausberg und Berlin mit der S-Bahn zur Arbeit fahre oder wieder heimkomme, sehe ich eine kleine Gartenkolonie. Wie so oft stehen auch in ihr einige Fahnenmasten, an denen man die BRD-Fahne, aber auch die Fahnen verschiedener Sportvereine im Wind flattern sieht. Doch es gibt auch etwas anders: Auf einer ihrer Parzellen weht die Fahne der DDR. Erst traute ich meinen Augen kaum, es war zu schön, um wahr zu sein. Ein Gefühl von Zuhause sein und Glück stieg auf, als ich die Fahne mit Hammer und Sichel im Ährenkranz sah.

Seitdem bemühte ich mich, stets auf der Seite im S-Bahn-Waggon zu sitzen, die mir den Blick auf die Fahne gewährt. Ich begrüßte sie dann still wie einen guten Freund.

Als ich nach einiger Zeit über die Entdeckung und mein kleines alltägliches Ritual nachdachte, kamen in mir doch ein paar Fragen auf. Wieso sieht man unsere DDR-Fahne eigentlich so selten? Zweifellos gibt es immer noch viele Menschen, die positiv zur DDR stehen und die auch noch

eine solche Fahne daheim aufbewahren. Sie ist trotz aller Versuche diverser Haßprediger wie Hubertus Knabe nicht verboten. Wenn alle möglichen Fahnen in diesem Land erlaubt sind und offen gezeigt werden dürfen und auch gezeigt werden, so auch die alte Reichsflagge in schwarz-weiß-rot, dann wäre es doch nur recht und billig, auch unsere Fahne wieder aus dem Schrank zu holen. Einige Jahre lang pflegte ich das Ritual, an jedem 7. Oktober meine DDR-Fahne aus dem Fenster meiner alten Wohnung in Berlin-Hellersdorf zu hängen. Die Reaktionen, die ich dabei erlebte, waren durchweg positiv. Unsere Flagge steht für nichts, für das man sich schämen muß. Im Gegenteil! Sie symbolisiert, daß es ein Land gab, in dem es Ausbeutung, Krieg, Herrenrassenallüren und ökologische Selbstzerstörung nicht gab.

Ulrich Guhl, Strausberg

Einige Leser werden das Buch „Das Gruselkabinett des Dr. Knabe(lari)“ von Prof. Dr. Horst Schneider kennen. Die Ausgabe, die ich besitze, ist 2011 im spotless Verlag erschienen. Es geht um die ehemalige Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen und ihrem damaligen Leiter Dr. Knabe. Dieser ist inzwischen Geschichte, aber die grotesk verzerrten Kulissen dieser sogenannten Gedenkstätte existieren bis heute. Die Wahrheit über die DDR erfahren die mit Bussen herangekehrten Besuchergruppen, überwiegend Schülerinnen und Schüler, hier nicht. Kürzlich wurde bekannt, daß das angebliche ukrainische Opfer des „SED Regimes“ Olexander Sbutewitsch seit 2017 unter falscher Identität Besucher durch diese Anlage geführt hat. Für seine Lügenrunden hat er monatlich ca. 2000 Euro kassiert.

Olexander Sbutewitsch gibt es so nicht. Es handelt es sich um einen Abgeordneten der AfD, den Vize-Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Kreistag von Dahme-Spreewald. Offensichtlich dürfen Scharlatane in dieser „Gedenkstätte“ ihr Unwesen treiben, wenn die politische Richtung stimmt. Tageszeitungen wie die Märkische Allgemeine Zeitung und junge Welt haben darüber berichtet.

Fazit: Es gruselt immer noch.

Wilfried Steinfath, Berlin

Während der Name Dr. Richard Sorge und seine Lebensleistung vielen DDR-Bürgern nach wie vor ein Begriff sind, ist der im Freistaat Sachsen einzig verbliebene Erinnerungsort an ihn am Vorabend zur Bundestagswahl durch Aufbringen von roter Farbe beschmiert worden. Der Zustand des kleinen Parkterrains auf dem Kaßberg fiel dank einer 2018 neu vom VVN BdA Chemnitz angebrachten Gedenktafel Anwohnern und Spaziergängern bisher angenehm auf, was diese in Gesprächen ganz im Sinne des Inhaltes der Texttafel „Dem Helden der Sowjetunion und großen Kundschafter für die Sache des Friedens – Dr. Richard Sorge 1895–1944 zum Gedenken“ immer wieder hervorhoben.

Nunmehr ist der weitere Verbleib dieser Tafel ungewiß, da der Text unleserlich gemacht wurde und die Frage nach Sanierung oder erneuter Ersetzung eine Antwort finden muß. Sie steht nicht unter Denkmalschutz.

Neulich schrieb mir ein Journalist aus Spremberg auf meine Anfrage nach den Umständen der Nichtwiederverwendung des Namens

Richard Sorge für die Eröffnung einer saniereten Grundschule, es läge an einer „fehlenden Wertschätzung“ unter der Bevölkerung (und vermutlich unter den Lehrern) für diesen Namen. Damit kann und werde ich mich nicht abfinden. Der Anteil Richard Sorges und seiner Mitstreiter an der vorzeitigen Beendigung des größten Raub- und Vernichtungskrieges der Nazis ist unbestritten. Richard Sorge lieferte Nachrichten von großem militärischen Wert an die Sowjetunion, die halfen, dem Blitzkrieg vor Moskau Einhalt zu gebieten. Doch die „Aufarbeitungsindustrie“ schafft immer wieder begünstigende Bedingungen, um Wertvorstellungen der DDR-Bürger zu entstellen oder zu neutralisieren.

Vermutlich hatten der und die Täter eine ganz persönliche haßerfüllte Beziehung zum Traditionsnamen Richard Sorge. Die Grenzen vom „Gebrauchsvandalismus“ zum Gesinnungsvandalismus ist für mich in diesem konkreten Fall überschritten und erinnert mich an die ersten Jahre der „friedlichen Revolution“. Bereits damals verloren wir wertvolle Erinnerungsorte in Form von Denkmälern, Gedenkplatten und Plastiken. Ein entschlossenes Auftreten, unsere antifaschistischen Traditionen wachzuhalten, ist heute dringender denn je.

Peter Blechschmidt, Chemnitz

Der Beitrag von Carola Schramm im RF 285 über Ernst Busch und die nach ihm benannte Gesellschaft hat mein besonderes Interesse erweckt. Es ist sehr Anerkennenswert und wichtig, daß sein Erbe gepflegt und die Erinnerung an ihn wachgehalten wird.

Sein künstlerisches Schaffen ist ein wichtiger Teil des proletarischen Liedgutes und verdient es, bewahrt zu werden.

Die Autorin des Beitrages hat sich dabei große Verdienste erworben und vor allem durch Veröffentlichungen und Vorträge auf das Wirken der Busch-Gesellschaft aufmerksam gemacht.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Seit 60 Jahren lassen die USA nichts unversucht, um die fortschrittliche Entwicklung in Kuba seit dessen erfolgreicher Revolution aufzuhalten und rückgängig zu machen. Die US-Wirtschaftsblockade, Sanktionen, ideologische Diversion, die besonders auf die Jugend zielt, und andere kriminelle Aktionen, die tagtäglich gegen das Land in Szene gesetzt werden, stellen die Hauptursachen für die aktuellen Probleme in Kuba dar.

In den Medien werden massenhaft Unwahrheiten über die Situation in Kuba verbreitet und Fehlinformationen gestreut. Darüber sprach Peter Jehnichen auf einer „RotFuchs“-Veranstaltung der Gruppe Harz am 24. September. Ermutigend dagegen waren seine Ausführungen, die sich auf die solidarische Unterstützung verschiedener Länder Südamerikas für Kuba bezogen. Alle Fortschrittskräfte sind aufgerufen, Kuba auch weiterhin solidarisch zu unterstützen und die Rolle der USA-Administration gegenüber diesem Land, das den Weg des Sozialismus eingeschlagen hat, zu entlarven.

Die zum Abschluß der Veranstaltung spontan durchgeführte Spendensammlung erbrachte bei einer Teilnehmerzahl von 25 die beachtliche Summe von 181 Euro.

Reinhardt Koblichke, Aschersleben



Bei Belfast, Nordirland, 11. Juni 2021: Irische Solidaritätsgruppen bringen auf dem Berg Black Mountain eine 46 mal 23 Meter große kubanische Fahne und den Schriftzug #UnblockCuba an

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94
Gerald Umlauf, Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.